

Interview:

Gerade jetzt wichtig

IGB-Präsidentin Sharan Burrow über die Rolle der Gewerkschaften **8**

Schwerpunkt:

Die Weltherrschaft

Die schönsten Verschwörungstheorien aus dem World Wide Web **22**

Schwerpunkt:

Alle Wetter!

Der Klimawandel findet statt, die Klimapolitik wandelt sich kaum **30**

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

Nº 9 | 2009 | 63. Jahrgang | € 2,-

www.arbeit-wirtschaft.at



© Artwork: Sturm/Oswald

Wir und die Welt

ab Seite 8



8



18



26



44

Schwerpunkt:

10 Schritte zur gerechteren Globalisierung 12

Die aktuelle Krise ist auch eine Krise des Modells der Globalisierung. Jetzt bestünde die Chance, das Ruder herumzureißen.

Weltumspannend arbeiten 14

Seit 13 Jahren setzt sich das entwicklungspolitische Bildungsprojekt mit der globalen Wirtschaft auseinander.

Menschenwürdige Arbeit 16

Nur ausreichend bezahlte Arbeit, die nicht krank macht, kann Basis für gesamtgesellschaftlichen Wohlstand sein.

Wiederauferstehung des IWF 18

Längst totgesagt und selbst in Finanznot erhält der Internationale Währungsfonds nun frisches Geld und neue Kunden.

Rezession und Welthandel 20

Die Krise wird noch einige Zeit andauern – ein Ende der Liberalisierungsforderungen der WTO lässt aber auf sich warten.

Wer regiert die Welt? 22

Die Frage nach der Weltherrschaft beschäftigt die Menschen seit Jahrhunderten. Im Internet treibt sie neue Blüten.

Gestohlene Kindheit 24

Millionen Kinder müssen die Schule verlassen und stattdessen arbeiten. In Krisenzeiten werden es mehr.

Die WeltverbesserInnen 26

SkeptikerInnen behaupten, die Welt ließe sich nicht verbessern. Fakten oder ein Blick aus dem Fenster genügten als Beweis.

Ökonomie durch Ökologie 28

Heutzutage wird so viel und weit gereist wie nie zuvor. Das zeigt auch der Anteil des Tourismus an den Treibhausgasemissionen.

Klima: Kein Wandel? 30

Sturm, Hochwasser oder Trockenheit. Der Klimawandel findet statt. Doch die Klimapolitik wandelt sich kaum.

Working for America 32

Es gibt auch amerikanische Think-Tanks, die sich für weniger Privilegierte und mehr Rechte für ArbeitnehmerInnen einsetzen.

Es ist unsere Welt 34

Das Gewerkschaftsprojekt ZUWINBAT befasst sich mit dem Zukunftsraum Wien – Niederösterreich – Bratislava – Trnava.

Vor dem Anpfiff 36

Südafrika kämpft vor der Fußball-WM 2010 mit Arbeitslosigkeit, Kriminalität und einer Verschärfung der Verteilungskonflikte.

Das Internet der Dinge 38

Das Bürgerservice entwickelt sich mehr und mehr zum Selbstbedienungsladen, wir bezahlen mit unseren Daten.

Interview:**Offen für neue Ideen 8**

IGB-Präsidentin Sharan Burrow über die wichtigsten Anliegen des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Gesellschaftspolitik:**Equal Pay Day 44****KonsumentInnenrecht 45****Standards:****Standpunkt: Meine kleine Welt 4****Veranstaltung: Welttag für »Decent Work« 5****Aus AK & Gewerkschaften 6/7****Historie: Mehr als ein Schlagwort 11****Verbraucherpreise 35****Man kann nicht alles wissen 46**

Erklärungen aller grün-markierten Worte.

Aus Arbeiterkammern & Gewerkschaften:**Raus aus der Krise 40****Betriebsratsrealitäten 42**

www.arbeit-wirtschaft.at

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.

Ein Blick über den Tellerrand

Redaktion intern

»Ach die Welt ist so geräumig und der Kopf ist so beschränkt«, hat Wilhelm Busch einst geschrieben. Und doch hängt fast alles auf dieser Welt irgendwie zusammen. Das hat uns die internationale Finanzmarktkrise wieder einmal drastisch vor Augen geführt. Deshalb widmen wir die »Arbeit&Wirtschaft« 9/2009 dem Thema »Wir und die Welt«.

In Zeiten zunehmender Globalisierung müssen auch die Gewerkschaften weltweit eng zusammenarbeiten. Wie wichtig das ist, betont Sharan Burrow, die Präsidentin des Internationalen Gewerkschaftsbundes

(IGB) in unserem Interview ab Seite 8. Die historischen Wurzeln dieser internationalen Solidarität unter GewerkschaftlerInnen beleuchten wir auf Seite 11.

»Eine bessere Welt ist möglich«, lautet der Slogan von ATTAC. Einer der Mitbegründer in Österreich, Christian Felber, listet zehn Schritte für eine gerechtere Globalisierung auf (Seite 12).

Wer trifft eigentlich die Entscheidungen in dieser Welt, haben wir uns gefragt und beleuchten nicht nur die Rolle von IWF (Seite 18) und WTO (Seite 20). Damit das alles nicht allzu bitter ernst ist, haben

wir uns auch die schönsten Verschwörungstheorien angesehen (Seite 22).

Weitere Themen sind Betriebsratsrealitäten (Seite 42), der »Equal Pay Day« am 27. September (Seite 44) und 30 Jahre Konsumentenschutzgesetz (Seite 45).

Besuchen Sie uns auch im Internet: Auf der Homepage www.arbeit-wirtschaft.at haben Sie die Möglichkeit, Artikel zu kommentieren und E-Cards zu versenden. Wir freuen uns übrigens stets über Kritik und Anregung: aw@oegb.at

Für das Redaktionskomitee
Katharina Klee



Standpunkt

Meine kleine Welt

Wohl ist die Welt so groß und weit und voller Sonnenschein«, haben wir in der Volksschule gesungen. Und genauso erschien mir die Welt damals: groß, weit und voller Sonnenschein. Das konnte man am Globus sehen, an Postkarten und Briefmarken, an Souvenirs und Fotos, in Atlanten und Fernsehdokumentationen. Und auch vom weiteren Text des Liedes war ich zutiefst überzeugt: »Das allerschönste Stück davon ist wohl die Heimat mein.«

Welt im Wandel

Seit damals hat sich die Welt rasant verändert – neue Technologien und neue Kommunikationsmittel haben dafür gesorgt, dass es sich anfühlt, als wären wir alle ein wenig näher aneinander gerückt. In weniger als 80 Stunden kann man per Flugzeug um die Welt reisen, per Computer und Mausclick reichen Sekunden. Schon vor Urlaubsantritt kann man sich dank Google Earth am Urlaubsort umsehen, statt Postkarten werden die Urlaubsfotos als Gruß an die Daheimgebliebenen gleich vor Ort online gestellt, mittels sozialer Netzwerke reißt der Kontakt zu den netten neuen Freunden auch nicht mehr so schnell ab.

Auch auf der anderen Seite der Weltkugel kann man beim bekannten Fastfood-Anbieter das gewohnte Schachtelmenü

einnehmen, dazu gibt es das braune Erfrischungsgetränk, das fast schon als Vorbote der letzten Globalisierungswelle, im Zweiten Weltkrieg im Gepäck der US-GIs seinen Siegeszug um die Welt antrat. Ein französischer Anbieter sorgt für Trinkwasser aus Plastikflaschen, eine niederländische Brauereikette für Abwechslung zum heimischen Bier. Die wohl bekannteste Zigarettenmarke gibt es dort in einer Variante, die dem Geschmack der Einheimischen entgegenkommt.

Die Logos der Mobiltelefonfirmen kennt man von zu Hause. Die Boutiquen verkaufen internationale Markenwaren zu Schleuderpreisen. In den Kunsthandwerksgeschäften findet man vieles, was man auch am heimischen Christkindlmarkt gesehen hat – mit rund 300 Prozent Preisaufschlag –, und die gleichen Souvenirs wie in anderen Paradiesen. Aus dem Radio dringen vertraute Songs, am Strand kann man aktuelle Film-DVDs ebenso kaufen wie die fast echte Rolex. Mit den Einheimischen verständigt man sich in einfachem Englisch – für ein kurzes Gespräch, das Feilschen am Markt und die Tempelbesichtigung reicht das allemal.

So fern und doch so nah – die Globalisierung macht's möglich. Burger-Schachteln und leere Plastikflaschen vermüllen die faszinierende Landschaft. Die schicke Ware in den Boutiquen ist deswegen so günstig, weil eben diese »Designerstücke«

nicht weit vom scheinbaren Paradies in Sweatshops unter höllischen Bedingungen hergestellt werden. Der internationale Zigarettenkonzern macht den dortigen Anbietern Konkurrenz. Der Staat verschenkt Gasflaschen, damit Holz nicht mehr zum Feuer machen verwendet wird, wenn schon unzählige Festmeter in Möbel und Schnitzereien verarbeitet werden. Das Wetter, sagen die Einheimischen, sei nicht mehr wie früher, aber das sagen Einheimische weltweit.

Träume vom Paradies

Und die Menschen? Viele träumen davon, das Paradies, in dem sie geboren sind, zu verlassen in Richtung des anderen, Reichtum und Wohlstand versprechenden Paradieses, aus dem wir für drei Wochen hierher geflohen sind.

Längst ist die Welt für mich nicht mehr groß und weit und schon gar nicht voller Sonnenschein. Die Heimat mein ist wohl auch nicht das allerschönste Stück davon, aber ich hätte es schlechter treffen können. Auch weil ich mir einen Urlaub im Paradies leisten kann, selbst wenn der ökologische Fußabdruck ein wenig aufs Gewissen drückt.

Diese Welt ist die einzige, die wir haben, und wenn wir uns dort Sonnenschein wünschen, dann müssen wir selbst was dafür tun.

WELTTAG FÜR MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT 2009

Eine Aktion des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Podiumsdiskussion: Menschenwürdige Arbeit für alle!

Wie die Wirtschaftskrise Arbeitsplätze gefährdet, und was Gewerkschaften dagegen tun

Dienstag, 6. Oktober 2009, 17.30 Uhr, AK Bildungszentrum, Theresianumgasse 16–18, 1040 Wien

Arbeitsplatzabbau, Kurzarbeit, Nulllohnrunde. Schlagworte, die in Zeiten der Krise in aller Munde sind. Multinationale Konzerne wollen in erster Linie eines: billige Arbeitskräfte. Und verlagern daher Produktion und immer mehr auch Dienstleistungen in Entwicklungsländer. Verlieren tun dabei die ArbeitnehmerInnen hier wie dort: Der Zusammenhang zwischen steigender Arbeitslosigkeit in Österreich und Ausbeutung von ArbeitnehmerInnen in Asien ist enger, als man auf den ersten Blick denken würde.

Globale Probleme erfordern globale Strategien!

Daher hat der Internationale Gewerkschaftsbund 2007 eine weltweite Kampagne für menschenwürdige Arbeit ins Leben gerufen. Jährlich am 7. Oktober findet der Welttag für menschenwürdige Arbeit statt. Wie Gewerkschaften in Industrie- und Entwicklungsländern zusammenarbeiten, um menschenwürdige Arbeit für alle zu erreichen, und was österreichische Gewerkschaften dazu beitragen, ist das Thema der Diskussion.

Begrüßung:

- » Erich Foglar, Präsident des ÖGB
- » Herbert Tumpel, Präsident der AK Wien

Input: » Detlef Wetzel, IG Metall: Gemeinsam für ein gutes Leben. Aktionen für Gerechtigkeit, Freiheit, Solidarität, Würde

Interviews: **Aktivitäten in ÖGB und Gewerkschaften:**

- » Sylvia Tatra, vida: ITF-Kampagne, Aktionswoche Straßentransport
- » Bernd Kulterer, GPA-djp: Atypisch Beschäftigte in der Gewerkschaft
- » Robert Okenka, GdG-Jugend: Kampagne »Her mit da Lehr«
- » Pia Lichtblau, weltumspannend arbeiten – ÖGB: Projekt »Menschenwürdige Arbeit für menschenwürdiges Leben«

Podiumsdiskussion: Wie können wir Menschen für dieses Thema begeistern? Welchen Beitrag können Gewerkschaften leisten?

- » Mario Becksteiner, Gewerkschaftsforscher
- » Kathrin Pelzer, Frauensolidarität (angefragt)
- » Walter Sauer, ÖGB
- » Sally Choi, Asia Monitor Resource Center (China)
- » Detlef Wetzel, IG-Metall

Moderation: » Katharina Klee

Anschließend kleiner Imbiss

Anmeldung: vera.ableidinger@akwien.at

VeranstalterInnen: ÖGB, AK Wien in Kooperation mit weltumspannend arbeiten und Südwind

Diese Veranstaltung ist Teil des Projekts »Menschenwürdige Arbeit für menschenwürdiges Leben«, das mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union und der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) durchgeführt wird.



IMPRESSUM

Redaktion »Arbeit&Wirtschaft«:

Laurenzberg 2, 1011 Wien,
Telefon: (01) 534 44, Fax: (01) 534 44-595,
Katharina Klee (Chefredakteurin): Klappe 304,
Sonja Adler (Sekretariat): Klappe 340 (von 8 bis 12 Uhr)

E-Mail: aw@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Karin Stieber, 1231 Wien, Altmannsdorfer Straße 154–156,
Telefon (01) 662 32 96-6344 Dw., Fax Dw. 6385;
E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

Redaktionskomitee

Arthur Ficzo (Vorsitz), Nani Kauer (Stellvertretender Vorsitz),
Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Lucia Bauer,
Günther Chaloupek, Thomas Fessler, Andreas Gjecaj,
Elisabeth Glantschnig, Katharina Klee (Chefredakteurin),
Karl Kollmann, Georg Kovarik, Barbara Lavaud, Sabine Letz,
Ruth Naderer, Katharina Painer, Brigitte Pellar,
Alexander Schneider, Erik Türk

Redaktionsmitglieder

Katharina Klee (Chefredakteurin),
Sonja Adler (Sekretariat),
Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe:

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, Lucia Bauer,
Ruth Bauer, Mario Becksteiner, Kai Biehl, Erika Brselova,
Katja Dämmrich, Éva Dessewffy, Astrid Fadler, Christian Felber,
Harald Glatz, Karl Kollmann, Wilfried Leisch, Pia Lichtblau,
Gabriele Müller, Maja Nizamov, Brigitte Pellar,
Reinhold Russinger, Walter Sauer, Claudia Schürz,
Elisabeth Steinklammer, Karin Zimmermann

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien,
Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer
Gewerkschaftsbund, 1011 Wien, Laurenzberg 2

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,
1230 Wien, Altmannsdorfer Straße 154–156,
Tel. (01) 662 32 96, Fax (01) 662 32 96-6385,
E-Mail: Renate.Wimmer@oegbverlag.at,
Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,-; Jahresabonnement Inland € 20,-;
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und
Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1231 Wien,
Altmannsdorfer Straße 154–156,
Tel. 662 32 96, Klappe 6344 (Dw.).

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift »Arbeit&Wirtschaft« wiedergegebenen
Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung
von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt
die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die
Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung
aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer
Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren
geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt einge-
sandte Manuskripte.

Leserzuschriften können auch gekürzt wiedergegeben werden.
Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der
Redaktion und mit Quellenangabe.

ÖGB:

Klima- und Umweltschutz

Umweltschutz und Beschäftigung sinnvoll verknüpfen.

Der **ÖGB unterstützt** alle Bemühungen, die zu mehr Klima- und Umweltschutz führen, denn das hat wesentlichen Einfluss auf Lebensqualität, Wirtschaft und Beschäftigung. Regierungen und Unternehmen haben eine große Verantwortung im Klimaschutz, aber auch jede und jeder Einzelne kann viel beitragen – und kann mit den Taten, die auf der Website von »Greenpeace« vorgeschlagen werden, sogar noch Geld sparen.

Nicht nur Einzelne müssen einen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz leisten, auch die Politik ist gefordert. Die Politik der EU darf in den Bereichen Umweltschutz und Klimaschutz nicht dazu führen, dass Unternehmen in Länder mit weniger strengen Umweltschutzbestimmungen abwandern. Es geht um die sinnvolle Verknüpfung von Umwelt-

schutz mit der Sicherung und Schaffung von Beschäftigung. Das Ziel sind mehr Arbeitsplätze in der Industrie und trotzdem weniger CO₂-Emissionen in Europa. Dieses Ziel zu erreichen ist möglich, wenn die Politik, in Österreich wie auch in der EU, dabei an einem Strang zieht.

Je mehr Menschen in Österreich selbst zum Klimaschutz beitragen – und nebenbei auch noch Geld sparen – umso deutlicher wird der Politik gemacht, dass auch sie ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten muss. Für den Klimaschutzgipfel, der im Dezember in Kopenhagen stattfinden wird, wäre das ein klarer Auftrag. Greenpeace bestärkt diesen Auftrag mit der aktuellen Kampagne »1 Million Taten für den Klimaschutz«.

Mehr unter:

www.1000000taten.at

Arbeiterkammer:

BAK-Führungsteam

Herbert Tumpel wieder an der Spitze der Bundesarbeitskammer.

Die **bundesweite Dachorganisation** der AK bildet die Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte (BAK).

Um möglichst nahe bei den Mitgliedern sein zu können, gibt es in jedem Bundesland eine Länderkammer für ArbeitnehmerInnen. Welche AK Ansprechpartner für das jeweilige Mitglied ist, hängt vom Standort des Betriebes ab.

Die AK kann sich durch diese Struktur selbst verwalten und sich unabhängig von Regierung und Wirtschaft für ihre Mitglieder einsetzen (»Selbstverwaltungskörper«), was vom Gesetzgeber so auch gewollt ist. Voraussetzung dafür ist die gesetzlich definierte Mitgliedschaft.

Außer in den vom Staat übertragenen Verwaltungsaufgaben sind die Kammern autonom – der Staat hat keine Weisungen zu erteilen. Die Arbeiterkammern unter-

liegen staatlicher Aufsicht, Aufsichtsorgan ist das Bundesministerium für Soziales, Arbeit und Konsumentenschutz.

Die konstituierende Hauptversammlung der BAK hat am 16. September das neue Führungsteam der BAK für die kommende Funktionsperiode gewählt. Dem fünfköpfigen Präsidium gehören an der Seite von Präsident Herbert Tumpel die vier Vizepräsidenten Johann Kalliauer, Siegfried Pichler, Walter Rotschädl (alle FSG) und Erwin Zangerl (ÖAAB) an.

In den BAK-Vorstand wurden neben den Präsidenten der Länderkammern sieben Kammerräte/-innen gewählt. Die neugewählten Mitglieder sind: Brigitte Adler, Norbert Bacher-Lagler, Ing. Reinhold Entholzer, Monika Kemperle und Fritz Ploner (alle FSG), Helmut Feilmair und Franz Hemm (beide ÖAAB).

ÖGB:

Letzte Chance auf weniger Stress

Nur noch bis Ende des Jahres gibt es Förderungen für IMPULS-Projekte.

Der **ÖGB** fördert Projekte zur Stressprävention – aber vorerst nur noch bis Ende 2009. Die Förderung wird von der AUVA finanziert und beträgt bis zu 10.000 Euro pro IMPULS-Projekt. BetriebsrätInnen, die ihren KollegInnen zu weniger Stress und besserem Arbeitsklima verhelfen wollen, sollten sich schnell melden, da die Projekte vorerst nur noch bis Ende 2009 beantragt werden können. Der letzte Workshop, in dem das Projekt interes-

sierten EntscheidungsträgerInnen und BetriebsrätInnen vorgestellt wird, findet am 15. Oktober 2009, 13.30 bis 17.00 Uhr in Wien statt. Die Beratung und Begleitung eines IMPULS-Projektes findet im Auftrag des ÖGB durch die Firma humanware GmbH statt, deren Geschäftsführerin Martina Molnar auch alle IMPULS-Unterlagen entwickelt hat.

Europäische Studien und österreichische Daten belegen klar, dass Arbeits-

leid durch Stress – Arbeiten unter Zeitdruck, mangelnder Handlungsspielraum, immer flexiblere Arbeitszeiten – im Zunehmen ist. IMPULS kann da Abhilfe schaffen und konkrete Unterstützung geben.

Informationen zum Projekt und Anmeldung für den Workshop: ÖGB Referat Sozialpolitik-Gesundheitspolitik, ingrid.reifinger@oegb.at, Telefon: 01/534 44 461, www.impulstest.at

Arbeiterkammer NÖ:

Spielend lernen

»Work Life Mystery«: Wer holt den Highscore beim Adventure-Game?

Learning by gaming – spielerisches Lernen ist nicht nur für die Kinder interessant. Das Spiel »Work Life Mystery« wurde in Zusammenarbeit von AKNÖ-ExpertInnen, Jugendlichen und PädagogInnen entwickelt. Es ist ein Adventure-Game. Bei dieser Spielform läuft eine Geschichte, ähnlich wie in einem Film, Szene für Szene ab: der Spieler/die Spielerin muss durch Interaktion und Kommunikation

mit im Spiel auftretenden Personen bzw. durch logisches Kombinieren die gestellten Herausforderungen nach und nach bewältigen. Dabei ist es notwendig, verschiedene Gegenstände zu entdecken und mitzunehmen, die eventuell für das Weiterkommen entscheidend sein können. Die SpielerInnen werden für die aktive Berufsinformation sensibilisiert und lernen dabei spielerisch Begriffe und Part-

nerInnen aus der Arbeitswelt kennen. Darüber hinaus trägt die zielgerichtete und reflektierte Beschäftigung mit dem Online-Game zur Stärkung der Medienkompetenz und zu einer reflektierten und kritischen Haltung gegenüber den sogenannten »Neuen Medien« bei.

Probieren Sie das Computerspiel »Work Life Mystery« aus: www.worklifemystery.at

GMTN:

Veranstaltungstipp: Hunger.Macht.Profite.

Filmtage zum Recht auf Nahrung von 1. bis 4. Oktober.

Laut der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO hungern derzeit eine Milliarde Menschen weltweit – ein historischer Negativrekord: Weltweit hungert jeder sechste Mensch! Im Frühjahr 2008 waren die Kameronas auf die weltweiten Hungerrevolten von Haiti bis Ägypten gerichtet. Für einen kurzen Augenblick waren die von Hunger betroffenen Menschen dieser Erde ins Licht der Öffentlichkeit gerückt, um nur wenig später wieder im Schatten einer weltweiten Finanzkrise zu »verschwinden«.

Mit den Filmtagen zum Recht auf Nahrung »Hunger.Macht.Profite.« im Oktober 2009 wollen FIAN Österreich, Attac, ÖBV-Via Campesina Austria und normale.at dem entgegenwirken und strukturelle Ursachen von Hunger sichtbar machen. Die Filmtage finden von 1. bis 4. Oktober im Schikaneder-Kino in Wien, von 8. bis 11. Oktober im Local-Bühne-Kino Freistadt in Oberösterreich und von 15. bis 18. Oktober im Diesel-Kino Leibnitz statt. In den an die Dokumentarfilme anschließenden Filmgesprächen werden aktuelle Problem-

lagen und Lösungsmöglichkeiten gemeinsam mit ExpertInnen diskutiert.

»Hunger sichtbar zu machen, und die damit verbundene Verteilungsfrage ins Zentrum zu rücken, ist auch für die Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung seit Jahren ein großes Beschäftigungsfeld«, sagt Branchensekretär Gerhard Riess. Die GMTN ist daher auch Kooperationspartner der Filmtage zum Recht auf Nahrung und nimmt eine aktive Rolle bei den Diskussionen im Anschluss an die Filme ein.

Mehr Infos:

www.HungerMachtProfite.at

Offen für neue Ideen

Der Schutz der ArbeitnehmerInnenrechte auch in Zeiten der Krise ist für IGB-Präsidentin Sharan Burrow ein ebenso wichtiges Thema wie der Klimawandel.

ZUR PERSON

Sharan Burrow

Geboren: 12. Dezember 1954 in Warren, New South Wales (NSW), Australien

1976 Lehrabschluss an der Universität von NSW

1992 Präsidentin der Australian Education Union (AEU)

1995–2000 Vizepräsidentin der Education International (EI) – der Bildungsinternationale, die die Bildungsgewerkschaften auf internationaler Ebene vertritt und weltweit 24 Millionen Mitglieder hat.

Seit Mai 2000 ist Sharan Burrow Präsidentin des australischen Gewerkschaftsbundes (Australian Council of Trade Unions – ACTU).

Im Oktober 2000 wurde sie zur Präsidentin der IBFG-Regionalorganisation für Asien und den pazifischen Raum (APRO) gewählt.

Im Dezember 2004 wurde sie zur Präsidentin des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften (IBFG – International Confederation of Free Trade Unions, ICFTU) gewählt.

Seit November 2006 erste IGB-Präsidentin. Damals haben sich in Wien der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG), der Weltverband der Arbeitnehmer (WVA) sowie acht bisher keinem internationalen Dachverband angeschlossene Gewerkschaften zusammengeschlossen. Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) vertritt 168 Mio. ArbeitnehmerInnen in 305 Mitgliedsorganisationen und 153 Ländern.

Burrow ist außerdem Vorsitzende des Internationalen Zentrums für Gewerkschaftsrechte (ICTUR) sowie Mitglied des Verwaltungsrates der Internationalen Arbeitsorganisation und des Stakeholder-Rates der Globalen Berichterstattungsinitiative (GRI). Im Rahmen ihrer IAO-Aufgaben führt sie den Vorsitz in der Arbeitnehmergruppe des Unterausschusses für multinationale Unternehmen.

Arbeit & Wirtschaft: *Sharan Burrow, Sie sind seit dem Gründungskongress im November 2006 Präsidentin des Internationalen Gewerkschaftsbundes, IGB. Seit 2000 sind Sie Präsidentin des Australischen Gewerkschaftsbundes, ACTU. Wie sind Sie zur Gewerkschaftsbewegung gekommen, wie war Ihr beruflicher Werdegang?*

Sharan Burrow: Ich bin in einer Familie mit starken gewerkschaftlichen Werten im ländlichen New South Wales (NSW), an der australischen Südküste aufgewachsen. Mein Urgroßvater war am Streik der

Schafscherer von 1891/92, beteiligt. Er war einer der Gründer der australischen Gewerkschaftsbewegung und kandidierte bei den Parlamentswahlen 1896 für die neue Australische Arbeiterpartei. Ich selbst habe für das Lehramt studiert und Ende 1970 begonnen, an Sekundarschulen in NSW zu unterrichten. Dann wurde mir die Vertretung meiner Gewerkschaft angeboten, und ich wurde eine der OrganisatorInnen der NSW-Lehrerföderation. 1992 wurde ich zur Präsidentin der australischen Lehrergewerkschaft, 2000 zur Präsidentin von ACTU und 2004 vom IGB gewählt.

Der ÖGB ist ein überparteilicher Zusammenschluss von Fachgewerkschaften der wichtigsten Branchen Österreichs. Jedes Jahr handeln die Gewerkschaften über 700 Kollektivverträge aus. Wie sind die australischen Gewerkschaften organisiert?

Australiens Gewerkschaftsbewegung entstand im späten 19. Jahrhundert aus Handwerkszünften und größeren Gewerkschaften, die aus den Arbeitskämpfen der 1890er hervorgegangen waren. Im Lauf der Zeit wurden Dutzende Gewerkschaften gegründet. Ende 1980, An-



Für mich steht außer Frage, dass der beste Platz, die Welt zu ändern, in einer Gewerkschaft ist.

fang 1990 fusionierten viele Gewerkschaften derselben Branchen. Heute hat der ACTU 45 Mitgliedsorganisationen, die insgesamt über zwei Mio. Beschäftigte repräsentieren.

Österreichs Gewerkschaften arbeiten viel mit NGOs zusammen. Wie ist die Beziehung zu den NGOs in Australien?

Der ACTU hat sehr gute Beziehungen zu NGOs. Wir fördern den Dialog der Zivilgesellschaft und sind Mitglied des Steuerforums »Community Tax Forum«, dem auch der Australische Rat für Soziale Dienstleistungen, der Konsumentenverband und die Stiftung »Conservation Foundation« angehören. Eine ähnliche Allianz wurde zum Kampf gegen den Klimawandel gegründet. Die Verbindungen zu NGOs und Bürgerinitiativen wurde in den vergangenen Jahren durch die Kampagne »Deine Rechte bei der Arbeit« gegen die unfairen Arbeitsgesetze der früheren Regierung Howard gestärkt, durch die quer durch die Gesellschaft eine massive Mobilisierung für eine gemeinsame Sache stattgefunden hat.

Trotz der Krise ist es für europäische Gewerkschaften nicht immer leicht, neue Mitglieder zu gewinnen. Wie ist das für den ACTU?

Ein Viertel der australischen ArbeitnehmerInnen sind Gewerkschaftsmitglieder – das ist seit Jahren konstant geblieben, obwohl der Verlust von Arbeitsplätzen durch die globale Finanzkrise in bestimmten Bereichen auch die Mitgliederzahl betroffen hat. Erst vor wenigen Mo-

nate haben wir neue Arbeitsgesetze bekommen, mit denen viele Rechte wieder eingesetzt wurden, die wir in den letzten zwölf Jahren verloren hatten.

Sind Gewerkschaften noch zeitgemäß?

Gewerkschaften passen sich sehr gut an die Verhältnisse in der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt an. Wir haben als erste die Finanzkrise zu spüren bekommen und bieten Ideen, um Arbeitsplätze zu schützen. Das ist unsere Kernaufgabe. Sicher gäbe es immer mehr zu tun, um junge Menschen und Frauen zu gewinnen und die Basis zu organisieren – Gewerkschaften sind immer offen für neue Ideen.

Müssen sich Gewerkschaften verändern. Wenn ja, wie?

Wie jede Organisation müssen sich auch die Gewerkschaften an den Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft anpassen. Unsere Organisationsform ändert sich durch Internet und Globalisierung. Einige grundlegende Dinge aber verändern sich nicht – Gewerkschaften werden immer für Fairness, angemessene Löhne und gerechten sozialen Wandel eintreten.

Welche Rolle spielen Internet und neue Medien für die internationale Gewerkschaftsbewegung?

Internet und neue Medien sind enorm wichtig für die internationale Gewerkschaftsbewegung. Sie eröffnen einen völlig neuen Weg zur Verbreitung von Information und zum Aufbau von Unterstützung, nicht nur unter Gewerkschaftsmitgliedern.

Mit der Web-2.0-Technologie kann die internationale Gewerkschaftsbewegung online mit Mitgliedern und Unterstützern in Kontakt treten und Themen der Arbeitswelt ansprechen. Möglichkeiten, sich zu organisieren und politisch zu handeln sind unbegrenzt.

Was sind aktuelle Anliegen des IGB?

Der IGB steht für Förderung und Schutz der ArbeitnehmerInnenrechte. Diese Prämisse wird in die Politik, die Kampagnen und in die Arbeit der Interessenvertretung und der solidarischen Praxis übertragen. Wir greifen die Folgen der Finanzkrise für die Beschäftigten auf und üben Einfluss auf die internationalen Entscheidungsträger aus, um Reformen durchzuführen und Arbeitsplätze zu schaffen. Wir agieren in den politischen, ökonomischen und sozialen Strukturen für Gleichheit und gleichen Lohn. Wir fordern gleiche Behandlung für WanderarbeiterInnen und arbeiten mit den Globalen Gewerkschaftsföderationen (GUF), um ungeschützte Beschäftigte zu organisieren. Priorität des IGB ist auch, die gewerkschaften weltweit in ihren nationalen Kampagnen zu unterstützen.

Was sind die spezifischen Probleme und Interessen aufgrund der Finanzkrise?

Arbeitsplätze haben erste Priorität, wobei ohne Reformen des Finanzsystems diese Bemühungen untergraben werden. Weiters: Im Einsatz für Entwicklung, insbesondere in den ärmsten Ländern und konkreten Schritten für »grüne« Arbeitsplätze und den gerechten Übergang zu einer Zu-

WEBLINKS

IGB-Homepage:
www.ituc-csi.org/spip.php?rubrique1&lang=de

kunft mit niedrigem CO₂-Verbrauch. In der Erklärung von Pittsburg an die G-20 legen die Gewerkschaften detaillierte Pläne gegen die Bankeninsolvenz und exzessive Managergehälter, für Steuerreformen und effektive Finanzmarktregulierungen vor. Wir arbeiten an einer globalen Steuer auf Finanztransaktionen zur Senkung von Spekulationen und Schaffung von Mitteln für Entwicklung. Arbeit und Einkommen müssen im Zentrum der globalen Wirtschaft stehen. Wirtschaftswachstum muss von produktiver Investition und Beschäftigung und nicht von Finanzspekulation getragen werden. Selbst am Höhepunkt der Krise stellen Banker und Manager neue Rekorde der Gier auf und teilen sich selbst enorme Zahlungen zu. Die Saat der nächsten Krise ist schon gelegt.

Schwerpunkt dieser Ausgabe von A&W ist die Globalisierung. Dabei steht die WTO oft im Zentrum der Kritik. Wie ist die Position des IGB zur Rolle dieser mächtigen Organisation?

Gewerkschaften fordern Reformen der internationalen Finanzinstitutionen, die Entwicklungs- und Schwellenländern oft Arbeitsplatz vernichtende Bedingungen mit verheerenden Folgen für Gesundheit, Ausbildung und soziale Sicherheit stellen. Seit langem führen wir Kampagnen durch, damit bei WTO und Handelsabkommen im Allgemeinen Arbeitsstandards respektiert und insbesondere eine Sozialklausel aufgenommen wird, und damit Arbeits- und Menschenrechte und Umweltstandards berücksichtigt werden.

Welche Rolle hat der IGB bei der ILO-Strategie »decent work – decent life«?

»Angemessene Arbeit« ist bei der Planung der künftigen Strategien für Regierungen, Investoren und Unternehmen von vitaler Bedeutung. Der »Global Jobs Pact« der ILO wurde im Juni 2009 ausgehandelt und beinhaltet Arbeitsrechte, Beschäfti-

gungs- und Einkommenschancen, soziale Sicherheit, den sozialen Dialog und Drei-Parteien-Verhandlungen sowie wirtschaftliche Entwicklung. Regierungen und Zusammenschlüsse wie die G-20, müssen nun tatkräftige Aktionen setzen.

Welchen Einfluss auf Ihre Karriere hatte es, dass sie eine Frau sind?

Frauen stellen rund die Hälfte der Weltbevölkerung und der Erwerbstätigen. In Australien und weltweit sind unsere Rechte, Gleichbehandlung und gleiche Chancen weit von dieser Tatsache entfernt. Sogar in den Gewerkschaften müssen Frauen immer noch um gleiche Repräsentation und für das Recht, Kollektivverträge und Gesetze mit auszuhandeln, kämpfen. Ich war immer Feministin und Kämpferin für die Frauenrechte, leider ist der Job noch nicht getan. Für mich steht außer Frage, dass der beste Platz, die Welt zu ändern, in einer Gewerkschaft ist.

In Österreich ist der 27. September der »Equal Pay Day«. In Australien ist bereits am 1. September der Tag, an dem Frauen – im Vergleich zur gleichen Arbeit von Männern – keinen Lohn mehr erhalten. Was unternehmen ACTU und der IGB diesbezüglich?

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit hat während der arbeitnehmerfeindlichen vorigen Regierung einen Rückschritt erfahren. In Australien gibt es nun eine Allianz für gleichen Lohn aus Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Frauenorganisationen und der Geschäftswelt. Wir erstellen diesbezüglich Empfehlungen für die Regierung. Neben der Schaffung flexiblerer Gestaltung bei der Arbeit und qualitativ besserer Kinderbetreuung, fordern die Gewerkschaften weitere Maßnahmen, darunter: verpflichtende Berichte seitens der Arbeitgeber in Bezug auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit und gleiche Beschäftigungschancen, weiters unabhängiges Monitoring und Einkommensberichte oder die entsprechende Bewertung und Finanzierung von Löhnen für Arbeit, die traditionell von Frauen erledigt wird.

Weiteres Thema unseres Magazins ist der Klimawandel. Was haben die Gewerkschaften damit zu tun?

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Wir Gewerkschaften können auf eine stolze Geschichte im Kampf für Umweltfragen verweisen. Aber noch nie lag die Latte so hoch wie jetzt. Aktionen gegen den Klimawandel sollten in unsere Arbeit integriert werden. Schließlich gibt es keine Jobs auf einem toten Planeten. Unsere Gewerkschaftsbewegung unterstützt das Engagement der Regierung zur Einführung eines Planes für erneuerbare Energie und CO₂-Senkung. Aber wir müssen noch mehr tun.

Weltweit gibt es bereits einen Billionen-Markt für ökologische Produkte, Millionen von Arbeitsplätzen im Bereich sauberer Energie können durch nationale und globale Anstrengungen geschaffen werden. Eine unserer Aufgaben ist es, die Arbeitsplätze während des Übergangs zu einer umweltverträglichen Wirtschaft und die Umschulung der Arbeitskräfte für die Jobs der Zukunft zu sichern. Wir müssen dafür kämpfen, dass auch Entwicklungsländer ihren Anteil an diesen Technologien und Arbeitsplätzen bekommen.

Was waren Ihre bisher größten Erfolge?

Das ist eine schwierige Frage. Ich nenne drei der jüngsten Erfolge, an denen ich teilnehmen durfte: 1) Die Kampagne »Deine Rechte bei der Arbeit« in Kooperation mit den BürgerInnen, die zur Abwahl der Anti-Gewerkschaftsregierung Howards führte. 2) Das erfolgreiche Ende eines 30-jährigen Kampfes um Karenzgeld für alle australischen Frauen. 3) Das Eintreten der australischen Gewerkschaften – und des IGB – für den Übergang zu einer ökologischeren Wirtschaft.

Das E-Mail-Interview wurde übersetzt von Gabriele Müller.

Katharina Klee für Arbeit&Wirtschaft

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an die Redaktion
aw@oegb.at

Mehr als ein Schlagwort

Internationale Solidarität gehörte von Anbeginn an zu den Prinzipien der Gewerkschaftsbewegung.

Die ArbeiterInnenbewegung war seit ihren Anfangsjahren international. Das musste aus rein praktischen Gründen so sein, denn die Unternehmenspolitik scherte sich nie um nationale Grenzen. Als Karl Marx seinen berühmten Aufruf »Proletarier aller Länder vereinigt euch!« verfasste, hatte er diese Internationale des Kapitals vor Augen. »Globalisierung« war also für die Gewerkschaften vom ersten Tag an ein Thema. Es ging um die Chance auf bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, aber auch um politische Rechte für die Besitz- und Rechtlosen, für die damals der Begriff »Volk« verwendet wurde. Deshalb gehörte die Hilfe für Befreiungsbewegungen immer schon zur internationalen Solidarität. So versuchten die Wiener Eisenbahner in der Revolution von 1848 den Einsatz von Militär gegen die aufständischen Ungarn zu verhindern. Und die erste Gewerkschaftsinternationale, der Londoner Gewerkschaftsrat, organisierte nach 1860 Solidaritätsaktionen europäischer ArbeiterInnen für den »Freiheitskampf des polnischen Volkes« gegen die russische Zarenherrschaft.

Die 1864 gegründete »Internationale Arbeitersociation« (auch »**Erste Internationale**«) war die erste über Europa hinausreichende Gewerkschaftsinternationale. In den USA hatte sich die Erkenntnis von den gemeinsamen Interessen der Arbeiterklasse durch Flüchtlinge aus den Diktaturen Europas verbreitet. Die damals entstehende moderne Gewerkschaftsbewegung hielt Kontakt zu den europäischen KollegInnen. Die Demonstration für den Achtstundentag in New York 1871 – die erste gemeinsame Aktion weißer und schwarzer ArbeiterInnen in den USA – war eine Initiative der »Ersten Internationale«. Sie unterstützte auch Streiks in Amerika wie in Europa.

Das Sammeln für streikende KollegInnen in einem anderen Land war bis in das 20. Jahrhundert hinein



Die einheimischen AsiatInnen und AfrikanerInnen hatten in der Zeit, als der Großteil ihrer Kontinente Kolonien europäischer Mächte oder von europäischen Einwanderern beherrscht waren, fast keine Chance, sich zu organisieren und für ihre Rechte zu kämpfen. Der Internationale Gewerkschaftsbund unterstützte sie während der 1920er-Jahre bei der Gründung von Gewerkschaften. Über eine Gründungsversammlung in Südafrika berichtete die Illustrierte »Der Kuckuck« 1930.

für die Erfolge der Gewerkschaftsbewegung unverzichtbar, denn die Streikfonds reichten nicht aus, um die vielen Unorganisierten, die sich an den Kämpfen beteiligten, zu versorgen. Aber das Solidaritätsnetzwerk half auch immer wieder ganz persönlich. Nach den beiden Weltkriegen nahmen zum Beispiel GewerkschafterInnen in vielen Ländern Europas österreichische Kinder bei sich auf – für viele die erste angestrebte freie Zeit ihres Lebens. Andere KollegInnen arbeiteten zu Weihnachten und spendeten den Lohn dafür zum Kauf von Lebensmitteln für die Hungernden in Österreich. Umgekehrt halfen österreichische Gewerk-

schaften in den 1950er-Jahren – mitten im »Kalten Krieg« – den Gewerkschaften im kommunistischen Ungarn bei der Unterstützung von Katastrophenopfern. Die Aufzählung ist sehr unvollständig.

Die Behauptung, das einzige Anliegen der Gewerkschaftsbewegung müsse die »Sicherung des nationalen Wirtschaftsstandorts« sein, ist nicht nur im Zeitalter der neuen Globalisierung überholt, sie hat nie gestimmt.

Dr. Brigitte Pellar
brigitte.pellar@aon.at

10 Schritte für die Welt

Die gegenwärtige Krise ist auch eine Krise des gegenwärtigen Modells der Globalisierung. Jetzt bestünde die Chance, das Ruder herumzureißen.

Autor: Mag. Christian Felber

Freier Publizist, Universitätslektor und
Mitbegründer von Attac Österreich

Wachsende Ungleichheit und Instabilität, Hunger, Migration und Klimawandel zeigen, dass sich liberalisierte Finanzmärkte und Freihandel nicht bewährt haben. Welche Bereiche bedürfen dringend der politischen Umsteuerung?

1. Demokratische Banken

Die Umwandlung der Finanzmärkte von einem dem Gemeinwohl dienenden Sektor hin zu einer gewinnorientierten globalisierten Industrie war eine Fehlentwicklung: Sie hat nicht Effizienz und Massenwohlstand gebracht, sondern Instabilität, Ungleichheit und sogar Hunger, weil Fonds mit Nahrungsmittel- und Energiepreisen spekulieren. Geld muss wieder zu einem öffentlichen Gut werden und Banken sollten auf ihre Kernfunktion reduziert werden: die Umwandlung von Spar- in Kreditgeld. »Demokratische Banken«, die verfassungsmäßige Ziele verfolgen, von der Regierung unabhängig sind und von der Bevölkerung kontrolliert werden, könnten diesen Auftrag erfüllen.

2. Finanztransaktionen besteuern

Derzeit laufen sämtliche Finanztransaktionen über nur drei (!) private **Clearingstellen** in Belgien und Luxemburg. Um grenzüberschreitende Kapitaltransaktion

zu besteuern, bräuchten die Clearingstellen lediglich die Steuer auf die schon jetzt bei jeder Transaktion abgebuchte Gebühr draufschlagen.

3. Steueroasen trocken legen

Da alle Banken bei Clearingstellen Konten einrichten müssen, wäre es leicht, Steueroasen trocken zu legen, indem Geldinstitute, die auf Steueroasen sitzen, kein Konto bei den Clearing-Banken mehr erhalten. Aus beiden Gründen – Transaktionssteuer und Kontovergabe – wäre es sinnvoll, den grenzüberschreitenden Kapitalverkehr unter öffentliche Kontrolle zu bringen.

4. Weltreservewährung statt Dollar

Die Rolle des US-Dollars als Weltleitwährung nützt den USA und schadet allen anderen. Die USA können sich auf Kosten aller anderen verschulden und Öl in der eigenen Währung kaufen. Eine faire Alternative wäre, dass eine Weltreserve- oder Handelswährung geschaffen wird, zu der alle Landeswährungen kontrolliert auf- und abwerten, je nach ihrer realwirtschaftlichen Entwicklung. Das ergäbe Planungssicherheit und globale Stabilität. Während sich die politischen Eliten der EU über diese Idee von John Maynard Keynes in Stillschweigen üben, macht sich die UN-Expertenkommission zur Lösung der Finanzkrise dafür stark.

5. Fairer Handel statt Freihandel

Kein Land ist historisch durch Freihandel groß geworden. Alle heutigen Handelsmächte haben sich in ihrer Entwicklungs-

BUCHTIPPS

Kooperation statt Konkurrenz

10 Schritte aus der Krise
Deuticke, August 2009,
144 Seiten, € 15,40, ISBN
978-3-552-06111-8



Neue Werte für die Wirtschaft

Eine Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus
Deuticke, März 2008, 336 Seiten,
€ 20,50, ISBN 978-3-552-06072-2

50 Vorschläge für eine gerechtere Welt

Gegen Konzernmacht und Kapitalismus
Deuticke, August 2006, 336 Seiten,
€ 20,50, ISBN 3-552-06032-4

Vorbestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

phase »**protektionistisch**« verhalten. Jetzt verlangen sie von den noch nicht konkurrenzfähigen armen Ländern die Öffnung ihrer Grenzen. Doch zwischen Starken und Schwachen steht von vornherein fest, wer gewinnt und wer verliert. Das ist ein wichtiger Grund dafür, warum in den 1990er-Jahren in fast 60 Ländern das Pro-Kopf-Einkommen gesunken ist. Diejenigen Länder, die sich nicht an die Freihandelsdoktrin der WTO oder des IWF gehalten haben, wie die südostasiatischen **Tigerstaaten** oder China, sind die einzigen, die in den Vorjahren ein wenig zu den reichen Ländern aufschließen konnten. So, wie



Eine andere Welt wird nur möglich,
wenn sich möglichst viele Menschen
zuschließen und persönlich
dafür einsetzen.

diese Länder sollten alle Länder sich mit der Geschwindigkeit öffnen dürfen, wie es ihrer Entwicklung am zuträglichsten ist.

6. UNCTAD statt WTO

Auf Druck der Industrieländer wurde 1995 die WTO außerhalb der UNO gegründet, um keine Rücksicht auf Menschenrechte, Umweltschutz, Ernährungssicherheit, Gesundheitsvorsorge, Arbeitsrechte oder kulturelle Vielfalt nehmen zu müssen. Heute werfen immer mehr UN-Organisationen den WTO-Regeln Menschenrechtswidrigkeit vor. Es wäre gerechter, die Handelsregeln in der UNO mit den schon bestehenden Abkommen abzustimmen. Dort gibt es schon seit 1964 eine Organisation, welche die Erstellung gerechterer Handelsregeln vornehmen könnte: die Organisation der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung **UNCTAD**, die Handel nur als Mittel sieht für das wichtigere Ziel der Entwicklung. Die UNCTAD wurde auf Initiative der armen Länder eingerichtet, die jedoch nicht über so viel Macht verfügen wie die Industrieländer.

7. Technologietransfer

Der globale Patentschutz nützt vorwiegend westlichen Konzernen. Auch hier verlangen die reichen Länder von den armen etwas, das sie in der eigenen Geschichte nicht praktiziert haben: den rechtlichen Schutz geistigen Eigentums. Wenn die Reichen von den Armen »Schutzgeld« für ihre Technologien verlangen, verlangsamen sie dadurch den Technologietransfer. Besonders schädlich ist der Schutz geistigen Eigentums bei Medikamenten. Das führt dazu,

dass arme Menschen an heilbaren Krankheiten sterben, weil sie sich die vorhandenen Medikamente nicht leisten können. Das WTO-Abkommen, das den Schutz geistiger Eigentumsrechte regelt (**TRIPS**) sollte ersatzlos gestrichen werden. Stattdessen sollte in der UNO ein Fonds eingerichtet werden, der Patente ankauft und globale Forschungsk Kooperationen in Auftrag gibt, um den Wissenstransfer von Nord nach Süd zu beschleunigen.

8. GAPS statt GATS

Eine weitere Möglichkeit, Technologie von den reichen in die armen Länder zu transferieren, wäre, dass öffentliche Betriebe wie Stadtwerke, Energieversorger, Bahnen oder Universitäten internationale Kooperationsabteilungen einrichten, die das in den reichen Ländern entwickelte Wissen an ärmere weitergeben. Ein »General Agreement on Public Services GAPS« könnte an die Stelle des WTO-Dienstleistungsabkommens GATS treten, das öffentliche Dienste durch Liberalisierung gefährdet.

9. Globale Vermögenssteuer

Dieser Technologietransfer muss finanziert werden. Das könnte über eine Vermögensabgabe auf die globalen Dollar-Millionäre alias »**HNWI**« (High Net Worth Individuals) erfolgen, deren Reichtümer sich 2008 auf 33 Billionen US-Dollar aufgetürmt haben. Zwei Prozent Steuer würden jährlich 640 Mrd. US-Dollar einspielen. Für die Versorgung aller Menschen mit sauberem Trinkwasser, Grundschulzugang oder Basisgesundheitsversorgung sind nur jeweils wenige Mrd. US-Dollar nötig.

10. Rechte für Menschen

Derzeit genießen transnationale Konzerne immer mehr Rechte, auch direkte Klagerechte gegen Staaten. So klagen z. B. Siemens gegen Argentinien oder ExxonMobile gegen Venezuela. Durch diese Klagerechte wurden Umweltschutzgesetze ausgehebelt, Mrd. US-Dollar Steuergeld von armen Ländern flossen in die Kassen der Konzerne. Umgekehrt gibt es keine globale Instanz, vor der betroffene Menschen, Gewerkschaften oder Gemeinden klagen können, wenn globale Konzerne ihren Lebensraum zerstören, die Gesundheit gefährden oder Arbeits- oder Menschenrechte verletzen. Diese Rechtsasymmetrie muss ausgeglichen werden. Globalisierung darf nicht nur Freiheiten und Rechte für die Global Players bedeuten, sie muss auch Pflichten bringen.

Um diese Forderungen durchzusetzen, braucht es starken globalen Druck von unten. Die wichtigste Strategie für eine andere Globalisierung ist deshalb die Kooperation zwischen sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Kirchen und anderen Gruppen. Eine andere Welt wird nur möglich, wenn sich möglichst viele Menschen zusammenschließen und persönlich dafür einsetzen.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
info@christian-felber.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Weltumspannend arbeiten

Seit 13 Jahren setzt sich das entwicklungspolitische Bildungsprojekt mit internationalen Zusammenhängen der globalen Wirtschaft auseinander.

Autorin: MMag. Claudia Schürz

Projektleiterin »weltumspannend arbeiten«

Die global agierende Wirtschaft betrifft uns als ArbeitnehmerInnen aufgrund der Verarbeitung von Rohstoffen, der Auslagerung von Produktionsstätten, der Fusionen und Übernahmen, der internationalen Konkurrenz und des Drucks auf unser Sozialsystem mittlerweile fast täglich.

»weltumspannend arbeiten« hat sich zur Aufgabe gesetzt, durch Informations- und Bildungsaktivitäten, Kooperations- und Austauschprojekte ein differenziertes Bild über globale Zusammenhänge zu entwickeln und konkrete Handlungsfelder zu öffnen.

Gegründet 1996 auf Initiative des ÖGB Oberösterreich, bietet »weltumspannend arbeiten« einen breiten Bogen von Aktivitäten an, die in Abstimmung und in Kooperation mit dem ÖGB, den Gewerkschaften und NGOs geplant werden.

Durch Bildungsarbeit werden BetriebsrätInnen, FunktionärInnen und GewerkschaftssekretärInnen internationale Zusammenhänge nähergebracht. Sie werden so motiviert, selbst aktiv zu werden, um der Vorstellung einer gerechteren

Welt, speziell im Hinblick auf die Anliegen der ArbeitnehmerInnen weltweit, einen Schritt näher zu kommen.

»weltumspannend arbeiten« greift die großen bestimmenden Themen unserer Zeit wie Neoliberalismus, Privatisierung, Globalisierung und Abbau sozialer Sicherheit auf, zeigt deren weltweite Auswirkungen auf Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnen und arbeitet an der Umsetzung möglicher Alternativen.

Vernetzung durch Information

Wir veranstalten Vorträge, Seminare und Kampagnen zu den Themen Globalisierung von ArbeitnehmerInnenrechten, globale Arbeitsbedingungen, Sozialstandards, Fairer Handel, freie Produktionszonen, multinationale Unternehmen, Neoliberalismus, Kinderarbeit, internationale Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit, Gewerkschaften und Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit.

Aktuell steht natürlich auch der Zusammenbruch des Finanzmarktkapitalismus mit all seinen globalen Folgen im Vordergrund. Dazu gibt es auch Wanderausstellungen und vielfältige Materialien.

Die Ergebnisse und Erfahrungen daraus fließen in die Gewerkschaftsarbeit ein und fördern internationale Vernetzung und Zusammenarbeit. Eine wesentliche Rolle dabei spielt der Aspekt der persönlichen Begegnung von ArbeitnehmerInnen bzw. GewerkschafterInnen.

Ein anderer wesentlicher Bereich der Arbeit von »weltumspannend arbeiten« umfasst die Beteiligung und Durchführung von Kampagnen zu gewerkschafts-

INFO & NEWS

Projektstart DecentWork – DecentLife

Immer mehr Unternehmen verlagern die Produktion in Entwicklungsländer – mit fehlenden Sozialstandards und Umweltauflagen lässt es sich billig produzieren. Wie wir globale Strukturen gemeinsam verändern und mit ArbeitnehmerInnen auf der ganzen Welt zusammenarbeiten können, und wie wir dadurch alle profitieren – das erklärt »Menschenwürdige Arbeit für menschenwürdiges Leben«.

Unsere Angebote

- Einjähriger Lehrgang zu internationalen Gewerkschaftsstrategien (ab Herbst 2010 bzw. Herbst 2011), bestehend aus jeweils sechs zweitägigen Modulen. Der Lehrgang richtet sich an BetriebsrätInnen sowie Gewerkschaftsmitglieder, die Interesse an internationaler Gewerkschaftsarbeit mitbringen und an der Verankerung im ÖGB mitarbeiten möchten.
- Ergänzend dazu: je drei zweitägige Workshops für MultiplikatorInnen.
- Tagesseminare zu verschiedenen globalen Themen für alle Interessierten.
- Vorträge, Diskussionen, Begegnungen mit GewerkschafterInnen aus Entwicklungsländern.
- Wanderausstellung »Globale Arbeitsbedingungen und Arbeitskämpfe«.

Das Projekt »Menschenwürdige Arbeit für menschenwürdiges Leben« wird mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union und der **Austrian Development Agency** durchgeführt.

WEBLINKS

Weltumspannend arbeiten:
www.weltumspannend-arbeiten.at



Das entwicklungspolitische Projekt im ÖGB



Globalisierung von unten - die **Gegenkraft** wird wirksam.

ZITATE

»Es macht einen großen Unterschied, ob ich etwas nur höre oder direkt mit jemandem Kontakt habe, der davon betroffen ist.«

(Günther Mayrhofer, BRV-Stellvertreter bei Smurfit Kappa Nettingsdorfer)

»Wir wollen GewerkschafterInnen motivieren, selbst in internationalen Fragen aktiv zu werden.«

(Wilhelm Haberzettl, Vorstandsvorsitzender von »weltumspannend arbeiten«)

»Fragestellungen zu globaler Gerechtigkeit soll im ÖGB ein noch größerer Stellenwert gegeben werden. Wir wollen engagierten GewerkschafterInnen weltweit Hilfestellung und Unterstützung bei der Umsetzung von Aktivitäten zur Stärkung der Rechte von ArbeitnehmerInnen bieten.«

(Wilhelm Haberzettl)

relevanten internationalen Themen. So engagiert sich »weltumspannend arbeiten« für das Solidaritätsnetzwerk für verfolgte GewerkschafterInnen, die Clean Clothes Kampagne und unterstützt den Fairen Handel.

Arbeitsschwerpunkt China

Kein Tag vergeht, an dem nicht aufmerksame BetrachterInnen der Medienbe-

richterstattung im Politik- oder Wirtschaftsressort auf einen Beitrag zu China stoßen. Wohl kein Land dieser Welt polarisiert derzeit so wie China – inhaltlich wie strategisch: ökonomischer Riese und Entwicklungshilfeeempfänger, Chance oder Bedrohung, Weltmacht oder Schwellenland, Investitions-Eldorado oder planwirtschaftlicher Protektionismus, ...

Kaum anderswo ist das Wissen über Kultur, Gesellschaft, Arbeitswelt, Wirtschaft und Politik dermaßen von Zerrbildern und Vorurteilen überlagert als zu China.

Gleichzeitig sind wir auch persönlich beinahe täglich mit China befasst. Als ArbeitnehmerInnen, wenn Produktionen ausgelagert, Standorte verlegt, Leistungen »outgesourced« werden, wenn Zusammenarbeit mit Einheiten und KollegInnen aus Niederlassungen in China gefordert ist, wenn ArbeitnehmerInnen für Monate als Monteure, Qualitätsmanager oder Techniker nach China betriebsentsendet werden.

Aber auch als KonsumentInnen, wenn Herkunft, Qualität und Produktionsbedingungen von Produkten »Made in China« ungeklärt sind.

Um nun einen Beitrag zum besseren Verständnis und Informationsstand von ArbeitnehmerInnen und deren Interessenvertretungen sowie von KonsumentInnen und zivilgesellschaftlicher Ebenen zu China – im speziellen zu den Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas auf Arbeits- und Produktionsbedingungen – leisten zu können, hat das Projekt »Go ›in‹ China – Work ›in‹ China« folgende Zielsetzungen:

■ Sensibilisierung und besseres Verständnis für strukturelle Mechanismen und kulturelle Unterschiede, Schaffung eines differenzierten Chinabildes.

■ Vorbereitung von ArbeitnehmerInnen auf Betriebsensendungen nach China mit eigens produzierten Materialien.

■ Auseinandersetzung mit dem neuen chinesischen Arbeitsrecht und ArbeitnehmerInnenschutz.

■ Chinas Rolle aus Sicht der KonsumentInnen.

Begegnungsreise nach China

Derzeit wird an der Organisation der Begegnungsreise »Österreichische BetriebsrätInnen auf gewerkschaftlicher Spurensuche in der Volksrepublik China« gearbeitet, durch welche österreichische BetriebsrätInnen einen Einblick in die chinesische Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit bekommen.

»weltumspannend arbeiten« finanziert sich aus Mitteln der Austrian Development Agency, der EU und durch Mitgliedsbeiträge von Privatpersonen, Gewerkschaften und Betriebsratskörperschaften.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin claudia.schuerz@oegb.at oder die Redaktion aw@oegb.at

Menschenwürdige Arbeit

Nur ausreichend bezahlte Arbeit, die an Körper und Seele nicht krank macht, kann Basis für gesamtgesellschaftlichen Wohlstand sein.

Autorin: Mag. Pia Lichtblau

»weltumspannend arbeiten«, Projektleiterin
»Menschenwürdige Arbeit für menschenwürdiges Leben«

Ins Bodenlose fallende Börsenkurse und Bankenpleiten. Was mit Hiobsbotschaften aus dem Bankensektor begann, zeigt mittlerweile auch in der realen Wirtschaft Auswirkungen – die Nachfrage bricht ein, Abbau von Arbeitskräften, Kurzarbeit, Forderungen nach Lohnverzicht bis hin zur Verlagerung von Produktionen und Dienstleistungen (man denke etwa an Callcenter und Softwareentwicklung) in sogenannte Billiglohnländer in Asien, Lateinamerika und dem östlichen Europa sind die Folgen.

Normalarbeitsverhältnis wird selten

Neu sind all diese Entwicklungen nicht – während der vergangenen 30 Jahre Neoliberalismus sind Begriffe wie »Outsourcing« und »Prekarisierung« in den allgemeinen Sprachgebrauch übergegangen. Seit den 1990er-Jahren nimmt der Anteil von Leiharbeitskräften, neuen Selbstständigen und freien DienstnehmerInnen auf einem zunehmend deregulierten Arbeitsmarkt stetig zu. Das sogenannte »Normalarbeitsverhältnis« – die unbefristete Vollzeitbeschäftigung mit sozialer Absicherung – wird zunehmend zur Seltenheit. Unternehmen, insbesondere transnational agierende Konzerne, profitieren von dieser Situation: Sie können inner-

halb eines Landes flexibel agieren und bei Bedarf in Länder mit noch billigeren Arbeitskräften abwandern.

Davon profitieren aber auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dort nur begrenzt: Sie werden zu Niedrigstlöhnen, die oft nicht einmal den eigenen Lebensunterhalt sichern, unter teils lebensgefährlichen Umständen und ohne auch nur annähernd ausreichende Arbeitszeitregulierung ausgebeutet. So sind beispielsweise Näherinnen in Bangladesch gezwungen, für 250 Euro Monatslohn sieben Tage die Woche jeweils 14 Stunden und mehr zu arbeiten. Krankenstand und Karenz existieren überhaupt nicht, der Urlaubsanspruch beschränkt sich auf wenige Tage im Jahr. Fehlende Arbeitsschutzbestimmungen führen immer wieder zu Unfällen mit schweren Verletzungen, teilweise mit tödlichem Ausgang.

Eine unfaire Welthandelsordnung zugunsten multinationaler Konzerne steht fehlenden Regulierungen im Bereich der Sozialstandards, der Arbeitsrechte und des Umweltschutzes gegenüber. Die Drohung, Produktionsstandorte zu schließen und in für das Unternehmen günstigere Länder zu verlegen macht Gewerkschaften sowie ganze Staaten erpressbar.

Und Gewerkschaften?

Gewerkschaften setzen sich seit jeher für menschenwürdige Arbeitsbedingungen, faire Löhne und soziale Absicherung ein, haben die heute bestehenden Arbeitsrechte hart erkämpft. Unter den Bedingungen einer neoliberalen Globalisierung wird dies aber zunehmend schwieriger –

die Angst um die »eigenen«, heimischen Arbeitsplätze verstellt oft den Blick für die Notwendigkeit grenzüberschreitender Solidarität. Um globales Lohn-, Sozial- und Umweltdumping zu bekämpfen, braucht es die aber – der Internationale Gewerkschaftsbund **ITUC** und die europäische **ETUC** versuchen genau diese weltweite Kooperation zu verwirklichen.

Für menschenwürdiges Leben ...

Die zunehmende Verschlechterung von Arbeitsbedingungen auf der ganzen Welt schadet im Endeffekt aber auch der Wirtschaft und damit der Gesellschaft. Arbeit ist nicht nur ein Kostenfaktor, sondern schafft individuelle Einkommen und damit auch gesellschaftlichen Wohlstand.

Grundlage dafür sind aber geeignete Rahmenbedingungen, weshalb Juan Somavia, Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation der UNO (ILO) 1999 die Strategie »Decent work for all« (Menschenwürdige Arbeit für alle) auf die Tagesordnung gesetzt hat. Sie basiert auf der Erkenntnis, dass Wirtschaftswachstum allein keine Garantie für nachhaltige Entwicklung ist, sondern nur menschenwürdige Arbeit die Basis für gesamtgesellschaftlichen Wohlstand und damit effiziente Armutsbekämpfung sein kann. Eine Einsicht, die schnell Furore gemacht hat: 2005 haben die Vereinten Nationen das Ziel, menschenwürdige Arbeit für alle zu schaffen, in ihre Millennium-Entwicklungsziele übernommen und die Strategie damit als wesentliches Element der Entwicklungsagenda anerkannt.

Das Konzept »menschenwürdige Arbeit« beschränkt sich allerdings nicht auf diese Basisanforderungen, sondern setzt bei den jeweiligen Ansprüchen und Hoffnungen an, die Menschen mit ihrer Arbeit verbinden.

Mindestanforderungen, denen menschenwürdige Arbeit genügen muss, sind ausreichende Bezahlung sowie Arbeitsplatzsicherheit, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor körperlichen und psychischen Schäden – Stichwort Burn-out – schützen. Weiters zählen die ILO-Kernarbeitsnormen dazu, welche die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen, das Verbot von Zwangsarbeit und Kinderarbeit, die Gleichheit des Entgelts und das Verbot von Diskriminierung umfassen.

Das Konzept »menschenwürdige Arbeit« beschränkt sich allerdings nicht auf diese Basisanforderungen, sondern setzt bei den jeweiligen Ansprüchen und Hoffnungen an, die Menschen mit ihrer Arbeit verbinden. Insofern ist »Decent Work« auch kein starr umrissenes, fix definiertes Konzept, sondern wird den Rahmenbedingungen des jeweiligen Landes angepasst und trägt so dem Umstand Rechnung, dass Arbeit neben wirtschaftlichen auch wichtige gesellschaftliche Funktionen wie soziale Einbindung und im Idealfall die Ermöglichung von Selbstverwirklichung und Kreativität erfüllt.

... eine globale Strategie ...

Menschenwürdige Arbeit für alle kann aber nur durch globale Kooperation durchgesetzt werden. Nur wenn ausbeuterische Arbeitsverhältnisse in Entwicklungsländern und das damit einhergehende Lohndumping endlich der Vergangenheit angehören, müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in sogenannten Industriestaaten nicht

mehr um ihre Jobs fürchten – und nur dann können auch Menschen in Entwicklungsländern von ihren Einkommen leben, ihren Bedarf an Konsumgütern decken und zum Wohlstand der Gesamtgesellschaft beitragen.

Der Wettlauf nach unten, hin zu immer schlechteren Arbeitsbedingungen, immer niedrigeren Löhnen und dem Abbau von Sozial- und Umweltstandards muss gestoppt werden. Sowohl der Internationale als auch der Europäische Gewerkschaftsbund haben sich daher der »Decent work-Agenda« der ILO angeschlossen und gemeinsam mit anderen Organisationen 2007 die internationale Kampagne »Decent work, decent life« (www.decentwork.org) ins Leben gerufen. Unter den 50 Organisationen aus insgesamt 22 Ländern, von denen die Kampagne unterstützt wird, befindet sich auch der ÖGB. Weltweite Aufmerksamkeit erhält das Thema »Decent Work« am Welttag für menschenwürdige Arbeit, der heuer zum zweiten Mal am 7. Oktober stattfinden wird.

... und ihre nationale Umsetzung

Ebenfalls am 7. Oktober startet, ganz im Sinne der Strategie, das Projekt »Menschenwürdige Arbeit für menschenwürdiges Leben«, das von »weltumspannend arbeiten«, dem entwicklungspolitischen Bildungsprojekt des ÖGB, gemeinsam mit der NGO Südwind und in Kooperation mit Gewerkschaften und NGOs in Bulgarien und Rumänien durchgeführt wird. Die Europäische Union sowie die **Austrian Development Agency** unterstützen das Projekt finanziell.

W E B L I N K S

Online ab dem Welttag für menschenwürdige Arbeit am 7. Oktober 2009:
www.fairearbeit.at

Das Projekt wird globale Zusammenhänge und Hintergründe aufzeigen, die hinter Arbeitsplatzabbau und Lohnkürzungen in Industrieländern und der Ausbeutung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Entwicklungsländern stehen. Ein Verständnis für diese strukturellen Ursachen hinter der Verschlechterung von Arbeitsbedingungen ist eine wichtige Grundlage für die dringend notwendige, weltweite Zusammenarbeit und Solidarität.

Diese Grundlage zu schaffen ist Ziel des Projekts. Für Gewerkschaftsmitglieder und BetriebsrätInnen wird ein einjähriger Lehrgang entwickelt, der im Herbst 2010 zum ersten Mal starten und aus sechs zweitägigen Modulen bestehen wird. Begleitend wird es eine Reihe von öffentlichen Diskussionen, Workshops und Ausstellungen geben. Aktuelle Informationen und die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme finden sich auf der Website www.fairearbeit.at.

K O N T A K T

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
pia.lichtblau@oegb.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Wiederauferstehung

Längst totgesagt und selbst in Finanznot erhält der Internationale Währungsfonds nun frisches Geld und neue Kunden.

Autorin: Mag. Lucia Bauer

Büro des Vorsitzenden GPA-djp

Ende 2007 warnte IWF-Chef Dominique Strauss-Khan, dass der IWF vor einem veritablen Finanzproblem stehe. Wenn er nicht bald wieder mehr Kredite vergeben könne, würde der Währungsfonds selbst bis 2010 mit einem Minus von 400 Millionen Dollar dastehen. Gleichzeitig kündigte Strauss-Khan an, Personal einsparen zu müssen. Die permanent hohen Rohstoffpreise hatten einer Reihe von SchuldnerInnen des IWF, u. a. Argentinien, Brasilien aber auch Thailand, ermöglicht, ihre Schulden auf einen Schlag zu begleichen. Da der IWF seine Kosten aus den Zinszahlungen der Kredite seiner Mitgliedsstaaten deckt, gingen ihm langsam aber sicher die Einnahmen aus. Eine der Speerspitzen des sog. **Washington-Consensus** der neoliberalen Doktrin schien damit am Ende und entmacht. Doch Totgesagte leben länger. Die Finanzkrise erwies sich als unerwarteter Glücksfall für den Währungsfonds. Ab Oktober 2008 standen plötzlich die Antragsteller wieder Schlange. Neben der Türkei, Libanon und Pakistan fragten mindestens zehn osteuropäische Staaten beim IWF um Kredite an.

Bretton Woods

Gegründet wurde der internationale Währungsfonds genauso wie die Weltbank von 44 Staaten bei der Konferenz

von Bretton Woods 1944. Die USA war durch den Weltkrieg zur Weltmacht aufgestiegen. Die anderen Siegermächte Frankreich, Großbritannien und die Sowjetunion waren wirtschaftlich schwer angeschlagen. Diese neuen Kräfteverhältnisse spiegelten sich daher auch im Abkommen von Bretton Woods nieder. Der Dollar wurde zur Leitwährung bestimmt, und auch in den neu geschaffenen Finanzinstitutionen, Internationaler Währungsfonds und Weltbank, wurde die Vormachtstellung der USA abgebildet. John Maynard Keynes, der damals mitverhandelte, wollte verhindern, dass die Vormachtstellung der USA auf diese Weise einzementiert wurde. Er schlug als Alternative zur Leitwährung Dollar die Einführung einer internationalen Währungseinheit, des »Bancor« vor, konnte sich damit aber nicht durchsetzen.

Höhenflug in den 1980ern

Ziel des Abkommens von Bretton Woods war es, für Liquidität in den Mitgliedsländern zu sorgen und einen Abwertungswettlauf der Währungen zu verhindern. Der IWF sollte Kredite an Mitgliedsstaaten vergeben, die in vorübergehende Zahlungsschwierigkeiten geraten waren. Mehr als zwei Drittel der ausgezahlten Kredite gingen in der Folge an Industriestaaten.

1971 verlor der IWF erstmals seine Bedeutung mit der Aufhebung der Bindung des Dollars an den Goldkurs. Erst die Schuldenkrise der Entwicklungsländer in den Achtzigerjahren verhalf ihm zu einem zweiten Höhenflug. Er vergab Kredite an hoch verschuldete Länder, die

INFO & NEWS

Internationaler Währungsfonds

Der IWF ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Er ist eine Schwesterorganisation der Weltbank-Gruppe und hat seinen Sitz in Washington D.C., USA.

Derzeit hat der IWF 186 Mitgliedsländer, deren Stimmrecht sich nach ihrem Anteil am Kapital richtet. Die fünf größten Beitragszahler haben im 24-köpfigen Internationalen Währungs- und Finanzausschuss einen ständigen Sitz. Das sind die USA, Deutschland, Frankreich, Japan und Großbritannien. Beschlüsse fasst der IWF mit einer Mehrheit von 85 Prozent. Die USA und die EU-Staaten verfügen de facto jeweils über eine Sperrminorität. Geschäftsführender Direktor des IWF ist seit 2007 Dominique Strauss-Kahn.

ihre Auslandsschulden nicht mehr bezahlen konnten. Als Gegenleistung mussten diese sogenannte Strukturanpassungsmaßnahmen durchführen, was nichts anderes bedeutete als Staatsausgaben reduzieren, Sozialleistungen kürzen und öffentliche Dienstleistungen liberalisieren.

Musterschüler Argentinien scheitert

Argentinien galt jahrelang als Musterschüler des IWF. Seit den 80er-Jahren wurde dort konsequent privatisiert: Von der Telefongesellschaft, über die Eisenbahn, die Landstraßen, die Fluglinie bis zum Pensionssystem und dem Gesund-



Betrachtet man die neue Vergabepolitik des IWF allerdings etwas genauer, so wird rasch klar, dass sich die Veränderung in Grenzen hält. Mussten die Länder sich früher verpflichten die Strukturanpassungsmaßnahmen während der Kreditlaufzeit vorzunehmen, so müssen sie dies jetzt vor der Vergabe tun.

heitssystem, wurde alles dem Prinzip des freien Marktes untergeordnet. Bis im Dezember 2001 im Rahmen der Lateinamerikakrise Argentinien schließlich seine Zahlungsunfähigkeit bekanntgeben musste.

Ende der 90er-Jahre war der Währungsfonds schließlich vollkommen diskreditiert. Der Vollzieher des neoliberalen Programms für die Welt und Vertreter der US-amerikanischen Interessen schien gescheitert. Schwellenländer wie Brasilien und China entwickelten ein neues Selbstbewusstsein, die Entwicklungsländer hatten ihr Vertrauen in die neoliberale Politik komplett verloren. Nicht nur der Währungsfonds auch das Fundament der US-Vorherrschaft im Weltwirtschaftssystem begann damit zu wanken.

Rettung für den IWF

Der G-20-Gipfel im April 2009 sagte dem IWF neue Mittel zur Erhöhung der Liquidität zu. 250 Mrd. Dollar sollten in sog. Sonderziehungsrechten (SZR) an die Mitgliedsstaaten ausgegeben werden. SZR ist eine Rechnungseinheit des IWF, die aus der Summe der Währungen Dollar, Yen, Euro und Pfund täglich neu errechnet und in Dollar angegeben wird. Die Sonderziehungsrechte werden entsprechend der Stimmrechte an die Mitglieder verteilt. 44 Prozent erhalten allein die G-7-Staaten, weniger als ein Drittel alle Entwicklungsländer gemeinsam.

Gleichzeitig kündigte der Währungsfonds Maßnahmen zur Demokratisierung an. Die Schwellenländer sollen mehr Einfluss und auch Zugang zu Führungs-

posten erhalten. Die Stimmengewichtung soll verändert werden. Der IWF kündigte auch eine Reform der Vergabepolitik an. Länder, die von der Finanzkrise betroffen sind, sollen ohne Auflagen Kredite für drei Monate bekommen. Mexiko erhielt in der Folge den größten Kredit in der Geschichte des IWF – fast 50 Mrd. Dollar, Polen 20 Mrd.

Neue alte Vergabepolitik

Betrachtet man die neue Vergabepolitik des IWF allerdings etwas genauer, so wird rasch klar, dass sich die Veränderung in Grenzen hält. Mussten die Länder sich früher verpflichten die Strukturanpassungsmaßnahmen während der Kreditlaufzeit vorzunehmen, so müssen sie dies jetzt vor der Vergabe tun. Auch die kurzfristig vergebenen Kredite gehen nur an Länder, die eine »nachhaltige vernünftige Wirtschaftspolitik« betreiben. Zu interpretieren, was das genau bedeutet, bleibt dem IWF überlassen.

Trotz aller Beteuerungen bindet der IWF seine Kredite immer noch an strenge Auflagen: das Einfrieren der Gehälter, Einsparungen bei den Staatsausgaben und eine Erhöhung der Zinsen. Weil Lettland das vom IWF gesetzte Sparziel nicht erreichte und die lettische Regierung sich weigerte, die Mehrwertsteuer zu erhöhen und die Pensionen über die ohnehin bereits angekündigten zehn Prozent hinaus weiter zu kürzen, setzte der IWF sofort den Kredit aus. Die Argumentation der lettischen Regierung, die Erhöhung des Defizits beruhe auf dem infolge der Krise geschrumpften BIP, blieb erfolglos. Auch Ungarn, das als erstes EU-Land ei-

WEBLINKS

Der IWF im Internet:
www.imf.org/external/deu/index.htm

nen Kredit vom IWF erhielt, bezieht seine Kredite jetzt wieder teurer am freien Markt. Da in Ungarn im kommenden Jahr gewählt wird, hat die ungarische Regierung derzeit kein Interesse, die vom Währungsfonds geforderten Sparmaßnahmen umzusetzen.

Neuer Höhenflug

Der IWF ist von den Totgesagten wieder auferstanden. Dennoch ist nicht alles wie es war. Länder wie China und Brasilien haben nachhaltig an Einfluss gewonnen. China ist mittlerweile der größte Eigentümer US-amerikanischer Staatsanleihen und damit Hauptgläubiger der USA sowie Garant der Stabilität des Dollars. Bleibt abzuwarten, ob unter diesen Rahmenbedingungen der neue Höhenflug des IWF von Dauer ist oder alternative Vorschläge wie der immer wieder diskutierte eigene »Asiatische Währungsfonds« irgendwann umgesetzt werden.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an die Autorin
lucia.bauer@gpa-djp.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Rezession und Welthandel

Die Krise wird noch einige Zeit andauern – ein Ende der Liberalisierungsforderungen der WTO wäre angebracht, lässt aber trotzdem noch auf sich warten.

Autorin: Mag. Éva Dessewffy

AK Wien, Abteilung EU & Internationales

Das weltweite BIP wird 2009 seit 60 Jahren das erste Mal zurückgehen, und in einigen Ländern wird sich die Arbeitslosigkeit aufgrund des Produktionsrückganges verdoppeln. Die Weltbank geht von einer Rezession der Weltwirtschaft von minus 2,9 Prozent aus. Der Einbruch der Produktion ist dort am stärksten, wo die Exporte eine wichtige Rolle spielen, also in Deutschland, aber auch in ostasiatischen Ländern wie Japan und Korea. Auch der Welthandel 2009 wird laut Pascal Lamy, dem Generaldirektor der WTO, erstmals seit 1982 um zehn Prozent einbrechen. Industrieländer werden dabei mit einem 14-prozentigen und Entwicklungsländer mit einem siebenprozentigen Handelsrückgang rechnen müssen. Der tatsächliche Rückgang des Welthandels steht aber noch nicht fest, da der Welthandel von der globalen Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen abhängt – und diese ist wiederum vom weiteren Verlauf der Wirtschaftskrise abhängig.

In Zeiten der größten Weltwirtschaftskrise seit den 1930er-Jahren ist die Abwägung, ob weitere Handelsliberalisierungen aus ArbeitnehmerInnen-Sicht mitzutragen sind, schwierig geworden. Auch hierzulande wird das BIP laut IHS¹ 2009 um prognostizierte 4,3 Prozent schrumpfen. Besonders ausgeprägt war der Rückgang im Bereich der österreichischen Exporte um 8,1 Prozent und bei den Investitionen um 3,6 Prozent. Diese Entwicklung war v. a.

auf die schlechte Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und unseren mittel- und osteuropäischen Nachbarländern zurückzuführen, wo das österreichische Engagement besonders groß ist. Einerseits ist die österreichische Außenwirtschaft stark exportorientiert, was sich in der Exportabhängigkeit von Arbeitsplätzen niederschlägt. Andererseits können Handelsliberalisierungen in verschiedenen Branchen (z. B. Autoproduktion in Südafrika) ebenso zu Arbeitsplatzverlusten in größerem Umfang führen. Selbst die Weltbank gibt zu, dass so die Arbeitsplatzvernichtung weit schneller vor sich gehen kann, als die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Weltweit sollen jedenfalls laut ILO (Internationale Arbeitsorganisation) mit der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise im Zeitraum 2007 bis 2009 zwischen 40 und 60 Mio. Arbeitslose hinzukommen.

Die ILO wird erstmals einbezogen

Die Gipfel-Erklärung der G-20 bestehend aus wichtigen Industrie- und Entwicklungsländern² vom 2. April dieses Jahres nahm so auch Bezug auf die rasant steigende Arbeitslosigkeit. Erstmals befassen sich die Regierungschefs jetzt mit den Auswirkungen der Krise auf Beschäftigung und Armut der Menschen und wollen die ILO einbeziehen – sie soll sich an den Folgearbeiten der G-20 beteiligen. Zum Außenhandel einigten sich die Regierungschefs auf ein Paket von 250 Mrd. US-Dollar für die Handelsfinanzierung und riefen dazu auf, der Versuchung des Handelsprotektionismus zu widerstehen und globalen Handel und Investitionen zu fördern. Der Druck, die seit bald acht Jahren

stockende Welthandelsrunde – die sogenannte **Doha**-Entwicklungsrunde – abzuschließen, steigt.

Am stärksten, betont Pascal Lamy, seien Entwicklungsländer von der Krise betroffen. Ihren Regierungen fehlen finanzielle Mittel, um Rettungspakete für ihre Volkswirtschaften zu schnüren. Subventionen für Produktion und Landwirtschaft sind kaum Thema, und auch das soziale Netz fehlt in der Regel, um die Bevölkerung vor Einkommenseinbußen und dem Abrutschen unter die Armutsgrenze zu schützen. Deshalb werden die vereinbarten 1,1 Bio. Dollar an neuen Mitteln für die Wiederbelebung des Welthandels sowie Mittel für die Unterstützung der Entwicklungsländer auch vom Internationalen Gewerkschaftsbund und Nichtregierungsorganisationen als konkreter Erfolg des G-20-Gipfels gewertet. Davon sollen 50 Mrd. Dollar der Unterstützung der sozialen Sicherungssysteme und der Förderung des Handels in den ärmsten Ländern dienen.

Anstieg des Handelsprotektionismus

Trotz der inzwischen positiveren Meldungen von IWF und anderen internationalen Organisationen zur Weltwirtschaft, sind sich viele einig: übertriebener Optimismus wäre verfrüht. Die weltweite Nachfrage liegt noch immer darnieder und die Arbeitslosigkeit wird wohl noch bis Ende 2010 ansteigen. Mit dem Versprechen, keine neuen Handelsschranken zu errichten, wurde der WTO die Beobachtung von allfälligen Handelsschutzmaßnahmen ihrer 153 Mitglieder übertragen. Daraus ergab sich ein gemischtes Bild: Im dritten Protektionismusbericht³ im Juli wurden seit



Industrieländer würden dann wesentlich via WTO-Verhandlungen zu fairerem Außenhandel beitragen, wenn sie von aggressiven Liberalisierungsforderungen gegenüber Schwellen- und Entwicklungsländern Abstand nehmen und mit der traditionellen Subventionierungspraxis ihrer Landwirtschaften brechen würden.

Anfang März von den 119 beobachteten Maßnahmen mit Handelsbezug 83 neue Handelsbeschränkungen registriert – diese können von Zollerhöhungen über kompliziertere Einfuhrformalitäten bis zu echten Verboten reichen – aber es wurden auch 36 Handelserleichterungen festgestellt. Nach den Daten der WTO haben etwa 30 ihrer 153 Mitgliedsstaaten staatliche Konjunkturprogramme auf Schiene gelegt und 19 Länder unterstützen ihre Banken, darunter auch Österreich. Es wurden aber auch andere, nicht mit der Wirtschaftskrise in Zusammenhang stehende Handelschranken aufgenommen, etwa die Einfuhrbeschränkungen zur Abwehr der Schweinegrippe: 39 Länder haben den Import von Schweinen oder deren Fleisch verboten – und das steht nicht im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise.

Beitrag zur Wiederbelebung

Die WTO sieht zwar in den staatlichen Stützungen grundsätzlich einen Beitrag zur Wiederbelebung des Handels. Sie äußerte allerdings auch Sorgen: Die Zahl der Antidumpingmaßnahmen würde zunehmen, das deutet auf einen ungerechtfertigten Schutz vor vermeintlichen Dumpingpreisen hin. Aber auch staatliche Stützungen würden die Gefahr in sich bergen, noch nach der überwundenen Krise aufrecht zu bleiben und so manche Konjunkturpro-

gramme bevorzugten nationale Anbieter. Ein Beispiel dafür ist die von den USA eingeführte »Buy American«-Initiative, die den Abfluss der milliardenschweren staatlichen Konjunkturprogramme ins Ausland verhindern soll. Sie schreibt fest, dass bei geplanten öffentlichen Infrastrukturprojekten Stahl, Eisen und einige andere Waren ausschließlich aus US-Produktion eingesetzt werden müssen. China hat Anfang Juni in einer Direktive mit Blick auf das eigene Konjunkturprogramm in Höhe von 585 Mrd. Dollar angeordnet, nach Möglichkeit inländische Produkte bei staatlich finanzierten Projekten zu bevorzugen. Zuletzt hatten auch westliche Firmen darüber geklagt, bei Aufträgen in China nicht zum Zug gekommen zu sein – unter anderem bei milliardenschweren Ausschreibungen für Windkraftanlagen. Und die EU hat ihrer Milchwirtschaft einen unerwarteten Exportvorteil durch die Wiedereinführung wettbewerbsverzerrender Subventionen verschafft, womit sie internationales Kopfschütteln geerntet hat. EU-Landwirtschaftskommissarin Mariann Fischer-Boel hat angesichts der gesunkenen Milchpreise erneut Exporterstattungen für Butter, Käse sowie Voll- und Magermilchpulver eingeführt.

Positiver Beitrag der WTO-Runde?

Obwohl diese Maßnahmen die Gemüter international erhitzen, fallen die bisher feststellbaren protektionistischen Maßnahmen global nicht wirklich ins Gewicht. Der Rückgang des Welthandels ist – wie von den G-20 richtig festgestellt – auf den globalen Nachfrageeinbruch bei Waren und Dienstleistungen zurückzuführen. Daher

WEBLINKS

WTO im Internet:
www.wto.org

ist das Drängen auf einen ehebaldigen Abschluss der WTO-Liberalisierungsverhandlungen als Medizin gegen die Krise nicht das Mittel der Wahl. Die Nachfrage in den Ländern sollte gestärkt werden, damit Konsumgüter und Investitionen im In- und Ausland getätigt werden können, um so das implodierte Außenhandelsvolumen zu erhöhen. Industrieländer würden dann wesentlich via WTO-Verhandlungen zu fairerem Außenhandel beitragen, wenn sie von aggressiven Liberalisierungsforderungen gegenüber Schwellen- und Entwicklungsländern Abstand nehmen und mit der traditionellen Subventionierungspraxis ihrer Landwirtschaften brechen würden. Doch das wird sich vermutlich nicht so rasch ändern: erst vergangenen Juli wurden die Doha-Verhandlungen wegen unüberbrückbarer Differenzen abgebrochen, weil die USA und die EU besseren Marktzugang für ihre landwirtschaftlichen Produkte nach China und Indien erzwingen wollten.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
eva.dessewffy@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

¹ IHS-Prognose vom 25. Juni 2009

² G-20: USA, Japan, China, Kanada, Mexiko, Indien, Südkorea, Brasilien, Australien, Russland, Türkei, Indonesien, Saudi-Arabien, Südafrika, Argentinien, Deutschland, Frankreich, Italien, Vereinigtes Königreich, EU.

³ JOB(92)/62: Report to the TPRB from the Director-General on the financial and economic crisis and Trade-related Developments, 1. Juli 2009

Wer regiert die Welt?

Wann immer wir etwas nicht verstehen (wollen), haben wir den Drang, nach einer Erklärung zu suchen. Die kann manchmal sehr abstrus sein.

Autorin: Maja Nizamov

Freie Journalistin

Stanley Kubricks »2001: Odysee im Weltraum« ist ein Kinderfilm gegen die von ihm (und Universal? Paramount? US-Regierung?) inszenierte Mondlandung im Juli 1969. Die US-Regierung hat bewusst am 11.9.2001 aus rein wirtschaftlichen Gründen die Flugzeuge in die World Trade Center rasen lassen. »Men in Black« ist kein Sci-Fi-Film, sondern ein Dokumentarfilm über das wahre Leben auf der Erde. An allem ist der Mossad schuld. Auch am Tod von Jörg Haider. Und: 2012 ist der Spuk des Homo sapiens auf diesem Planeten vorbei. Bevor Sie noch endgültig dieses Heft zuschlagen und zum Internet laufen, um alles nachzuprüfen, kann man beruhigen: Alles nicht wahr! Oder? Verschwörungstheorien dienen manchen Menschen zur Erklärung von komplexen oder schlicht unvorstellbaren Vorgängen, anderen wiederum zur reinsten Belustigung. Und wir werden auch nie erfahren, wer unsere Welt tatsächlich beherrscht. Die Amerikaner? Aliens? Geheimbünde? Wem gehört die Welt?

USA vs. USA

Um kein anderes Ereignis ranken sich so viele Gerüchte und Verschwörungstheorien wie um die Terroranschläge vom 11. September. Von der ersten Minute an wurde die Al-Qaida dafür verantwortlich gemacht. Verschwörungstheoretiker mut-

maßen jedoch, dass die Anschläge von der US-Regierung geplant waren, oder dass diese zumindest davon gewusst, aber nichts getan hätte, um die Anschläge zu verhindern. Es klingt jedoch mehr als makaber, ein derartig großes Opfer zu bringen, nur um einen Rechtfertigungsgrund zu brauchen, um den Irak anzugreifen zu können. Weiters war der 11. September ein Anlass, um weitere antisemitische Verschwörungstheorien zu knüpfen.

NASA in Hollywood

Das Weltall – unendliche Weiten. Die Erforschung des Weltalls – ein jahrzehntelanger Konkurrenzkampf zwischen Ost und West. Aber die Mondlandung im Juli 1969 wurde angeblich nur inszeniert, da die US-Regierung daran zweifelte, die Russen im Rennen um das All zu schlagen. Um das angeknackste Ego zu retten, soll die Mondlandung in einem Hollywood-Studio aufgenommen worden sein. Oder in den geheimen Filmstudios der Area 51, der Militärbasis mit Spezialisierung auf extraterrestrische Lebensformen. Manche behaupten sogar, Stanley Kubrick habe Regie geführt, denn sein Film »2001: A Space Odyssey« erschien ein Jahr zuvor. Als Argument führen Verschwörungstheoretiker den fehlenden Sternenhimmel auf den Bildern der Mondlandung an – oder die wehende US-Flagge, obwohl es doch auf dem Mond keinen Wind gibt.

HIV

Die Verschwörungstheorien über AIDS klingen wie ein schlechter Scherz. So soll der Virus unter anderem in einem For-

schungslabor im Pentagon entwickelt worden sein – als biologische Waffe. Nachdem er sich als Einsatz im Krieg als ungeeignet erwies, sollte die CIA den Virus gegen Minderheiten in der USA, die Dritte Welt, Drogensüchtige und Homosexuelle einsetzen. Längst gibt es auch einen Impfstoff gegen AIDS, die Pharmafirmen hielten diesen nur unter Verschluss, um von den »herkömmlichen« Behandlungsmethoden finanziell mehr zu profitieren.

JFK

Am 22. November 1963 wurde in Dallas John F. Kennedy auf einer Wahlkampf-Tour erschossen. Die Polizei verhaftete Lee Harvey Oswald, der die Tat aber von Anfang an bestritt. Bevor es jedoch noch zu einem Prozess kam, wurde Oswald vor laufender Kamera von einem Nachtclubbesitzer erschossen. Seitdem ranken sich die Gerüchte, dass Oswald nicht allein der Mörder von Kennedy war. Teilweise wird die Mafia für den Mord verantwortlich gemacht, manche vermuten hinter dem Attentat Fidel Castro, die CIA und – am skurrilsten – den damaligen Vize-Präsidenten **Lyndon B. Johnson**. Für die Theorie, dass Oswald kein Einzeltäter war, sprechen Zeugenaussagen, die behaupten, sie hätten Schüsse aus verschiedenen Richtungen gehört. Außerdem wurde er schon wenige Minuten nach dem Attentat zur Fahndung ausgeschrieben.

Mars attacks!

Irgendwas stürzte 1947 in der Wüste nahe der Stadt Roswell im Bundesstaat New Mexico ab. Was immer es auch war – wir

Neben Aliens sollen auch Freimaurer, Illuminaten, die jüdische Hochfinanz oder auch alle gemeinsam ein Ziel verfolgen: eine neue Weltordnung zu schaffen. Und den Rest der Menschheit ausbeuten.



Normalsterblichen werden es nie erfahren. Für Verschwörungstheoretiker steht jedoch fest: Es war nichts anderes als ein außerirdisches Raumschiff. In diesem soll das US-Militär einen weiblichen (!) Alien gefunden haben, welcher anschließend einer pathologischen Untersuchung unterzogen wurde. Seit dem Ereignis versuche die US-Regierung die Existenz von Aliens zu vertuschen. In der Area 51, einem militärischen Sperrgebiet in Nevada fand nicht nur das abgestürzte Roswell-UFO eine Heimat, sondern die Militärbasis mutierte seit 1947 zum Tempel moderner UFO- und Verschwörungstheorien. So werden dort nicht nur sämtliche UFOs gelagert und untersucht. Nein. Angeblich fänden dort auch Treffen und geheime Gespräche mit Aliens statt.

Auch der Film »Men in Black« mit Will Smith und Tommy Lee Jones enthält angeblich ein Körnchen Wahrheit. Denn es gäbe wirklich Geheimagenten, deren Aufgabe es ist, Augenzeugen von UFO-Sichtungen subtil (körperliche Gewalt) oder weniger subtil (Jobverlust) zu bedrohen. Ob die Zeugen von den Men in Black, die sich beruflich vorzugsweise in Cadillacs fortbewegen, tatsächlich jedoch »geblitzdingst« werden, ist nicht überliefert.

Illuminati

Viele sind der Meinung, dass längst Außerirdische die Herrschaft über unseren Planeten übernommen haben. Die Konkurrenz ist jedoch groß. Neben Aliens sollen auch Freimaurer, Illuminaten, die jüdische Hochfinanz oder auch alle gemeinsam ein Ziel verfolgen: eine neue Weltordnung zu schaffen. Und den Rest

der Menschheit ausbeuten. Oder sie streben gleich den Weltuntergang an. Geheimbünde halten die Fäden von Geheimdiensten, Konzernen und Medien in der Hand, sie regieren heimlich die Welt. Sagt man.

Die Illuminaten, ein 1776 in Ingolstadt gegründeter Geheimbund, wurde zwar neun Jahre später wieder verboten, die Gerüchte und Verschwörungstheorien um eine Weiterexistenz des Ordens wollen jedoch nicht verstummen. Die Illuminaten fühlten sich der Aufklärung verpflichtet, zu ihren vermeintlichen Tätigkeiten gehörten unter anderem der Kampf gegen die katholische Kirche und das Streben nach der Weltherrschaft.

Haider lebt!

Bald nähert sich der Todestag von Jörg Haider zum ersten Mal. Viele Haider-Fans wollen jedoch nicht glauben, daß Haider durch einen Autounfall mit 1,8 Promille im Blut und deutlich überhöhter Geschwindigkeit zu Tode kam. Die Beschädigungen an seinem VW Phaeton stimmen nicht mit dem bekannten Unfallhergang überein. Verantwortlich sei der Mossad.

Bielefeld? Gibt es nicht!

Eine Parodie auf sämtliche panikmachenden Verschwörungstheorien ist die Bielefeld-Verschwörung. Dahinter stehen die üblichen Verdächtigen: CIA, Aliens und – der Mossad. Denn Bielefeld gibt es nicht. Und hat es nie gegeben. Alle Hinweise auf diese Stadt sind Teil einer groß angelegten Verschwörung.

Komm süßer Tod!

Gegen die drohende Apokalypse ist die derzeitige Finanzkrise ein Wehwehchen: Die Maya prophezeien in ihrem Kalender, dass am 20.12.2012 eine Zeitperiode endet. Was für Verschwörungstheoretiker so viel heißt wie: Die Welt geht unter. Am 20.12.2012 soll ein Komet einschlagen. Oder Nibiru, auch genannt Planet X, der mit der 75-fachen Masse des Jupiters durch das All gondelt und schon für die zehn biblischen Plagen verantwortlich gemacht wurde, wird einigen Unfug anrichten. Eine andere Version ist die endgültige Heimsuchung der Aliens. Und während Vatikan, NASA und sämtliche Regierungen Bescheid wissen und unterirdische Bunker bauen bzw. Übersiedlungen auf Mond und Mars planen, müssen wir uns mit einer neuen Kinoversion über die Apokalypse zufriedengeben und die Finanzkrise vorgaukeln lassen. Denn das Geld, das die Banken ja nicht haben, wurde nicht verspekuliert, sondern in die ganzen extraterrestrischen Wohnbauten angelegt. In dem Sinne – wenn Sie die Wirtschaftskrise halbwegs überstehen, hat es Ihnen trotzdem nicht viel gebracht.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
maja.nizamov@gmx.net
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Gestohlene Kindheit

Durch die Weltwirtschaftskrise besteht die Gefahr, dass weitere Millionen Kinder, vor allem Mädchen, die Schule verlassen und stattdessen arbeiten müssen.

Autorin: Mag. Ruth Bauer

Freie Journalistin

Viele Menschen in den reichen Ländern des Nordens meinen fälschlich, Kinderarbeit sei ein Phänomen von gestern. Doch kaum eine Menschenrechtsverletzung wird bis heute so häufig begangen.

Bolgatanga im Norden von Ghana, 4 Uhr morgens. Ich liege verschlafen in meinem Bett, vor meinem Fenster höre ich die Geräusche von Haushaltsarbeit. Es ist Washtag. Ein kleiner Junge ist dabei, Wasser in Kübel zu füllen. Wäsche wird überall in Afrika bis heute von Hand gewaschen. Selbst begüterte Haushalte können sich nur selten Waschmaschinen leisten bzw. sind sie oft käuflich gar nicht zu erwerben. Die Lösung besteht darin, Kinder die Wäsche waschen zu lassen. Speziell Familien, die zur Mittelschicht gehören, holen sich häufig »Haushaltshilfen« vom Land, normalerweise Kinder von armen Verwandten aus den Dörfern. Diese Kinder hätten in ihren Dörfern keine Chance auf eine Ausbildung, oder in eine Schule zu gehen. Der Lohn für ihre Arbeit als Haushaltshilfe besteht oft darin, dass sie die Schule besuchen dürfen – eine große Chance. Natürlich muss die Arbeit jedoch vor und nach der Schule erledigt werden. Und so ist Kofi, neun, um vier Uhr morgens dabei, die Wäsche der großen afrikanischen Familie, bei der ich zu Gast bin, zu waschen. Um sieben wird er sich auf den langen Fuß-

marsch zu seiner Schule begeben – und Kofi ist seiner »Gastfamilie« sehr dankbar für die Chance, die sie ihm bietet.

Sexuelle Ausbeutung

Überall in Afrika arbeiten Kinder wie Kofi für ihre reicheren Verwandten. Oft werden die Kinder massiv ausgenutzt – doch es kann noch schlimmer sein. Vor allem wenn man ein Mädchen ist. Davon kann Sarai, 14, ein Lied singen. Schauplatz ist Malawi, ein Binnenstaat im Südosten Afrikas. Sarai arbeitet für eine Familie, in der es acht Kinder gibt. Die beiden Ältesten des Hauses sind 16 und 17 – älter als sie. Sarais Arbeit besteht vor allem darin, dem Herrn des Hauses die Freizeit zu versüßen. Weder die Frau des Hauses, noch Sarais Familie wollen davon etwas wissen. Hauptsache ist, dass Sarai zur Schule gehen kann – und alle sind zufrieden. Sarai ist klar, dass wenn man sie aufs Land zurückschickt, der Traum von einer Schulausbildung für sie vorbei ist. Also beißt sie die Zähne zusammen. Sogar sie weiß, dass es Kinder gibt, denen es schlechter ergeht.

Grundsätzlich gibt es die UN-Kinderrechtskonvention, in der die Rechte von Kindern festgeschrieben sind. Die Konvention wurde übrigens – mit Ausnahme der USA und Somalias (!) – von allen Ländern der Erde ratifiziert. Trotz dieser Schutzmaßnahmen ist es bisher nicht gelungen, dem Problem ein für alle Mal einen Riegel vorzuschieben. Weiterhin werden KinderarbeiterInnen überall auf der Welt ausgebeutet. Zu viele Betriebe aber auch Einzelpersonen profitieren von der Arbeit der Kinder, als dass wirklich konsequente Maßnahmen ge-

INFO & NEWS

KinderarbeiterInnen in Zahlen – eine Auswahl:

Bangladesch: 5,7 Millionen der 10–14-Jährigen

Brasilien: 2,9 Millionen der 10–14-Jährigen

Kolumbien: 800.000 der 12–17-Jährigen

Ägypten: 1,4 Millionen der 6–14-Jährigen

Guatemala: mehr als 1 Million der Kinder ab 7 Jahren

Indien: nach Angabe der Regierung, 17,5 Millionen Kinder, nach ILO-Schätzungen 44 Millionen und mehr

Indonesien: 2,2 Millionen Kinder der 10–14-Jährigen

Mexiko: 8 bis 11 Millionen der Kinder unter 15 Jahren

Pakistan: 19 Millionen Kinder

Philippinen: 5,5 Millionen Kinder

Thailand: 4 Millionen Kinder, davon etwa 800.000 SexarbeiterInnen

Zahlen: UNICEF

setzt würden. Zu viele Kinder sind an Kriegsschauplätzen als Soldaten – oder besser als Kanonenfutter – im Einsatz. Darauf verzichtet man nicht gern. Und besonders Mädchen werden dazu noch häufig Opfer von sexuellem Missbrauch.

Recht auf Bildung

Kinder haben laut der UN-Konvention das Recht auf Bildung und Ausbildung. Nun könnte man also annehmen, dass



Weiterhin werden KinderarbeiterInnen überall auf der Welt ausgebeutet. Zu viele Betriebe aber auch Einzelpersonen profitieren von der Arbeit der Kinder, als dass wirklich konsequente Maßnahmen gesetzt würden.

Kofi Recht erhält, wenn er die Schule besuchen kann. Doch er hat morgens schon viele Stunden schwere körperliche Arbeit getan, und nach der Schule muss er wieder – oft bis spät in die Nacht hinein – arbeiten. In der Schule fallen ihm da natürlich die Augen zu. Außerdem gibt es das Recht der Kinder auf Erholung und Freizeit. In Kofis Tagesplan bleibt dafür denkbar wenig Zeit. Langfristig leidet da natürlich die Gesundheit. Dabei wäre das Recht auf Gesundheit ebenfalls in der Konvention festgeschrieben. Weltweit gefährden etwa eine viertel Milliarde Kinder täglich ihre Gesundheit – für einen Hungerlohn.

Ursachen von Kinderarbeit?

Kinder sind billige Arbeitskräfte – sie sind folgsam und wehren sich kaum. Leichte Opfer für ausbeuterische Konzerne, PlantagenbetreiberInnen oder internationale Hotelketten. Dazu kommt natürlich, dass alle arbeiten müssen, wenn eine Familie mit dem Überleben kämpft. Oft lockt darüber hinaus ein Versprechen auf Ausbildung – die es sonst nicht geben würde. Allerdings haben KinderarbeiterInnen oft keine sehr hohe Lebenserwartung. Sie arbeiten in Steinbrüchen, in Kohlenminen oder hantieren mit gefährlichen Chemikalien. Die Behörden der Länder, in denen Kinderarbeit besonders häufig vorkommt, stecken oft mit Unternehmen unter einer Decke – da sie bestochen wurden, um die Augen fest zuzumachen.

Proteste gegen Kinderarbeit werden häufig unterdrückt – dafür sorgen korrupte Militärregierungen. Und schließlich

sind auch wir, die BewohnerInnen der reichen Länder des Nordens, mitschuldig – indem wir Billigprodukte aus Kinderarbeit kaufen. Immer wieder deckt die Polizei Fälle von Kinderarbeit auf. Gerade in der Baubranche gibt es bekannte Fälle, bei denen Kinder zum Tragen von Baumaterialien genötigt wurden. Dafür werden den Kindern, mit dem Argument, dass sie ja nicht so viel arbeiten würden wie Erwachsene, auch noch minimale Löhne gezahlt. Der Deutsche Kinderschutzbund schätzt, dass in Deutschland ungefähr 400.000 Kinder arbeiten. Für viele Kinder ist dieser Zustand ganz normal. Sie servieren im Gasthaus der Eltern, Arbeiten am Marktstand des Vaters, beaufsichtigen kleine Geschwister, putzen, waschen, führen den Haushalt. Oft bleibt da für Hausaufgaben und Schule nur wenig Zeit – und Bezahlung gibt es auch keine.

Wir müssen aufwachen

Kinderarbeit – das bedeutet vielfach minimale Löhne, verletzte Menschenwürde, moderne Sklaverei. Wir sprechen von unfreien Kindern, die zum Arbeiten gezwungen und geschlagen werden, die verkauft werden und von denen sich die Welt abwendet, weil darüber nachzudenken zu unbequem wäre. Die Kinder heißen Kofi, Sarai und Hassan. Sie sind neun, 14 oder fünf Jahre alt. Wo, das spielt keine Rolle, weil es überall auf der Welt passiert. Sie arbeiten in Haushalten, als Sexsklavinnen oder nähen Fußbälle in der pakistanischen Fußballindustrie. Sie knüpfen Teppiche in Nepal, zwölf Stunden täglich, bei schlechter Beleuchtung und verdienen in einer sechs-Tage-

WEBLINKS

IGB-Video gegen Kinderarbeit:
[www.youtube.com/
watch?v=oNWWGwgOKSo](http://www.youtube.com/watch?v=oNWWGwgOKSo)

Woche, zehn Stunden täglich, einen Hungerlohn von 2,70 Euro in der Woche. Oder 90 Cent am Tag – in der Glühbirnenindustrie in Indonesien. Die langwierigen, eintönigen Tätigkeiten schaden den Kindern – sie haben Bronchitis, Asthma und Tuberkulose. Die versprochene Schulbildung steht in vielen Fällen nicht mehr zur Diskussion. Doch ohne Schule keine Zukunft.

Wir müssen unbedingt auf Güter verzichten, die von Kinderhand hergestellt sind. Es existieren Gütesiegel für Produkte, die nicht aus Kinderarbeit stammen. Die UNICEF vergibt auch Warenzeichen für Teppiche die nicht aus Kinderhand kommen, finanziert Schul- und Entwicklungsprogramme, Ernährungsberatung, die Versorgung mit sauberem Wasser und so weiter. Ein weltweit flächendeckendes Angebot an kostenlosen Schulen würde die Situation der Kinder erheblich verbessern. Dieses Ziel ist derzeit jedoch noch in unerreichbar weiter Ferne.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
Ruth.Bauer@gmx.net
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Die WeltverbesserInnen

GegnerInnen der Weltverbesserung behaupten, die Welt ließe sich nicht verbessern. Fakten oder ein Blick aus dem Fenster genügten als Beweis.

Autorin: Mag. Gabriele Müller

Freie Journalistin

Essen ist hoch politisch: Man entscheidet sich mit der Wahl der Nahrung für oder gegen Monokultur, für Umwelt- und Sozialstandards und angemessene Löhne. Kein geringer Beitrag zu einer besseren Welt: Schließlich verzehrt der Mensch (im industrialisierten Westen) im Verlauf seines Lebens zwischen zehn und 15 Tonnen Nahrung. Es ist rund 30 Jahre her, seit der damalige Jugendsekretär des ÖGB Gerhard Riess »mit dem Radl und einigen Packerln Nicaragua-Kaffee« in die volkswirtschaftliche Abteilung des ÖGB im ersten Bezirk gefahren ist. »Das waren damals die einzigen, die ihn getrunken haben«, sagt Riess, nunmehr Sekretär und Kontaktperson in der Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung (GMTN) für alle Fragen rund um faire Lebensmittel.

Die LOHAS und die BoBos

Heute gehören nachhaltige Lebensmittel zur Grundausstattung der »LOHAS«, jener heterogenen Gemeinschaft, die einen »Lifestyle of Health and Sustainability« anstrebt. Es sind meist besser verdienende, gut ausgebildete Menschen, viele davon werden populärwissenschaftlich zu den »BoBos«, den **Bohemiens Bourgeois**, gerechnet, einer Art Elite des Informationszeitalters. Sie führen zusammen, was bisher als unver-

einbar galt: Wohlstand und Aufstand, beruflichen Erfolg und Nonkonformismus, ein bisschen Hippie, ein bisschen Yuppi, sie leben einen sanften Materialismus und sind idealistisch zugleich. Missionarisches, Protest oder Boykott aber ist ihnen fremd. Als solches entschlüpfen sie auch jener Form der Difamierung, mit denen Menschen, die für ihre Überzeugungen eintreten, gerne bedacht werden.

Abwertung von »Gutmenschen«

Mit dem Begriff »Gutmensch« werden Einzelne oder Gruppen abwertend bezeichnet, denen übertrieben moralisierendes oder naives Verhalten unterstellt wird. In Österreich gibt es, meint der Philosoph **Franz Schuh**, »einen auffälligen Sonderweg. Hier verwenden nicht zuletzt rechtsextreme Parteimenschen und ihre Sympathisanten den Terminus, um die einfachsten moralisch-politischen Anforderungen als nicht gültig abzuwehren.« Löse man den Begriff aus dem Zusammenhang, sei er hervorragend geeignet jedem Gegner billig, und ohne dass man sich dabei etwas denken muss, ein Etikett umzuhängen.

Mit dem WeltverbesserInnen-Fest feierte die »Südwind-Agentur« im heurigen Jahr ihr 30-jähriges Bestehen. Das Gründungsjahr des damaligen Österreichischen Informationsdienstes für Entwicklungspolitik (ÖIE) war auch das Jahr der **Sandinistischen Revolution** in Nicaragua am 19. Juli 1979, der ersten Welt-Klima-Konferenz und der Wahl Margret Thatchers zur britischen Premierministerin. »Alle politischen Fragen stehen mo-

mentan im Zeichen des großen Hegemoniekampfes, in dem der »Globalismus« seine Konjunktur dazu benützt, seine Sichtweise durchzusetzen«, hatte Falter-Herausgeber Armin Thurner bereits zum 25-jährigen Bestehen von Südwind geschrieben: Der Verblödungsoffensive unter dem Titel TINA (»There is no Alternative«, © Margret Thatcher) könne man nur entgegentreten, indem man zuerst den Blick dafür schärft, dass Entscheidungen niemals alternativlos fallen.

Thurner bezieht sich auf den deutschen Soziologen Ulrich Beck, der dem neoliberalen »Globalismus« die ebenso real existierende Globalisierung gegenüberstellt. Diese Globalisierung beinhaltet transnationale kulturelle und politische Erscheinungsformen, umfasst also multiethnisches Essen, NGOs als politische Akteure und Weltmusik ebenso wie Protestaktionen für die Anerkennung der Menschenrechte und den Kampf für ein weltweites Rechts- und Sozialsystem.

Eine andere Welt ist möglich

»Jute statt Plastik« (1979) war eine der ersten Kampagnen der entwicklungspolitischen AktivistInnen. Die internationale »Clean Clothes Campaign« (CCC), die in Österreich seit 2001 von der »Südwind-Agentur« und der »Frauensolidarität« koordiniert wird, ist heute eine der vielen Alternativen zur Globalisierung der Machtinteressen der privilegierten Weltminderheiten. Sie setzt sich weltweit für faire Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie ein und zeigt nicht nur die Missstände, sondern auch die



Aus den »WeltverbesserInnen« wurden zivilgesellschaftliche AkteurInnen, die zunehmend Gehör finden.

Handlungsmöglichkeiten für KonsumentInnen und die Wirtschaft auf.

In einem Interview mit Südwind-Redakteur Werner Hörtner berichtet die Gewerkschafterin Kalpona Akter über die Fortschritte durch die internationale Unterstützung. Sie hatte mit zwölf Jahren in einer Zulieferfabrik als Näherin begonnen. Heute ist sie Geschäftsführerin des »Bangladesh Center for Workers Solidarity«, die eng mit der CCC-Initiative kooperiert. Vieles wurde bereits erreicht.

Nun zeichnet sich ein weiterer Erfolg ab, der die Zustände in der Bekleidungs- und Textilindustrie grundlegend verändern könnte. Gewerkschaften, NGOs aus Asien, Europa und den USA haben die Basis eines Existenz sichernden Lohnes festgelegt, in Hongkong wurde ein Lenkungsausschuss gegründet, an dem auch die CCC beteiligt ist. Setzt sich die »Asia Floor Wage Campaign« durch, meint die ehemalige Näherin Kalpona Akter, »dann haben die Unternehmen keine Möglichkeit mehr, in anderen Ländern billigere Produzenten zu suchen«.

Der Weltzukunftsrat

»Die Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft haben versagt«, befindetet Jakob von Uexküll, Gründer des Alternativen Nobelpreises. »Mit ihrer falschen Art der Globalisierung haben sie die Welt auf den Abgrund zugesteuert.« Seine schlechte Nachricht: »Die Situation ist schlimmer als die größten Pessimisten unter uns befürchtet haben.« Drei gute Nachrichten hat Uexküll, der 2007 auch

den **Weltzukunftsrat** (WFC) gegründet hat. 1) Es gibt für jedes der Probleme eine Lösung. 2) Das alte Finanz- und Wirtschaftssystem hat seine Glaubwürdigkeit verloren, die Menschen sind heute bereit für eine Wende. 3) Der Markt ist von Regeln abhängig. Wenn es die richtigen sind, kann er Wunder wirken.

Alternative Vielfalt

Aus den »WeltverbesserInnen« wurden zivilgesellschaftliche AkteurInnen, die zunehmend Gehör finden. »Auf allen politischen Handlungsebenen, von der lokalen bis zur globalen, mischen diese transnational vernetzten Gruppierungen mit«, schreibt der Politikwissenschaftler Franz Nuscheler. »Die Ursprünge der bunten NGO-Szene liegen in der Solidaritätsbewegung, die häufig – etwa in Österreich – einen kirchlichen Hintergrund hatte. Besonders zu den Bereichen Entwicklungs-, Umwelt- und Menschenrechtspolitik betreibt sie durch eine dosierte Kooperationsbereitschaft mit dem Staat Lobbytätigkeit für ihre jeweiligen Belange und spielt dabei verschiedene Rollen, die sie aus der Schmuddelecke von notorischen KritikerInnen oder »Gutmenschen« hervorholten.«

Eine völlig neue Form zivilgesellschaftlicher Organisation ist das internationale Netzwerk Attac, dessen ursprüngliches Anliegen die Besteuerung von Devisentransfers war. Heute behandelt Attac viele Fragen der ökonomischen Globalisierung, darunter die Regulierung der Finanzmärkte, des Welthandels oder die Nord-Süd-Beziehungen.

WEBLINKS

Fairtrade im Internet:
www.fairtrade.at

Gutes Image

Es ist lange her, dass der Gewerkschafter Gerhard Riess mit dem Fahrrad Produkte des fairen Handels unter die Leute brachte. Heute ist er – unter anderem – in Sachen faires Essen im Betrieb unterwegs. BetriebsrätInnen und KüchenleiterInnen sollen motiviert werden, möglichst Produkte aus biologischem Anbau und fairem Handel zu verwenden. »Wie argumentiere ich dem Kunden, dass das eine Produkt fair ist, das andere nicht?«, hatte ihn Herr Pfanner vor etlichen Jahren gefragt. Den Orangensaft mit dem Fairtrade-Gütesiegel der Firma gibt es mittlerweile in den meisten Supermärkten. Die Frage von Herrn Pfanner wird immer mehr KonsumentInnen beschäftigen, meint Gutmensch Gerhard Riess. »Mittlerweile sind ja sogar die Multis draufgekommen, dass Fairtrade eine gute Marketinggeschichte ist.«

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
gabriele.mueller@utanet.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Ökonomie durch Ökologie

Seit Mitte des 20. Jahrhunderts wird so viel und weit gereist wie nie zuvor. Bis zu neun Prozent ist daher der Anteil des Tourismus an den Treibhausgasemissionen.

Autorin: Mag. Ruth Bauer

Freie Journalistin

Der deutsche Schriftsteller Hermann Löns (1866–1914) schrieb einmal: »Zukünftig wird es nicht darauf ankommen, dass wir überall hinfahren können, sondern ob es sich noch lohnt, dort anzukommen.« Der Mann war seiner Zeit weit voraus – er muss bereits geahnt haben, dass irgendwann Fernreisen zum Leben der modernen europäischen Bevölkerung gehören würden. Auf der Suche nach dem Paradies tragen wir als Reisende massiv zur Zerstörung desselben bei. Ganze Lebensräume werden abgeholzt und verbaut, um Hotelanlagen Platz zu machen. Dörfer werden umgesiedelt, um Nationalparks zu errichten, die TouristInnen zur Verfügung stehen, die von den Einheimischen möglichst unbehelligt bleiben wollen – wer beschäftigt sich schon gerne im Urlaub mit Armut?

Entwicklungszusammenarbeit

Lange Zeit war davon die Rede, dass Tourismus in den Entwicklungsländern eine gute Fördermaßnahme für die wirtschaftliche Entwicklung der Länder des Südens sein könne. Angeblich werden Arbeitsplätze geschaffen, die Infrastruktur ausgebaut und die lokale Wirtschaft angekurbelt. Allerdings sind viele Einheimische gar nicht für die Arbeit im Tourismus ausgebildet. Daher bringen internationale Hotelketten ihre MitarbeiterInnen ein-

fach mit – das vereinfacht vieles, doch die BewohnerInnen des Landes gehen leer aus. Der Bau von Straßen wäre sicherlich ein großer Vorteil für die Länder, wo gute Straßen rar gesät sind. Allerdings finden sich die touristisch interessanten Gebiete oft weit weg von den Ballungsräumen der häufig bereisten Länder. Eine Straße, die nur in einen einsamen Nationalpark führt, wird außer von Touristenbussen kaum frequentiert, ist also keine tatsächliche Verbesserung für die BewohnerInnen des Landes.

»All inclusive«

Die TouristInnen essen, trinken und schlafen in den großen (europäischen oder nordamerikanischen) Hotelketten. Außerhalb ihrer Hotels konsumieren und kaufen sie kaum etwas – abgesehen von dem einen oder anderen Souvenir vielleicht. Besonders problematisch sind in diesem Zusammenhang die »All-inclusive«-Hotels. Diese Konzerne bringen den Entwicklungsländern so gut wie gar keine Vorteile. Ironischerweise verursacht diese Form des Tourismus oft sogar noch Kosten für die bereisten Länder – teure Touristenattraktionen müssen nämlich auch in der Nebensaison – oder wenn das Land gerade nicht dem gängigen Trend am Tourismusmarkt entspricht – erhalten werden. Und diese Kosten werden normalerweise nicht von den Hotelketten oder Fluglinien getragen, sondern bleiben an den jeweiligen Ländern hängen. Die Länder sind von der Willkür des Marktes und der Touristenbranche abhängig – Preisdumping ist die verheerende Folge davon.

Mittlerweile ist also klar geworden, dass insgesamt die volkswirtschaftlichen Effekte durch Tourismus enttäuschend sind – Deviseneinnahmen fließen zum Großteil wegen tourismusbedingter Importe wieder ab. Die Länder des Südens haben keine Kontrolle über die touristische Entwicklung, die geschaffenen Arbeitsplätze sind meist unqualifiziert und saisonal, Zerstörungen gewachsener Kulturen sind an der Tagesordnung, Ressourcenverschwendung die Regel. **Trickle-down-Effekt** – also eine Verbesserung der Lebenssituation und Verminderung der Armut der Bevölkerung – ist normalerweise kaum auszumachen. Dazu kommt, dass Tourismus ohnehin nur für wenige Entwicklungsländer in Frage kommt – wo er allerdings betrieben wird, neigt er dazu, alle anderen Wirtschaftsformen zu verdrängen und Monostrukturen zu bilden – immer ein gefährliches Spiel.

Lösung Ökotourismus?

In den vergangenen ein bis zwei Jahrzehnten hat sich ein Lösungsansatz herauskristallisiert – der Ökotourismus. Es soll sich dabei um eine auf Belange von Umwelt und lokaler Bevölkerung besonders Rücksicht nehmende Form des Tourismus handeln. Doch es gibt auch berechtigte Zweifel am »Öko-Prinzip«. Vor allem, da es auch keinen Konsens darüber gibt, was unter Ökotourismus nun wirklich zu verstehen ist. Darüber hinaus ist nicht klar, ob die getätigten Maßnahmen auch wirklich den gewünschten Effekt erzielen. Sprechen wir zum Beispiel im Zusammenhang mit Ökotourismus von Flugreisen in naturnahe Gebiete, wie

Ökotourismus bezieht sich oft also nur auf umweltverträgliches Verhalten am Urlaubsort – sicherlich trotz allem ein löbliches Ziel. Die tatsächlichen positiven Effekte für den Umweltschutz sind jedoch unter den gegebenen Umständen eher vernachlässigbar gering.

Nationalparks, dann ist diese Form des Tourismus eigentlich gar nicht als »ökologisch« zu bewerten, denn Flugzeuge sind Klimakiller der Sonderklasse und nichts davon, was TouristInnen an ihren Urlaubszielen machen, egal wie sie sich verhalten, wird die negativen Folgen des Fluges aufwiegen können. Ökotourismus bezieht sich oft also nur auf umweltverträgliches Verhalten am Urlaubsort – sicherlich trotz allem ein löbliches Ziel. Die tatsächlichen positiven Effekte für den Umweltschutz sind jedoch unter den gegebenen Umständen eher vernachlässigbar gering.

Alles »Öko« oder was?

Ökotourismus oder nachhaltiger Tourismus hat es inzwischen aus der »Müsliecke« herausgeschafft, und weltweit geben bereits um die 30 Prozent aller TouristInnen ökologischen Angeboten den Vorzug. Meist handelt es sich dabei um Reisen in die Natur. Diese wird dabei durch übermäßigen Gebrauch jedoch häufig stark geschädigt. Beispielsweise wurden in Nepal ganze Wälder abgeholzt, um die ÖkotouristInnen auf ihren Trekking mit Holz zu versorgen. Reisen in die Laichgebiete von Meeresschildkröten, deren Einnahmen dazu genutzt werden sollen, die Lebensräume der Tiere zu schützen, tragen indirekt dazu bei, die Ökosysteme der betroffenen Gegenden zu zerstören. Probleme gibt es auch im Kulturbereich: historische Stätten sollen von der ansässigen indigenen Bevölkerung befreit werden, um touristischen Projekten Platz zu machen. So geschehen zum Beispiel in **Kuelap** in Peru. Dabei

schreckte die nationale Kulturbehörde übrigens nicht vor Drohungen und gewaltsamen Übergriffen auf die Bauern zurück.

Ein Fußabdruck im Paradies ...

Viele EuropäerInnen leben auf zu großem Fuß – wir hinterlassen einen viel zu großen ökologischen Fußabdruck. Gemeint ist damit die Fläche der Erde, die wir verbrauchen, um unseren Lebensstandard dauerhaft zu erhalten. Würden alle Menschen auf der Erde auf ebenso großem Fuß leben wie wir – wir bräuchten 2,5 Erden! Europa und die USA beanspruchen ein Vielfaches der vorhandenen Biokapazität. Doch was hat das alles mit unseren Reisen zu tun? Die Ökosysteme der bereisten Länder werden zur Gänze verändert, Land, Luft und Bevölkerung leiden unter dem massiven Ressourcenverbrauch – dem viel zu großen Fußabdruck – der TouristInnen. Ein Beispiel dafür ist der Golf Tourismus als Wasser- und Landschaftsfresser Nummer 1. Die Fläche eines Golfplatzes entspricht ungefähr 40 Reisfeldern mit einer Jahresproduktion von 500.000 kg Reis. Das für die Rasenbesprenkelung verbrauchte Wasser würde den täglichen Bedarf an Trinkwasser von 15.000 EinwohnerInnen in Manila decken oder 65 ha Ackerland bewässern. Aber auch Duschen, Swimming Pools und Wassertoiletten – touristische Minimalausstattung also – verursachen Wasserknappheit, die jedoch nur die lokale Bevölkerung zu spüren bekommt.

Grundsätzlich ist es natürlich eine positive Entwicklung, Tourismus ökologisch und nachhaltig betreiben zu wollen.

W E B L I N K S

Institut für Integrativen Tourismus
und Entwicklung:
www.respect.at

Ökologischer Fußabdruck:
www.mein-fussabdruck.at

Wir dürfen uns jedoch nichts vormachen: Fernreisen sind grundsätzlich nicht ökologisch – die Abgase machen uns einen Strich durch die Rechnung. Und: Unser Besuch in Thailand, Indonesien oder Costa Rica wird im Moment der Bevölkerung weniger helfen, als er sie vielleicht sogar belastet.

Schauen wir genau hin!

Es wäre blauäugig zu glauben, dass immer »Öko« drin ist, nur weil es draufsteht. Definitiv bedarf es genauer Überlegungen und Diskussionen von Umweltschutzorganisation, NGOs aus Norden und Süden, um irgendwann sagen zu können, welche Möglichkeiten es gibt, um tatsächlich so ökologisch wie möglich zu reisen.

K O N T A K T

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
ruth.bauer@gmx.net
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Klima: Kein Wandel?

Sturm, Hochwasser oder Trockenheit – auch bei uns sind die Folgen spürbar. Der Klimawandel findet statt. Doch die Klimapolitik wandelt sich kaum.

Autor: Dr. Wilfried Leisch

Freier Journalist, Energie- und Umweltberater

Laut Schätzungen von ExpertInnen kosten allein die Umweltschäden, die Österreich dieses Jahr bereits erlitten hat, rund 400 Mio. Euro. Für viele Meteorologen liegen die Wetterkapriolen nach wie vor im Bereich der langjährigen Beobachtungen. Manche Kommentatoren vermuten hinter der laufenden Debatte sogar »Klimaretter am Drücker«, wobei es um »risikolose Milliardenengeschäfte« gehe, deren reale Grundlagen in einer unüberprüfaren Zukunft lägen. Doch so einfach liegen die Dinge nicht. Nicht die »Klimaretter« machen Milliardenengeschäfte, sondern die Konzerne mit Hilfe der Klimapolitik.

Klimaerwärmung

Laut **Weltklimarat** IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) wird die Durchschnittstemperatur auf der Erde bis 2100 um 1,8 bis vier Grad Celsius steigen. Das wird die Umwelt für Menschen, Tier- und Pflanzenwelt schwerst bis nicht mehr reparierbar beeinflussen. Das kann eine Verschiebung der Klimazonen, ein Abschmelzen der Gletscher und des Eises in der Arktis, eine daraus resultierende Erhöhung des Meeresspiegels zwischen 18 und 59 cm und eine Erwärmung der Meere zur Folge haben. Durch den Klimawandel sei ein Fünftel der Arten vom Aussterben bedroht, Hungerkatastrophen, Dürreperioden und Überschwem-

mungen (auch in Europa), wären an der Tagesordnung. Weitere Folge: Trinkwasserverknappung. Allein ein Grad Temperaturanstieg würde Wassermangel für 400 Mio. bis 1,7 Mrd. Menschen bedeuten.

Der Klimabericht des Ex-Weltbank-Chefökonom **Nicholas Stern** (»Stern-Report«) kam schon vor zwei Jahren zu dem Schluss, dass die Konzentrationen von Treibhausgasen in der Atmosphäre unter 550 ppm (parts per million) gehalten werden müssen, um schwerwiegende Folgen für die Weltwirtschaft zu vermeiden. Betrug diese Konzentration vor der industriellen Revolution 280 ppm Kohlendioxidäquivalente, so sind es heute bereits 430 ppm. Jährlich wird mit einem Anstieg um zwei ppm gerechnet. Wenn der Anstieg der Emissionen innerhalb von 15 Jahren gestoppt wird, kann der Anstieg der Erderwärmung auf zwei bis drei Grad Celsius begrenzt werden. Die Kosten für diese Maßnahme würden bei ca. einem Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegen. Wenn die Staaten allerdings nicht handeln, könnte das langfristig eine Weltwirtschaftskrise verursachen, mit Verlusten von fünf bis 20 Prozent des globalen BIP.

Ausweg aus der Klimakrise?

Nun, die Weltwirtschaftskrise haben wir schon jetzt, verursacht durch die »ganz normale« kapitalistische Marktwirtschaft. Die Auswirkungen, die Nicholas Stern beschreibt, basieren allerdings auf der gleichen Wirtschaftsweise, die Natur und Mensch immer rücksichtloser ausbeutet. Allerdings könnte ein Umschwenken auf nachhaltiges Wirtschaften, das

die soziale, ökologische und ökonomische Dimension im Sinne Ressourcen schonender Bereitstellung von langlebigen Produkten und Dienstleistungen sowie eine Abwendung von der an der Profitmaximierung ausgerichteten Über- und Wegwerfproduktion zum Ziel hat, ein Ausweg sowohl aus der durch die Finanz(markt)krise entstandenen allgemeinen Krise als auch aus der »Klimakrise« sein.

Klimabörse

Doch wie schaut die Realität aus? Statt wirksame Reduktionsmaßnahmen zu setzen, geben die Regierungen den Industrielobbys nach und machen die Klimapolitik zunehmend zu einer weltweiten »Klimabörse«, lassen also auf dem Gebiet des »Klimaschutzes« ähnliche Zustände zu wie zuvor in der Wirtschaftspolitik mit den jetzt sichtbaren fatalen Ergebnissen am Finanzmarkt und in der Realwirtschaft. So wurden der Industrie erhebliche Zukaufe von Verschmutzungsrechten (Emissionshandel) erlaubt. Ergebnis: Weltweit steigen die Treibhausgasemissionen trotz aller Klimaprogramme, Konferenzen und Absichtserklärungen weiter an. Zwar hat jetzt US-Präsident Barack Obama einen Wechsel in der Klimapolitik der USA angekündigt, oder der G-8-Gipfel sich darauf geeinigt, die Erderwärmung auf zwei Grad Celsius begrenzen zu wollen. Doch was passiert im Vorfeld der UNO-Klimakonferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen, wo eine erweiterte Klimakonvention und ein neues Klimaabkommen, anschließend ans Kyoto-Protokoll beschlossen werden soll?

Laut Weltklimarat IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) wird die Durchschnittstemperatur auf der Erde bis 2100 um 1,8 bis vier Grad Celsius steigen. Das wird die Umwelt für Menschen, Tier- und Pflanzenwelt schwerst bis nicht mehr reparierbar beeinflussen.

Da wurden im Juli beim EU-Umweltministertreffen im schwedischen Åre eine CO₂-Steuer befürwortet und neue Schlupflöcher für die Industrie diskutiert, um Eigenleistungen möglichst gering zu halten oder unnötig zu machen: wie »Klimazölle« (Einführung von Importabgaben auf Waren aus Ländern mit schwächeren Klimaschutzregelungen als jene in der EU) oder die Ausstellung von Waldschutzzertifikaten. So können sich die einen Konzerne weiter billig freikaufen, während andere den Regenwald weiter abfackeln und Plantagen errichten.

Lauwarm

Auch Österreich, das sich immer noch gerne als »Umweltmusterland« bezeichnet, ist von den internationalen Klimaschutzzielen (Kyoto-Ziele) weit entfernt. Dabei betrifft die laufende Erwärmung des Klimas den Alpenraum und damit auch Österreich nachweislich stärker als die meisten anderen Teile der Erde.

Der Klimaschutzbericht 2009 des Umweltbundesamtes zeigt: Anstatt die CO₂-Emissionen gegenüber 1990 um 13 Prozent zu verringern, stiegen sie bis 2007 um elf Prozent! Mit 88 Mio. Tonnen liegen die Treibhausgasemissionen in Österreich schon im Jahr 2007 etwa acht Mio. CO₂-Äquivalente über dem Kyoto-Ziel. Bis 2020 ist laut Österreichs Klimastrategie aus 2007 eine Emissionsminderung von 16 Prozent vorgesehen (ohne Emissionshandel). Doch mit den derzeit geplanten Maßnahmen werden die Vorgaben nicht erreicht werden, ist mit Emissionen knapp unter dem Niveau von 2007 zu rechnen. Der Verkehrssektor ist laut Umweltbun-

desamt mit rund 5,4 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalenten der Sektor mit der größten Abweichung zum sektoralen Ziel der Klimastrategie. Daher ist ein wichtiger Weg zu mehr Klimaschutz für Sylvia Leodolter, Leiterin der Abteilung Umwelt & Verkehr der AK-Wien, die Einführung einer flächendeckenden Lkw-Maut. Laut Wegekostenrechnung bezahlt ein Lkw-Frächter auf ehemaligen Bundesstraßen nur 47 Prozent, auf Landes- und Gemeindestraßen gar nur 13 Prozent der Straßeninfrastrukturkosten. Gemäß VCÖ-Berechnungen kostet die Frächterlobby die Steuerzahler im Jahr 4,4 Mrd. Euro, während sie selbst nur 0,9 Mrd. Euro für die Straßenbenutzung bezahlen.

Arbeitsklima

Eine große Möglichkeit zum Klimaschutz beizutragen, Klimaschutz und Schaffung von Arbeitsplätzen zu vereinbaren, sieht die AK in der Wärmedämmung. Dabei kritisiert AK-Präsident Herbert Tumpel den Etikettenschwindel der Bundesregierung: »Für die thermische Gebäudesanierung finden sich im Bundesbudget 2009 ausgaben-seitig insgesamt 86 Mio. Euro – 50 Mio. davon kommen aus einer Sonderdividende des Verbunds, 36 Mio. werden durch Rücklagenauflösungen des Klima- und Energiefonds aufgebracht. Der fehlende Rest auf die versprochenen 100 Mio. – 14 Mio. – findet sich nicht im Budget wieder. Sie sollen aus dem laufenden Budget des Klima- und Energiefonds gedeckt werden. Es handelt sich also nicht um zusätzliche Mittel, sie haben lediglich ein neues Mascherl. Die Regierung wird hier noch mehr Geld in die Hand nehmen müssen.« Außerdem fordert

WEBLINKS

Energiesparbroschüre zum Download:
wien.arbeiterkammer.at/bilder/d46/Energiesparbroschure.pdf

Mehr Infos unter:
www.umweltbundesamt.at
www.ipcc.ch
www.unfccc.int
www.zamg.ac.at

die AK, dass energetisch hocheffiziente Fernwärme-Hausanschlüsse künftig genauso gefördert werden wie thermische Sanierungsmaßnahmen im mehrgeschossigen Wohnbau. Zudem fordert der ÖGB in seinem neuem Grundsatzprogramm ein staatliches CO₂-Management: Wegen ihrer Bedeutung für Beschäftigung, Technologieentwicklung, Energie- und Umweltpolitik müssen Maßnahmen im Inland gegenüber Zukäufen von CO₂-Zertifikaten im Ausland Vorrang haben.

Wie sagte ÖVP-Umweltminister Nikolaus Berlakovich unlängst: »Es stimmt, dass in vielen Staaten mehr beim Thema Klimaschutz passiert als in Österreich. Es muss mehr getan werden.« Na dann!?

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an den Autor
w.leisch@aon.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Working for America

Es gibt auch hochkarätig besetzte amerikanische Think-Tanks, die ihr Know-how für weniger Privilegierte und mehr Rechte für ArbeitnehmerInnen einsetzen.

Autorin: Astrid Fadler

Freie Journalistin

The State of Working America« nennt sich der vom Economic Policy Institute alle zwei Jahre veröffentlichte Bericht zum Thema Arbeitsmarkt und Lebensstandard in den USA. Insgesamt klingen die Ziele des 1986 gegründeten Wirtschaftspolitischen Institutes (EPI) nicht gerade typisch amerikanisch: Die Interessen der unteren und mittleren Schichten sollen verstärkt in die Wirtschaftspolitik eingebracht und Strategien dafür erarbeitet werden, dass alle Menschen an Fortschritt und Wohlstand teilhaben können.

Die hauptsächlichen Forschungsgebiete sind die Lebens- und Arbeitsbedingungen der US-BürgerInnen, das Verhältnis Staat und Wirtschaft, das Bildungswesen sowie die Auswirkungen der Globalisierung. So zeigten die EPI-ForscherInnen als erste den umgekehrten Zusammenhang zwischen Produktivität und Einkommen auf, der in den 1990er-Jahren die amerikanische Wirtschaft kennzeichnete.

Working Poor in USA

Das Mindesteinkommen in den USA ist seit 1979 real um 1,50 Dollar gesunken, während der Bildungsgrad der Betroffenen gestiegen ist. Laut OECD-Bericht »Einkommensverteilung und Armut 2008« verfügen 17,1 Prozent der AmerikanerInnen über weniger als die

Hälfte des jährlichen Medianeinkommens in den USA, leben also unter der **Armutsgrenze**. Die Vereinigten Staaten sind damit an drittletzter Stelle vor der Türkei und Mexiko (Österreich: 6,6 Prozent). Auch die Armutsquote bei Vollerwerbstätigen ist mit rund elf Prozent in den USA deutlich höher als in den meisten anderen westlichen Industrieländern.

Gewerkschaften stärken

Das Recht zur Bildung von Gewerkschaften ist in den USA zwar gesetzlich verankert, tatsächlich wurde die Arbeit der Gewerkschaften in den vergangenen Jahren massiv behindert. Wahlwerbung auf Firmengelände war meist verboten, wer als GewerkschaftsvertreterIn kandidieren wollte, wurde mit Kündigung bedroht. Ein Großteil der ArbeitgeberInnen verteilte Werbematerial gegen die Gewerkschaften. Nur 7,5 Prozent der in Privatunternehmen Beschäftigten sind derzeit gewerkschaftlich organisiert. Was nicht unbedingt mangelndes Interesse bedeutet. Denn laut den 2006 und 2007 durchgeführten Analysen »What Workers want« und »What Workers say« würden sich mehr als die Hälfte der befragten ArbeitnehmerInnen, die derzeit nicht organisiert sind, an Gewerkschaftswahlen beteiligen. »Der Wunsch nach gewerkschaftlicher Vertretung«, so Harvard-Ökonom und EPI-Experte Richard B. Freeman »ist größer als je zuvor.«

Mit Hilfe des Employee Free Choice Acts soll die Macht der Gewerkschaften gestärkt werden. Der Gesetzesentwurf

INFO & NEWS

Denkfabriken (Think Tanks) definiert der Duden als Institutionen zur wissenschaftlichen, praxisorientierten Zukunftsforschung und für wirtschaftliche Weiterentwicklung. Sie sind keineswegs immer objektiv und (politisch) unabhängig. Einer der ältesten Think Tanks ist die 1916 gegründete Brookings Institution in Washington. Die bekannteste dürfte wohl der Club of Rome sein, der 1968 nach der Idee eines italienischen Industriellen entstanden ist und 1973 für »Die Grenzen des Wachstums« den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhalten hat. Unabhängige Think Tanks werden durch Stiftungen, Spenden von Privatpersonen und Organisationen finanziert. Das parteiunabhängige EPI beispielsweise erhält auch Gelder von Gewerkschaften.

wurde 2007 bereits vom Repräsentantenhaus beschlossen, danach allerdings im Senat durch **Filibustern** (Dauerreden) verhindert. Stimmt der Kongress diesmal zu, so würde für ArbeitnehmerInnen nicht nur der Beitritt zu einer Gewerkschaft erleichtert, sondern unter anderem auch die Kündigung von GewerkschafterInnen deutlich erschwert bzw. Einschüchterung bestraft. EPI kämpft an vorderster Front für diesen Gesetzesentwurf zur Stärkung der Gewerkschaften. 40 prominente Wirtschaftswissenschaftler, darunter drei Nobelpreisträger, haben ein von EPI-Präsident Lawrence Mishel und zwei Wirtschaftsprofessoren verfasstes Statement für den Employee Free

© GGB-Verlag/Paul Sturm

Denkfabriken (Think Tanks) definiert der Duden als Institutionen zur wissenschaftlichen, praxisorientierten Zukunftsforschung und für wirtschaftliche Weiterentwicklung.



Choice Act unterschrieben. Sie erwarten sich dadurch mittelfristig eine Erhöhung der Kaufkraft in den unteren Einkommenschichten sowie eine Stärkung der Demokratie.

Als hochkarätig besetzte Lobby unterstützen die EPI-Experten auch den American Recovery and Reinvestment Act (ARRA). Das Konjunkturprogramm (Gesamtvolumen: 787 Mrd. Dollar) zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise wurde kurz nach Barack Obamas Amtsantritt vom Kongress verabschiedet. Es enthält neben Steuersenkungen, Infrastrukturinvestitionen und Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auch die derzeit viel diskutierte Gesundheitsreform. John Irons, Leiter des Bereichs Forschung und Politik bei EPI sieht bereits erste Auswirkungen: »Obwohl es der Wirtschaft nach wie vor außergewöhnlich schlecht geht, hat sich immerhin das Tempo des Rückgangs verlangsamt.« Das aktuelle Budgetdefizit führt er nicht auf die ARRA-Ausgaben zurück, sondern auf die Kosten der militärischen Einsätze in Afghanistan und im Irak.

Gegengewicht

Als Gegengewicht zu den etablierten, meist konservativ-republikanischen Institutionen wurde 2003 das Center for American Progress (CAP) von ehemaligen hohen Funktionären der Clinton-Regierung gegründet. CAP ist zwar offiziell politisch unabhängig, aber zum Teil sind Clintons Parteikollegen noch immer in den Führungspositionen. Wer die Website von CAP besucht, findet dort unter den Zielen auch typisch amerika-

nische Stehsätze wie »Wiederherstellung von Amerikas globaler Führungsrolle« – neben umweltfreundlicher Energiepolitik, Gesundheitseinrichtungen und Wirtschaftswachstum für alle. Aber auch die Themen Armut(-sbekämpfung) und Frauenrechte finden sich an prominenter Stelle.

Begrenzte Möglichkeiten

Das staatliche Mindesteinkommen in den USA beträgt heute nur noch 30 Prozent des Durchschnittseinkommens (früher 50 Prozent) und ist damit auf dem Niveau von 1956. Angesichts derartiger Missstände formulierte die CAP-Task-Force für Armut vor rund zwei Jahren zwölf Schritte, um die Armut in den USA im Verlauf von zehn Jahren zu halbieren. Die Empfehlungen reichen von einem Ausbau der Arbeitslosenversicherung über die Kinderbetreuung bis zur Verbesserung des Bildungssystems und wurden zum Teil im Recovery Act berücksichtigt. Besonders bedenklich sei, dass immer mehr Kinder und Jugendliche von Armut betroffen sind. Das wirkt sich naturgemäß auf Bildung und Gesundheit negativ aus, wodurch spätere Armut fast schon vorprogrammiert ist. Im Gegensatz dazu ist laut OECD die Altersarmut in den meisten Ländern gesunken, die größten Einkommenszuwächse gab es in der Gruppe der 55- bis 75-Jährigen.

Ist Österreich im Vergleich zu Amerika eine Insel der Seligen? Ohne Transferleistungen wäre laut Statistik Austria die Armutsgefährdung durch niedriges Einkommen mit zwölf Prozent in Österreich doppelt so hoch wie derzeit. Für

WEBLINKS

Economic Policy Institute:
www.epi.org

den Lebensstandard ist im Übrigen nicht nur das Einkommen entscheidend, sondern auch die Kosten für Bildung, Kinderbetreuung, medizinische Versorgung etc. spielen eine Rolle.

Amerika kann von Europa lernen

Punkto Gewerkschaften könnte laut Richard Freeman Amerika von Europa lernen. Wenn Präsident Obamas Arbeitsmarktreformen tatsächlich umgesetzt werden, dann prophezeit er die Wiederauferstehung der Gewerkschaften. Obwohl in den USA nicht geplant ist, dass GewerkschaftsvertreterInnen irgendwann in Aufsichtsräten sitzen, würden diese mehr Einblick in die Unternehmenspolitik und in Geschäftsabläufe bekommen. Gewerkschaftliche Pensionsfonds nutzen bereits jetzt Aktienstimmrechte und thematisieren die Höhe von Managervergütungen. Außerdem haben sie einige Rücktritte in Aufsichtsräten erzwungen.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
afadler@aon.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

»Es ist unsere Welt«

*Projekt ZUWINBAT:
Zukunftsraum Wien – Niederösterreich – Bratislava – Trnava*

Autorin: Mag. Erika Brselova

*vida, Internationales Referat/EU-Projekt
ZUWINBAT*

In Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise bekommen die Menschen zu spüren, in was für einer komplizierten Welt wir uns bewegen. Noch nie war die Notwendigkeit so groß, sich zu interessieren, zu engagieren und zu involvieren. Denn je mehr wir uns für unsere Umgebung und die Gesellschaft interessieren, desto größer ist die Chance, Dinge beeinflussen und an wichtigen Prozessen mitwirken zu können.

Die Gewerkschaftsbewegung ist bemüht, die Arbeits-, Familien- und Kulturwelt der ArbeitnehmerInnen mitzugestalten. Dabei geht es vor allem um die Mitwirkung an der Legislative und um Verhandlungen der Sozialpartner auf verschiedenen Ebenen. Die Gewerkschaftsbewegung ist nicht nur national oder europäisch, sie ist international.

Neue europäische Region

Der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB), die Konföderation der Gewerkschaftsverbände der Slowakischen Republik (KOZ SR) und deren Fachgewerkschaften engagieren sich im Projekt ZUWINBAT, das bedeutet ZUKUNFTSRAUM WIEN – NIEDERÖSTERREICH – BRATISLAVA – TRNAVA. Die wachsende Entwicklung und Nähe der nur 60 km voneinander entfernt liegenden Hauptstädte führen zu einer immer stärkeren

Vernetzung im entstehenden Ballungsraum Wien–Bratislava und erfordern von allen Partnern im sozialen Dialog entsprechende Initiativen zur Gestaltung dieser neuen Situation. Der gemeinsame Arbeitsmarkt, die soziale Komponente, Fragen der Migration etc. werden zunehmend auch zu politischen Themen dieser neuen europäischen Region.

Arbeitsrechtliche Beratung

Das Projekt bemüht sich, nicht nur Antworten auf diese Herausforderungen zu finden, sondern vor allem die Optimierung der Kooperation zwischen allen, die an der Gestaltung des gemeinsamen Arbeits- und Wirtschaftsraumes im Großraum der Bundesländer Wien und Niederösterreich und der Region Bratislava und Trnava beteiligt sind, zu erreichen.

Schwerpunkte des Projektes sind vor allem die Arbeits- und Sozialrechtsberatung für slowakische ArbeitnehmerInnen in ihrer Muttersprache, ein Ausbau der grenzüberschreitenden Sozialpartnerschaft, Errichtung eines Multiplikatoren-Netzwerkes in beiden Ländern, ein intensiver branchenspezifischer Austausch im Bereich Tourismus, Verkehr, Handel, bei Gleichbehandlungsthemen und die Organisation jugendspezifischer Aktivitäten.

Beim Projekt ZUWINBAT geht es in erster Linie um die Vorbereitung auf die Arbeitsmarktliberalisierung in Hinblick auf April 2011. Für die slowakischen und österreichischen Gewerkschaften ist es von großer Bedeutung,

WEBLINKS

Zukunftsraum Wien – Niederösterreich – Bratislava – Trnava:
www.zuwinbat.at

umfassendes Wissen über den Nachbarn zu erwerben. Wichtig dabei ist der Aufbau von Netzwerken. Das EU-Projekt ZUWINBAT bietet die Chance, in der Zukunft Probleme gemeinsam zu lösen und mögliche Vorurteile zu beseitigen. Aus Österreich beteiligen sich die Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft vida und die GPA-djp mit dem Bereich Handel am Projekt.

Die Welt mitgestalten

Es ist unsere Welt – das heißt, dass wir für sie auch mitverantwortlich sind, dass wir uns für sie interessieren und sie weiterentwickeln müssen – durch Kontakte zu unseren Nachbarländern, durch den Kampf gegen Diskriminierung, durch den Kampf für gerechte Löhne und menschenwürdige Arbeit. Die Welt um uns herum ist unsere Welt, gerade deswegen sollten wir sie mitgestalten.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
erika.brselova@vida.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Statistiken sind Argumente

	Harmonisierter VPI	
	Juni 09	Juli 09
Belgien (BE)	-1,0	-1,7
Deutschland (DE)	0,0	-0,7
Irland (IE)	-2,2	-2,6
Griechenland (EL)	0,7	0,7
Spanien (ES)	-1,0	-1,4
Frankreich (FR)	-	-0,8
Italien (IT)	0,6	-0,1
Zypern (CY)	0,1	-0,8
Luxemburg (LU)	-1,0	-1,5
Malta (MT)	2,8	0,8
Niederlande (NL)	1,4p	-0,1p
Österreich (AT)	-0,3	-0,4p
Portugal (PT)	-1,6	-1,4
Slowenien (SI)	0,2	-0,6
Slowakei (SK)	0,7	0,6
Finnland (FI)	1,6	1,2
Eurozone (VPI-EWU)	-0,1	-0,7p
Bulgarien (BG)	2,6	1,0
Tschech. Republik (CZ)	0,8	-0,1
Dänemark (DK)	0,9	0,7
Estland (EE)	-0,5	-0,4
Lettland (LV)	3,1	2,1
Litauen (LT)	3,9	2,6
Ungarn (HU)	3,7	4,9
Polen (PL)	4,2	4,5
Rumänien (RO)	5,9	5,0
Schweden (SE)	1,6	1,8
Vereinigtes Königreich (UK)	1,8	-
EU (EVPI)	0,6	0,2p
Island (IS)	16,7	16,5
Norwegen (NO)	3,5	2,2
EWU (VPI-EWR)	0,7	0,2p
Schweiz (CH)	-1,2	-1,4

Der Arbeitsmarkt im Juli 2009

	Stand Juli 09	Veränderung zum Vormonat	Vorjahresmonat
Unselbst. Beschäftigung ohne KUG/Präsenzdiener	3.450.830	56.751	-66.279
ArbeiterInnen	1.348.580	37.880	-62.952
Angestellte u. Beamte	2.102.250	18.871	-3.327
Männer	1.833.866	29.960	-56.274
Frauen	1.616.964	26.791	-10.005
AusländerInnen	450.635	8.232	1.322
InländerInnen	3.000.195	48.519	-67.601
Vorgemerkte Arbeitslose	232.387	2.784	53.723
Männer	128.607	-1.246	37.499
Frauen	103.780	4.030	16.224
AusländerInnen	38.115	-3.406	9.907
InländerInnen	194.272	6.190	43.816
Jugendliche (bis unter 19)	9.391	1.105	1.441
Jugendliche (19 bis unter 25)	29.578	940	7.990
Ältere (50 bis unter 55)	24.040	-62	5.872
Ältere (55 bis unter 60)	17.213	-370	2.848
Ältere (über 60)	4753	-76	441
Arbeitslosenquote	6,3	0,0	1,5
Offene Stellen	27.013	73	-12.508
Lehrstellensuchende	10.336	6.067	1.253
Offene Lehrstellen	3.431	648	-563
Geringfügige Beschäftigung*	292.658	-32	22.845
Männer	100.077	30	12.460
Frauen	192.581	-62	10.385
ArbeiterInnen	170.608	4.504	13.877
Angestellte	122.050	-4.536	8.968

* nicht in der unselbstständigen Beschäftigung enthalten

Die monatlichen Übersichten über die Beschäftigungslage und die Kaufkraft sollen die Orientierung erleichtern. Die Tabellen sind wichtige Informationen für InteressenvertreterInnen und jede/n politisch Interessierte/n.

Datenquellen: EUROSTAT, Ird, Monat.
Anm.: Der Harmonisierte VPI ist der zentrale Indikator für die Währungs- politik der EZB. Er stellt auch die beste statistische Basis für internationale Vergleiche unter europäischem Gesichtspunkt dar.
 EWU = Europäische Währungsunion; EWR = Europäischer Wirtschaftsraum.
 Die Schweiz berechnet seit Jänner 2008 einen HVPI.
r = revidiert; p = vorläufig; - = Daten nicht verfügbar

Vor dem Anpfiff

Südafrika bereitet sich auf die Fußball-WM 2010 vor. Und kämpft mit Arbeitslosigkeit, Kriminalität und einer Verschärfung der Verteilungskonflikte.

Autor: Dr. Walter Sauer

Sekretär im Internationalen Referat des ÖGB

Die im Juni 2010 stattfindende Fußball-Weltmeisterschaft – an der Österreich ja voraussichtlich nicht teilnehmen wird – wirft immer stärker ihre Schatten voraus. In der globalen Fußball-Welt geht es hektisch um Qualifizierung von Mannschaften, um Spielertransfers, Schiedsrichternominierungen etc. In Südafrika selber laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren. Für den bis zu den ersten freien Wahlen 1994 politisch und sportlich isolierten Staat am Kap bedeutet die WM den Schlusspunkt seiner schrittweisen Wiedereingliederung in das internationale Sportgeschehen. Gleichzeitig geht es auch um eine Leistungsschau nach eineinhalb Jahrzehnten Demokratie. Und für den ganzen afrikanischen Kontinent, auf dem eine Fußball-WM zum ersten Mal stattfinden wird, fungiert der gigantische Event auch als ein Zeichen der Hoffnung auf wirtschaftlichen und politischen Aufschwung.

Modernisierungsimpuls

Auch wenn die anfangs überzogenen südafrikanischen Erwartungen wohl nicht zur Gänze in Erfüllung gehen werden, zumindest für die Infrastruktur des Landes hat die Weltmeisterschaft einen wichtigen Modernisierungsimpuls gebracht. Zehn große Stadien wurden entweder neu errichtet oder ausgebaut (fünf davon sind bereits fertig), der neue Flug-

hafen in Durban sowie die Anlagen für den Hochgeschwindigkeitszug zwischen Johannesburg und Pretoria sind in Bau, massive Investitionen in Telekommunikations- und Transporteinrichtungen wurden getätigt. All das soll hunderttausend neue Arbeitsplätze bringen, und zusätzliche Jobs entstehen im Tourismussektor und bei der Polizei: Allein zehntausend neue PolizistInnen sollen dafür sorgen, dass die immer noch hohe Kriminalitätsrate bis zur WM deutlich sinkt. Als ein lange geforderter Beitrag zur Verkehrssicherheit ging vor wenigen Wochen ein neues Autobusnetz in Johannesburg in Betrieb, und zwar – eine gesellschaftspolitisch umstrittene Entscheidung – in kommunaler, nicht privater Trägerschaft!

Streik im Stadion

Auch die Gewerkschaften machten sich die politische Euphorie und den wirtschaftlichen Boom vor allem in der Baubranche zunutze – wengleich auf ihre eigene Art. Schon 2007 war es beim Bau des Moses-Mabhida-Stadions in Durban zu einem Ausstand gekommen, in dem es im Konflikt mit dem Bauunternehmen vor allem um Sicherheitsfragen ging. Kleinere Streiks folgten. Im heurigen Juli kam es dann zu einem klassischen, landesweiten Lohnkampf, wobei den Arbeitern der Termindruck zugute kam, unter dem die Baufirmen stehen. Mit Ende des Jahres 2009 müssen nämlich sämtliche Stadien fertiggestellt und der FIFA übergeben worden sein.

Rund 70.000 vorwiegend von der südafrikanischen Bergarbeitergewerkschaft vertretene BauarbeiterInnen bestreikten

nicht nur die Stadion-Baustellen, sondern auch die großen Bauprojekte im Verkehrsbereich. Nach einer Woche endete der Streik mit einem durchschlagenden Erfolg der Gewerkschaften – in diesem Ausmaß dem ersten in einer Branche, die traditionell durch prekäre Arbeitsverhältnisse, niedrige Löhne und einen hohen Anteil an ausländischen Arbeitsmigranten geprägt ist. Neben einer verbesserten sozialen Absicherung (allerdings nur für längerfristig Beschäftigte) stimmte die Arbeitgeberseite letztlich einer Lohnerhöhung um zwölf Prozent zu, was um etwa fünf Prozentpunkte über der Verbraucherpreis-inflation liegt. Ein bemerkenswerter Erfolg, allerdings ausgehend von einem durchschnittlichen Monatslohn, der bei ungelerten ArbeiterInnen ca. 2.500 Rand (umgerechnet etwa 230 Euro) nicht übersteigt. Das ist zwar deutlich höher als in anderen Sektoren (beispielsweise in der Landwirtschaft), dafür werden aber in der Regel die zu leistenden Überstunden nicht bezahlt.

Ein »Bildungserlebnis«

Über die Streiks bei den Stadionbauten wurde auch in den österreichischen Medien berichtet – ein »Bildungserlebnis«, wie es der Wiener Sporthistoriker Gerald Hödl bezeichnet: »Die Information über Arbeitskämpfe in Südafrika hätte – wie in den Jahren zuvor – nie den Weg in unsere Zeitungen gefunden, hätten die Streiks nicht die zukünftigen Schauplätze des WM-Turniers betroffen.« Tatsächlich ist das Interesse der Medien an Südafrika seit der Beendigung des sog. Rassenkonflikts stark gesunken – was auch mit der



Für den bis zu den ersten freien Wahlen 1994 politisch und sportlich isolierten Staat am Kap bedeutet die WM den Schlusspunkt seiner schrittweisen Wiedereingliederung in das internationale Sportgeschehen.

Tatsache zusammenhängt, dass aus Afrika generell hauptsächlich Negativmeldungen berichtet (und erwartet) werden, positive Entwicklungen aber selten Eingang in die Schlagzeilen finden. Auch die Bedeutung des friedlichen Machtwechsels am Kap der guten Hoffnung im Jahr 1994 und des seit damals geleisteten gesellschaftspolitischen Aufbaus wird deshalb in der Regel unterschätzt.

Erste demokratische Wahl 1994

Nicht nur ist in Südafrika der von vielen prophezeite Bürgerkrieg nach Jahrzehnten der Diskriminierung der schwarzen Mehrheitsbevölkerung (»Apartheid« als afrikanische Form des Nationalsozialismus) ausgeblieben. Mit den ersten demokratischen Wahlen in der Geschichte des Landes im April 1994 und der Bildung einer Koalitionsregierung unter dem langjährigen politischen Häftling Nelson Mandela wurde stattdessen ein Prozess zur Errichtung einer »nicht-rassistischen« und »nicht-sexistischen« Demokratie in Gang gesetzt, der weltweit seinesgleichen sucht. Ausdruck dessen war Mandelas historische Versöhnungspolitik zwischen Schwarz und Weiß ebenso wie die von Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu geleitete Versöhnungskommission zur Aufarbeitung der schweren Menschenrechtsverbrechen der Apartheidpoche oder das Bestreben der neuen Regierung, an die Stelle der früher politisch geschürten Konflikte zwischen Menschen unterschiedlicher Hautfarben, Sprachen und Kulturen, Weltanschauungen und Religionen das Bekenntnis zu einer einheitlichen »südafrikanischen Nation« auf Basis der

Menschlichkeit (»Ubuntu«) zu setzen. Ein politischer Prozess, der freilich nur gelingen kann, wenn er auch die Umwandlung der von der Rassendiskriminierung früherer Jahrzehnte geschaffenen ungleichen Besitz- und Vermögensverhältnisse einbezieht.

Die Rückgabe von seinerzeit beschlagnahmtem Grund und Boden an die ursprünglichen schwarzen BesitzerInnen (oder ihre Nachkommen) ist deshalb ebenso Verfassungsauftrag wie die bevorzugte Behandlung der früher aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen (»affirmative action«) oder die gesetzliche Umschichtung von privatem Aktienbesitz. Verbunden mit einer Bildungsreform hat all dies dazu geführt, dass die früher bestehende Gleichung von weiß = reich, und schwarz = arm im heutigen Südafrika nicht mehr gilt. Eine boomende, leider nicht immer auch sozial eingestellte schwarze Mittel- und Oberschicht hat sich ebenso herausgebildet wie sich die Gruppe der »armen Weißen« vergrößert hat.

Globalisierungsfalle

Der Verlust ihrer früheren, an die »richtige« Hautfarbe gekoppelten Privilegien wird von so manchen weißen SüdafrikanerInnen – nicht zuletzt auch von jenen europäischen bzw. österreichischen Einwanderern, die in den 1960er- und 1970er-Jahren genau wegen dieser Privilegien nach Südafrika ausgewandert sind – beklagt. Die wirklichen Probleme Südafrikas und seiner fast 45 Mio. EinwohnerInnen liegen allerdings woanders. Durch die rasche Öffnung der jahrzehntelang relativ abgeschotteten Volkswirt-

WEBLINKS

Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika:
www.sadocc.at

schaft ab Mitte der 1990er-Jahre hat das Land vermutlich eher die Nachteile als die Vorteile der ökonomischen Globalisierung zu spüren bekommen. Auch die wenig entwicklungsfreundlichen Bedingungen der EU im Bereich des Außenhandels haben das stark exportorientierte Südafrika nachhaltig enttäuscht.

Folgen der Finanzkrise

Steigende Arbeitslosigkeit, das Anhalten der Kriminalität und eine Verschärfung von Verteilungskonflikten sind die Folgen, derzeit noch verstärkt durch die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, die das Land mit Verzögerung treffen. Kein Wunder, daß Südafrika deshalb im Rahmen der G-20, der es als eines der wirtschaftlich leistungsfähigsten Länder Afrikas angehört, für eine stärkere Kontrolle globaler wirtschaftlicher Institutionen und für mehr Schutz für schwächere Volkswirtschaften eintritt.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
walter.sauer@oegb.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Das Internet der Dinge

Das Bürgerservice entwickelt sich mehr und mehr zum Selbstbedienungsladen, wir bezahlen mit unseren Daten. Die EU arbeitet an einem entsprechenden Aktionsplan.

Autor:

Univ.-Prof. Ing. Dr. Karl Kollmann

Stv. Leiter der Abteilung Konsumentenpolitik
der AK Wien

Verfolgt man die Entwicklung der staatlichen Einrichtungen in Österreich zeigt sich, dass das Bürgerservice zurückgenommen wird. Der Zugang zu diesen Einrichtungen wird immer bürgerfremder, entweder kommerziell oder im Selbstbedienungsverfahren geregelt. Auf der anderen Seite gibt die EU eine Entwicklung vor, die technikbegeistert ganz massiv in das Grundrecht der Unverletzbarkeit der Wohnungen und der Privatsphäre der Menschen eindringt. Beides sind gefährliche Entwicklungen.

Der Do-it-yourself-Staat

»Österreich liegt im Bereich E-Government in der öffentlichen Verwaltung europaweit an der Spitze«, aber: »Zufrieden geben werde man sich damit nicht«, bejubelte der damalige Vizekanzler Wilhelm Molterer (ÖVP) im Juni 2008 die Erfolge bei der Einführung der Selbstbedienung. In Bereichen wie Gesundheit (E-Help), Klimaschutz (Kampf gegen CO₂) und Bildung »werden wir in Zukunft noch Gas geben müssen«. Hier sei noch finanzielles Einsparungspotenzial möglich, meinte er.

Das Wort »Einsparungspotenzial« zeigt recht gut, worum es geht. Nämlich, Sparen an den Serviceleistungen gegen-

über den BürgerInnen. E-Government ist Selbstbedienung – d. h. der/die Einzelne soll keine Beamten belästigen, sondern wenn er/sie schon was benötigt, das automatisiert selbst tun. Wie schon beim Lebensmitteleinzelhandel, den Tankstellen oder bei den Banken vorexerziert: sich selbst bedienen, Arbeit selbst verrichten, um diesen Unternehmen Personalkosten (= Arbeitsplätze) zu ersparen.

Weitere Selbstbedienungsformen

Und nach diesem betriebswirtschaftlichen Modell wird nun auch in der öffentlichen Verwaltung gearbeitet. Da gibt es die Bürgerkarte, mit der Menschen ihre Amtsgeschäfte teuer und kompliziert von zu Hause aus in Selbstbedienung durchführen sollen, etwa den Lohnsteuerausgleich automatisiert einbringen, oder Anfragen elektronisch durchführen.

Aber das ist erst der Anfang: Die Wiener Polizei hat bei Diebstahlmeldungen das Selbstausfüll-Formular eingeführt, beim Grundbuch wurde – geschickt vom Justizministerium versteckt im Budgetbegleitgesetz 2009 – die Möglichkeit, mündlich sein Gesuch vorzubringen abgeschafft. Ein jahrhundertaltes Recht übrigens. Wenn man als WohnungseigentümerInnen oder HäuslbauerInnen seine Hypothek abgezahlt hatte, konnte man mit der Löschungserklärung von der Bank zum Grundbuchgericht gehen und dort mündlich die Löschung eintragen lassen. Jetzt geht es nur noch schriftlich. Wegen der strengen Schriftform braucht man einen Notar und das kostet ein paar Hundert Euro. So ver-

schiebt man das Geld der BürgerInnen zu den Rechtsberufen. Ähnliches passierte ja auch mit der Geschworenengerichtsbarkeit. Dieses republikanische Recht der Mitwirkung der BürgerInnen an der Rechtsprechung wurde auf Schwerstdelikte reduziert, weil das der Verwaltung Zeit und Personal sparen hilft.

Das arrogante Selbstverständnis des Staates, welches hier hervorkommt, hat mit der »Res publica« und ihrem Prinzip, dass der Staat den BürgerInnen zu dienen hat, nichts mehr zu tun. BürgerInnen werden zu Selbstbedienungskunden/-innen reduziert. Die Ämter und Behörden erscheinen wie Kafkas Schloss und der Ratsuchende wird zum lästigen Subjekt, mit dem man nicht mehr auf Augenhöhe verkehrt, und der anonym verwaltet wird.

Der EU-Plan des »Internet der Dinge«

Und es kommt noch weit mehr auf uns zu. Im heurigen Juni hat die EU-Kommission einen Aktionsplan veröffentlicht, das »Internet der Dinge«. Das Internet spielt in diesem visionären Rahmenplan die zentrale Rolle – es soll »von einem Computernetz zu einem Netz untereinander verbundener Gegenstände, von Büchern und Autos über Elektrogeräte bis hin zu Lebensmitteln« werden.

Ein solches Internet der Dinge soll angeblich die Lebensqualität verbessern. Etwa mit Gesundheitsüberwachungssystemen den Alten helfen, »dem Stromversorger die Fernüberwachung elektrischer Geräte zu ermöglichen«, VerbraucherInnen informieren, wenn bei einem Tiefkühlprodukt die Kühlkette unterbro-



Heute leben wir schon mit der Rufdatenerfassung, der Vorratsdatenspeicherung bei der Internetnutzung, der Auslieferung unserer Bankdaten an die USA, also mit einer kommerziellen und staatlichen Datensammelwut in nie gesehenem Ausmaß.

chen wurde, das Auto sicherer zu machen und sogar der Natur helfen, indem Bäume vernetzt werden, um etwa ihre Abholzung zu vermeiden.

Ein Märchen

Wie hübsch diese schöne neue Welt werden soll, zeigt ein konkretes Beispiel in einer vier Jahre alten Studie der ITU (International Telecommunication Union, eine Teilorganisation der UNO) kurz nacherzählt: Die spanische Studentin Rosa streitet sich im Jahr 2020 mit ihrem Freund. Im Zorn beschließt sie übers Wochenende in die französischen Alpen zum Schifahren zu brausen. Ihr Auto sagt ihr auf dem Weg dahin, dass sie die Reifen tauschen muss, einer droht schadhafte zu werden. Sie fährt also in ihre Lieblingswerkstätte und sogleich wissen die dortigen Roboter, was mit dem Auto zu tun ist. Währenddessen hat die Getränkemaschine schon Eiskaffee – Rosas Lieblingsgetränk – vorbereitet und von ihrem Konto abgebucht. An der Grenze werden Führerschein- und Reisepassdaten automatisch an die Grenzkontrollen übertragen.

Um allein zu sein, hat Rosa vorher alle Verbindungen auf »privat« gestellt, ihr Freund kann so keine Geoinformationen über sie abfragen. Auf einmal erhält sie einen Videoanruf von ihrem Freund. Da er sich bei ihr entschuldigt, hebt Rosa die Geoinformationssperre auf. So kann sie ihr Freund, der mit seinem Auto nachkommen will, automatisiert geführt finden, und beide können ein schönes Wochenende genießen. Die UNO und all die Regierungen stellen sich un-

ser Leben in zehn Jahren als eine wunderschöne Konsumgüterwelt vor. Die Technik dahinter ist nicht neu, wir kennen sie von Zutrittskarten, Diebstahlsicherungen und den fälschungssicheren biometrischen Reisepässen: Sensorbestückte **RFID-Chips** in mikroskopischer Form, die mit passenden Lese- und Schreibgeräten (Tag Reader) auch aus einer Distanz von 100 Metern noch maschinengerecht »kommunizieren« können.

Die Reisepässe waren ein erster Türöffner, ein zweiter Türöffner in die Haushalte hinein wird bald kommen: das »Smart Metering«, also der fernauslesbare, fernsteuerbare Elektrozähler, mit dem alle Haushalte in der EU zwangsbeglückt werden.

Privatsphäre wird sich ändern ...

Natürlich sieht die EU-Kommission auch gewisse Gefahren im Internet der Dinge, das massiv in die Privatsphäre der Menschen eindringt. Welcher ethische und rechtliche Rahmen gilt? So ein Vorgehen ist nämlich an sich verfassungswidrig, das Recht auf die eigene Wohnung wird damit ausgehebelt. Artikel 9 StGG (Staats-Grundgesetz) sagt: »Das Hausrecht ist unverletzlich« und Artikel 8 der Menschenrechtskonvention ebenso: »Jedermann hat Anspruch auf Achtung seines Privat- und Familienlebens, seiner Wohnung und seines Briefverkehrs.«

Aber: »Andererseits wird sich mit dem Aufkommen des Internet der Dinge sicherlich auch unsere Vorstellung von der Privatsphäre ändern«, heißt es aus der EU-Kommission. Als Beleg dient hier die

WEBLINKS

EU Aktionsplan Internet der Dinge:
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0278:FIN:DE:DOC>

Nutzung der Mobiltelefone und sozialer Internet-Netzwerke durch die jüngeren Generationen.

Die Auswirkungen

Tatsächlich könnte das alles sehr problematisch werden. Heute leben wir schon mit der Rufdatenerfassung, der Vorratsdatenspeicherung bei der Internetnutzung, der Auslieferung unserer Bankdaten an die USA, also mit einer kommerziellen und staatlichen Datensammelwut in nie gesehenem Ausmaß. Bei einer Maschine-zu-Maschine-Fernüberwachung im eigenen trauten Heim wird das alles noch weitaus problematischer. Wenn Dritte in den Wohnungen der BürgerInnen sammeln und herumschalten können, vielleicht durchaus in vorgeschobener wohlgemeinter Absicht, läuft das auf eine kollektive Zwangsentmündigung hinaus. Gute Nacht republikanische Demokratie!

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
karl.kollmann@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

»Raus aus der Krise«

Rückblick auf die Podiumsdiskussion am 17. ÖGB-Bundeskongress mit Erich Foglar, Franz Küberl, Karin Küblböck und Michael Hüther.

Autorin: Mag. Karin Zimmermann

ÖGB-Präsidentenbüro

Rezepte gegen die steigende Arbeitslosigkeit, gleiche Chancen auf Bildung sowie Steuerpolitik und Einkommensgerechtigkeit und vor allem die Frage »Wo soll es hingehen nach der Krise?« standen im Mittelpunkt einer Podiumsdiskussion beim 17. Bundeskongress des ÖGB. Unter dem Motto »Raus aus der Krise – Mit uns, nicht gegen uns«, diskutierte ÖGB-Präsident Erich Foglar mit Caritas-Präsident Franz Küberl, Karin Küblböck, Ökonomin im Österreichischen Forschungsinstitut für Internationale Entwicklung und Gründungsmitglied von attac, und mit dem Direktor des Instituts für deutsche Wirtschaft, Michael Hüther.

»Ist Ungerechtigkeit nur gefühlt?«, lautet der provokante Titel von Michael Hüthers neuem Buch. Durch die nicht mehr vorhandene Trennlinie zwischen privatem und öffentlichem Raum hätten die Menschen verlernt, die Gesellschaft ohne emotionale Bewertung wahrzunehmen, erklärt er diesen Buchtitel. Denn nüchtern betrachtet hätte sich an der Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland in den Vorjahren wenig geändert. Der Sozialstaat erfülle nach wie vor seine Aufgabe, denn nach Sozialtransfer seien lediglich 13 Prozent der Deutschen armutsgefährdet.

»Das ist das Problem mit Leuten wie Ihnen: Sie geben sich mit dem größten Glück der größten Zahl zufrieden«, kontert Franz Küberl. Sein Ziel hingegen ist klar: null Prozent Armut. Karin Küblböck

ist froh, dass es wenigstens noch einen Sozialstaat gibt, der umverteilend wirkt: »Denn wir müssen zuschauen, wie die Löhne sinken, parallel dazu die Gewinnquote, prekäre Arbeitsverhältnisse und die Angst um den Arbeitsplatz steigen.«

Auch Erich Foglar entgegnet Hüther, dass Ungerechtigkeit weit über das Fühlen hinausgehe, da es immer noch viele Menschen gebe, die von weniger als einem Dollar pro Tag leben müssten, während andere im Reichtum schwelgten. »Die Verteilung hat eine Schiefelage und diese Ungerechtigkeit ist keine erfundene.« Beweis dafür sei, dass viele Menschen nicht von ihrem Arbeitseinkommen leben können, auf Sozialleistungen angewiesen sind und oft schon der Geburtsort über gute oder schlechtere Chancen entscheidet.

Arbeit statt Armut

Einigkeit herrscht am Podium, dass Armut bekämpft werden muss und die Chance, sich am Arbeitsmarkt zu beteiligen, dabei eine wichtige Rolle spielt. Für Küblböck und Foglar ist klar, dass das Arbeitsmarktpaket II noch nicht ausreicht. Für Banken sei mit einem Fingerschnippen genug Geld zur Verfügung gestanden, die Investitionen in Arbeitsplätze hingegen seien im Vergleich dazu viel zu gering.

»Ich habe keine Sorge, dass uns die Arbeit ausgeht«, meint Foglar. Dafür müsse man aber auch aus standortpolitischen Überlegungen massiv in Bildung, Forschung und Entwicklung investieren. Im Gesundheitsbereich, aber auch im Verkehrssektor und Umweltbereich gibt es ebenfalls viel Potenzial für neue Arbeits-

BUCHTIPP

Crash statt Cash?

Warum wir die globalen Finanzmärkte bändigen müssen

ÖGB-Verlag, ATTAC (Hg.),
2008, 196 Seiten, € 19,90,
ISBN 978-3-7035-1348-0



Vorbestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

plätze. »Wir haben uns verspekuliert. Wir haben nicht in die Realwirtschaft investiert, sondern in Zockerprodukte.« Raus aus der Krise gehe es daher nur mit sozialer Gerechtigkeit. Dafür müssen Vermögen besteuert und Arbeit entlastet werden.

»Jeder soll eine Arbeit haben, von der man auch leben kann«, ergänzt Küberl. Deshalb sei es an der Zeit, sich neben Maßnahmen wie der Kurzarbeit auch Modelle zum Ausbau des zweiten Arbeitsmarktes zu überlegen, um jene Menschen aufzufangen, die trotz aller Bemühungen nicht in Arbeit gehalten werden können. Wichtig wäre, dass Langzeitarbeitslosen die Chance gegeben wird, nach einem Jahr Arbeitslosigkeit für einige Monate wieder zu arbeiten, damit sie ihre Fähigkeiten nicht verlieren. »Denn Armut ist eine Wucht, die ungeheuer negative Konsequenzen hat.« Arme haben nicht nur weniger Chancen am Arbeitsmarkt, sie sind auch öfter krank und haben schlechtere Wohnungen.

Unumstritten ist die Wichtigkeit grundlegender Reformen im Bildungs-



Moderatorin Nina Weissensteiner, ÖGB-Präsident Erich Foglar mit Karin Küblböck, Ökonomin, Direktor des Instituts für deutsche Wirtschaft Michael Hüther und Caritas-Präsident Franz Küberl.

bereich, beginnend im Kindergarten. »Bildung und Qualifizierung sind die Schlüsselfaktoren für einen Arbeitsplatz« und dafür müsse man auch genügend Geld in die Hand nehmen, betont Foglar. Es sei wichtig, gerade jetzt gering qualifizierte Menschen in Ausbildung zu bekommen. Denn wenn sie nicht schon arbeitslos sind, so sind sie die potenziellen Arbeitslosen der Zukunft. Beginnen solle Bildung vermehrt bereits im Kindergarten, der mehr als nur Aufbewahrungsstätte für Kinder sein muss.

Bildung als Schlüssel

Für Hüther wiederum ist wichtig, dass das Bildungssystem die Integration fördert. Ein Bildungssystem brauche aber auch den Leistungsgedanken und die Individualisierung. Er sieht im demografischen Wandel die Chance, in Zukunft ein besseres LehrerInnen-SchülerInnen-Verhältnis herzustellen. Dies hätte bereits in Sachsen und Thüringen die Pisa-Testergebnisse erheblich verbessert.

Einig waren sich Foglar und Hüther, dass die Spaltung im Bildungssystem nach nur vier Schuljahren viel zu früh sei und sich negativ auf die Bildungschancen auswirke. Für Küberl ist der Gradmesser eines funktionierenden Bildungssystems, dass kein Euro mehr für Nachhilfe ausgegeben werden muss. Viel zu kurz komme das Erlernen von Fertigkeiten, um mit der Informationsflut produktiv umgehen zu können. Die Kinder sollten in Kindergarten und Schule auch lernen, kritikfähig zu werden und Kreativität zu leben.

Als einziger Diskussionsteilnehmer sieht Hüther keine Notwendigkeit für ei-

nen Systemwechsel. Für ihn ist die Marktwirtschaft Ausdruck einer Freiheitsgesellschaft und das Erbe der Aufklärung. Wichtig sei es aber, das Haftungsprinzip bei Regelverstößen klar einzufordern. Dann sei der Standortwettbewerb ein wichtiges Prinzip, das vor allem schwächer entwickelte Volkswirtschaften unterstütze und keineswegs zur Absenkung sozialer Standards führe.

»Natürlich braucht die Marktwirtschaft eine Reform damit sie sozialer und nachhaltiger wird«, widerspricht Küberl. »Soziale Verantwortung darf nicht nur ethischer Anspruch sein, sondern sie braucht Regeln.«

Karin Küblböck möchte weg vom jetzigen Wirtschaftsmodell, weg vom Druck des Standortwettbewerbs, hin zu mehr Verteilungsgerechtigkeit. »Vor allem sollte darüber nachgedacht werden, welche Bereiche nicht dem freien Markt überlassen werden sollen: Für mich gehören die Bereiche Verkehr, Energie sowie auch die Banken zu den öffentlichen Gütern, die wir aus dem Markt rausnehmen müssen.«

Wege aus der Krise

Auch für Foglar führt kein Weg an einem Systemwechsel vorbei. Er fordert faire und gleiche Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EU, aber auch weltweit. Dazu gehören verbindliche Standards bei Steuern, das Austrocknen sämtlicher Steueroasen, aber auch die Verbindlichkeit der ILO-Kernarbeitsnormen und harmonisierte Umweltstandards. Kurz: »Kein Steuerdumping, kein Lohndumping, kein Umweltdumping mehr.« Bis-

WEBLINKS

Nachbericht Bundeskongress
www.bundeskongress.at

Caritas
www.caritas.at

Österreichisches Forschungsinstitut
 für Internationale Entwicklung
www.oefse.at

Institut der deutschen Wirtschaft Köln
www.iwkoeln.de

her vernachlässigt worden sei der europäische Binnenmarkt mit immerhin 490 Millionen Menschen; darin stecke viel Entwicklungspotenzial für die Zukunft, sind sich Foglar und Küblböck einig. Das Rezept dafür: Durch höhere Löhne die Kaufkraft stärken.

Die Chance zur Veränderung ist für Küblböck durchaus spürbar, noch nie habe sie so viel Aufbruchstimmung erlebt. Allerdings brauche es viel politischen Druck. Denn sonst, ergänzt Foglar, bestehe die große Gefahr, »dass wir durch die Krise durchtauchen und danach geht es weiter wie bisher. Das darf auf keinen Fall passieren.«

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an die Autorin
karin.zimmermann@oegb.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Betriebsratsrealitäten

Die Auftragsstudie der GPA-djp-Bildungsabteilung zur Arbeit von BelegschaftsvertreterInnen steht kurz vor ihrem Abschluss.

AutorInnen:

*Mag. Elisabeth Steinklhammer,
Mag. Mario Becksteiner*

*Mitglieder des Forschungsteams
»Betriebsratsrealitäten«*

Unsere Gesellschaft ist in ständiger Veränderung begriffen. Manchmal merken wir nur wenig davon, zu anderen Zeiten wieder kommt es uns vor, als würde kein Stein auf dem anderen bleiben und die Veränderungen sind für alle sichtbar. Wer heute Zeitung liest erkennt schon, dass es in den Vorjahren gewaltige gesellschaftliche Veränderungen gegeben hat. Diese werden zumeist mit dem Schlagwort »Neoliberalismus« umschrieben und führten auch zu einer massiven Veränderung in den Arbeitsbedingungen der Menschen. Die Folgen dieser Entwicklungen erleben wir heute angesichts der Weltwirtschaftskrise besonders deutlich.

Im Zuge der Neoliberalisierung unserer Gesellschaft geraten ArbeitnehmerInnen, BetriebsrätInnen und Gewerkschaften immer stärker unter Druck.¹ Wo es bisher kein Problem war, die Interessen der ArbeitnehmerInnen sowohl im Betrieb als auch auf makropolitischen wie Branchenebene durchzusetzen, funktioniert es einfach nicht mehr so wie früher.

In solchen Momenten ist es an der Zeit innezuhalten, und sich selbstkritisch mit der eigenen Praxis auseinanderzusetzen.

Die GPA-djp als Gewerkschaft der Privatangestellten bewegt sich als lebendige Organisation ständig weiter, muss diesen gesellschaftlichen Veränderungen begegnen und neue Strategien für eine neue Arbeitswelt entwickeln. Denn die ArbeitnehmerInnen brauchen gerade heute eine starke Gewerkschaft, die sich durchsetzen kann, und die die BetriebsrätInnen in ihrer Handlungsfähigkeit unterstützt.

Ein zentraler Schritt dafür ist es, die herrschenden Verhältnisse in ihren Zusammenhängen zu verstehen und gemeinsam nach Hebeln zu suchen, diese zu verändern. In diesem Sinne ermöglicht die Bildungsabteilung der GPA-djp seit 2008 in Kooperation mit drei unabhängigen GewerkschaftsforscherInnen eine wissenschaftliche Studie zu den Arbeitsrealitäten von BetriebsrätInnen.

Selbst- und Fremdansprüche

Als Grundlagenforschung stellt die Studie »Betriebsratsrealitäten – BetriebsrätInnen und ihre Praxis zwischen Selbstansprüchen und Fremdansprüchen« die

BetriebsrätInnen als ExpertInnen ihrer Praxis in das Zentrum der Untersuchung. Ziel ist es, ein schärferes Bild von der Situation der BetriebsrätInnen und den Herausforderungen vor denen sie stehen zu bekommen. Diese sind gewaltig, denn BetriebsrätInnen sind wichtige AkteurInnen der betrieblichen Interessenvertretung und müssen als solche den Veränderungen in der Arbeitswelt begegnen. Sie sind konfrontiert mit unterschiedlichsten und sich wandelnden Erwartungen und Ansprüchen: KollegInnen, die Chefin/ der Chef, GewerkschaftsfunktionärInnen – sie alle haben Erwartungen an die BetriebsrätInnen. Und dann sind da auch noch die eigenen Ansprüche die jede/r an sich selbst und das eigene Handeln hat. Dieses Spannungsverhältnis zwischen Selbstansprüchen, Fremdansprüchen und tatsächlichen Handlungen wird somit erstmals in einer qualitativen Studie gemeinsam mit den Betroffenen erforscht. Im Zeitraum Dezember 2008 bis Juni 2009 wurden qualitative Interviews mit BetriebsrätInnen im Einzel-

GPA-djp-Workshop: Betriebsratsrealitäten

BetriebsrätInnen und ihre Praxis zwischen Selbst- und Fremdansprüchen

Termin: 13. Oktober von 9 bis 16 Uhr

Ort: Seminarzentrum Strudlhof, Strudlhofgasse 10, 1090 Wien

Anmeldung: Per E-Mail an karin.oelzant@gpa-djp.at

Zielgruppe: GewerkschaftssekretärInnen der GPA-djp und BR-Mitglieder, die Mitglied der GPA-djp sind. FunktionärInnen im Wirtschaftsbereich Handel sind besonders angesprochen, weil das Forschungsgebiet vor allem den Handel umfasste.

¹ Vgl. dazu exemplarisch: Brinkmann Ulrich et al. 2008: Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung? Umrisse eines Forschungsprogramms. Wiesbaden

Ziel ist es, ein schärferes Bild von der Situation der BetriebsrätInnen und den Herausforderungen vor denen sie stehen zu bekommen.

handel durchgeführt. Die Sicht der BetriebsrätInnen wurde dabei eingebunden in eine Analyse der herrschenden Machtverhältnisse und erweitert durch Interviews mit RegionalsekretärInnen der GPA-djp.

Ein Schwerpunkt der Studie liegt auf dem Verhältnis zwischen BetriebsrätInnen und Gewerkschaft, ihrer gemeinsamen Praxis und deren gesellschaftliche Einbettung.

Handelsbedingungen

Die Studie fokussiert sich auf die GPA-djp Schwerpunktbranche Handel. Der Handel erfuhr in den vergangenen Jahrzehnten unter dem Einfluss neoliberal gestalteter Globalisierung enorme Veränderungen. Auf der einen Seite gab es massive Konzentrationsprozesse wie zum Beispiel im Lebensmitteleinzelhandel, auf der anderen Seite auch eine starke Internationalisierung der Branche. Einhergehend damit lassen sich veränderte Organisationsstrukturen, z. B. starke Zentralisierung und Professionalisierung des Personalwesens in großen Ketten, aber auch der Einzug neuer Managementstile beobachten. Auf Betriebsebene kommen diese Veränderungstendenzen zumeist als flexiblere Arbeitszeiten und in Form ausgedünnter Personaldecken an. Der Druck auf die ArbeitnehmerInnen stieg in den vergangenen Jahren enorm an, und die Veränderungen fordern die bisherigen Praxen der BetriebsrätInnen und der Gewerkschaft heraus. So berichteten viele InterviewpartnerInnen, dass es schwieriger würde, angesichts veränderter Arbeitszeitregelungen, geltende rechtliche Bestimmungen zur Arbeitszeit

durchzusetzen. Die starke Filialisierung des Einzelhandels macht es für die Gewerkschaft und BetriebsrätInnen auch schwieriger, flächendeckend funktionierende Vertretungsstrukturen aufzubauen. Ausgehend von diesen wahrgenommenen Problemlagen erforscht die Studie, welche Praxen unter den veränderten Bedingungen in die Krise geraten, und wo Potenziale zur Verbesserung der Handlungsfähigkeit brachliegen.

Kern der Ergebnisse ist, dass manche aus der Vergangenheit übernommenen Momente einer gewerkschaftlichen Kultur mit den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen kollidieren. Dies betrifft sowohl die Arbeitsteilung zwischen betriebsbetreuenden RegionalsekretärInnen der GPA-djp und den BetriebsrätInnen als auch die Verbindung der drei wichtigen gewerkschaftlichen Handlungsfelder Betrieb, Branche und das Feld der politisch/rechtlichen Regulation sowie bisherige Problemlösestrategien wie etwa den starken Fokus auf den Rechtsweg.

Kontinuität und Veränderung

Ein erster Schritt zur Erweiterung der gemeinsamen Handlungsfähigkeit muss in der Schaffung von autonomen Denk- und Reflexionsräumen bestehen, in denen abseits des Drucks der alltäglichen Arbeit die eigene Praxis reflektiert, strategische Fragen gemeinsam diskutiert und neue Wege der Zusammenarbeit erprobt werden können.

Deshalb beschlossen Auftraggeber, WissenschaftlerInnen und Betroffene auch in der Präsentationsform der Studienergebnisse einen ungewöhnlichen Weg

WEBLINKS

Blog der GPA-djp-Bildungsabteilung:
bildungsabteilung.wordpress.com

zu gehen. Ab Herbst 2009 sollen die Ergebnisse gemeinsam mit allen Beteiligten in unterschiedlichen Workshops und Veranstaltungen diskutiert werden, um so den Austausch und einen gemeinsamen, expansiven Lernprozess zu fördern.

Damit kann ein Grundstein gelegt werden, verborgene Mechanismen der Macht und ungenützte Potenziale zur Steigerung der Durchsetzungsfähigkeit offenzulegen und die emotionale und organisatorische Bindungskraft zwischen BetriebsrätInnen und Gewerkschaft zu stärken.

Diese Zusammenarbeit von Gewerkschaft und Wissenschaft kann auch aufzeigen, inwiefern betriebsnahe Gewerkschaftsforschung, die in Österreich eher selten betrieben wird, dazu beitragen kann, in einer Verbindung von Theorie und Praxis die österreichische Gewerkschaftsbewegung bei den Herausforderungen in Zeiten, die von Umbrüchen geprägt sind, zu unterstützen.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die AutorInnen
mario.becksteiner@univie.ac.at,
elisabeth.steinklammer@gbw-wien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

96 Tage unbezahlt

Der Equal Pay Day, der Tag für gleiche Bezahlung, ist heuer am 27. September. Ab diesem Stichtag arbeiten Frauen bis zum Jahresende gratis.

Autorin: Katja Dämmrich

ÖGB-Pressereferat

Die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern endet heuer nach 269 Tagen. Darauf wollen wir Gewerkschafterinnen mit dem Equal Pay Day aufmerksam machen. In Österreich liegen die Einkommensunterschiede – je nach Berechnung – im EU-Vergleich durchschnittlich bei 25,5 Prozent, auf Basis der Lohnsteuerstatistik der Statistik Austria sogar bei 26,2 Prozent. Letztere ist auch die Grundlage für die Berechnung des Equal Pay Day. Dieser ist heuer am 27. September. An jenem Tag endet demnach die gleiche Bezahlung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Rechnet man die Einkommensdifferenz in Arbeitstage um, bleiben berufstätige Frauen heuer für 96 Tage quasi »unbezahlt«. Anders ausgedrückt: Das, was Frauen bis zum Jahresende noch verdienen werden, könnten sie theoretisch schon bis zum 27. September verdient haben. Vorausgesetzt sie wären Männer.

Vorarlberg »Spitzenreiter«

Vor allem Vorarlbergerinnen erhalten einen weitaus geringeren Verdienst als Männer und verschenken gleich einmal vier Monate. Mit einem Einkommensunterschied von 33,4 Prozent ist Vorarlberg im Bundesländervergleich negativer Spitzenreiter. Dicht gefolgt von Oberösterreich. Laut Lohnsteuerstatistik ist der durchschnittliche Bruttojahresbezug eines voll-

zeitbeschäftigten Arbeitnehmers hier um 30,4 Prozent höher als der einer erwerbstätigen Frau. In Tirol und Salzburg beträgt die Einkommensschere 28,5 bzw. 28,4 Prozent. In Niederösterreich verdienen Arbeitnehmerinnen 26,9 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen, in der Steiermark 26,4 Prozent. Die Einkommensdifferenzen in den Bundesländern Burgenland (25,5 Prozent), Kärnten (25,1 Prozent) und Wien (23,9 Prozent) liegen unter dem Durchschnitt Österreichs. Der Rechnungshof begründet in seinem Einkommensbericht 2008 die hohen Einkommensunterschiede zwischen dem »Spitzenreiter« und Wien mit einer höheren Teilzeitarbeit, stärkeren saisonalen Beschäftigung sowie einer geringen Anzahl an Beamtinnen und Vertragsbediensteten in Vorarlberg. Unterschiedliche Wirtschaftszweige, Qualifikationsmöglichkeiten und Rahmenbedingungen, wie Kinderbetreuungsmöglichkeiten, sind ebenfalls von Bedeutung.

Forderungen

Um die Einkommensschere zu schließen, fordern die Gewerkschafterinnen:

■ equal pay = 26, 2 Prozent mehr Einkommen für Frauen.

■ Die Einführung eines Mindestlohnes/-gehaltes von € 1.300 brutto monatlich, um der hohen Armutsgefährdung von Frauen entgegenzuwirken.

■ Neue Formen der Arbeitsbewertung: In der Kollektivvertragspolitik muss ein Schwerpunkt auf diskriminierungsfreie

Arbeitsbewertung gelegt werden. Tätigkeiten, die als typisch weiblich angesehen werden, wie z. B. Pflegeberufe oder Kinderbetreuung, müssen, gemäß ihrer außerordentlich wichtigen gesellschaftspolitischen Stellung, besser bewertet und besser bezahlt werden.

■ Einen Lohn- und Gehaltsrechner, der Auskunft über die branchenübliche Entlohnung der verschiedenen Berufe und Tätigkeiten gibt. Dies wäre eine wichtige Orientierungshilfe für Frauen bei Lohn-/ Gehaltsverhandlungen.

■ Einkommenstransparenz im Betrieb: Alle Unternehmen müssen in regelmäßigen Abständen eine Erhebung über die Verteilung der Einkommen und Arbeitszeit zwischen Frauen und Männern in ihrem Betrieb erstellen. Die Forderungen dazu:

- Detaillierte Einkommensberichte für größere Betriebe.
- Veröffentlichung der Einkommensdaten der Betriebe.
- Jobausschreibungen mit Angabe der betriebsüblichen Entlohnung.
- Einen Leitfaden für BetriebsrätInnen und PersonalistInnen – als Diagnoseinstrument zur Gleichstellung im Betrieb.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
katja.daemmrich@oegb.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

KonsumentInnenrecht

Vor rund 30 Jahren trat das Konsumentenschutzgesetz in Kraft – als Antwort auf gesellschaftspolitische Veränderungen.

Autor: Dr. Harald Glatz

*Leiter der Abteilung Konsumentenschutz,
AK Wien*

Die Welt der KonsumentInnen hat sich in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg radikal geändert. Wachstum und Konzentration der Unternehmen (»Multinationale Konzerne«), Professionalisierung des Vertriebes von Waren (mit teilweise aggressiven Methoden), die zunehmende Bedeutung von Werbung, die Zunahme von Vertragsschablonen (das »Kleingedruckte«) zählen dazu. Ziel des Gesetzes war es, das so entstandene Ungleichgewicht zwischen KonsumentInnen und AnbieterInnen auszugleichen.

Wichtige Impulse der EU

Neu geregelt wurde, dass Unternehmen in die Allgemeinen Geschäftsbedingungen nicht mehr reinschreiben dürfen, was sie wollen. Nicht vorher vereinbarte nachträgliche Preiserhöhungen, hinausgeschobene Liefertermine, Ausschluss von Gewährleistung waren ab sofort nicht mehr zulässig. Dazu kam noch die Einführung einer Verbandsklage, die es klagsberechtigten Verbänden wie der Arbeiterkammer ermöglicht, gegen widerrechtliche Vertragsbestimmungen vorzugehen. Ein weiteres Ziel des Gesetzes war es, KonsumentInnen vor Überrumpelungen und Überraschungen zu schützen. So wurde ein Rücktrittsrecht bei Haustürgeschäften ermöglicht und bei Kostenvoranschlägen die grundsätzliche

Verbindlichkeit und Unentgeltlichkeit festgelegt. Mit dem Beitritt Österreichs zur EU haben sich diese Rahmenbedingungen für die österreichische Konsumentenpolitik sehr stark geändert. Auch wenn Österreich bereits ein durchaus respektables Konsumentenschutzniveau hatte, sind trotzdem von EU-Richtlinien eine Reihe wichtiger und positiver rechtspolitischer Impulse ausgegangen.

Viele bleiben auf der Strecke

Nach und nach gewannen allerdings neo-liberale Vorstellungen Oberhand. Der Staat sollte weniger regeln und die KonsumentInnen lediglich in die Lage versetzen, sich vernünftig zu verhalten, vor allem auf Basis von mehr und besserer Information – ein Leitbild der mündigen KonsumentInnen entstand. Die EU-Politik wollte einen Binnenmarkt, eine forcierte Liberalisierung und Privatisierung bisher öffentlicher Dienstleistungen wie Telekom, Post, Eisenbahnwesen etc.

Die Situation der KonsumentInnen hat sich auch dadurch seit 1979 dramatisch verändert. Ihre wirtschaftliche und rechtliche Position wurde geschwächt. Aus BürgerInnen wurden KonsumentInnen. Aufgaben, die früher der Staat übernommen hat (z. B. Altersvorsorge, Infrastruktur) werden auf die Menschen abgewälzt. Sie müssen selber schauen, wie sie klar kommen, wie sie ihr Altersrisiko selber versichern, wie sie sich selber gegen Ungerechtigkeiten wehren, wie sie in einer immer komplexer werdenden Welt den Überblick wahren können. Viele sind überfordert, müssen Lehrgeld bezahlen, bleiben auf der Strecke.

WEBLINKS

Mehr Infos zum Konsumentenschutz:
www.haraldglatz.at

Ein negativer Nebeneffekt dieser Liberalisierung war eine völlige Intransparenz des Angebots. Angebote und Preise sind kaum zu durchschauen. Bei den Tarifmodellen immer unübersichtlicher. Es gibt mehrmals jährlich ausgerufene Aktionen. Häufig werden die wahren Kosten durch versteckte Nebenkosten verschleiert. So kosten im Bereich der Telefonie Umstieg, Ausstieg, SMS, Mailbox etc. extra. Bei Flugreisen kommen neben dem Flug Flugservicepauschale, Sicherheitsgebühren, Kerosinzuschläge, Ticketbearbeitungsgebühren, Abflugsteuer, Flughafenengebühren etc. dazu. Banken verlangen Schließungsgebühren bei Sparbüchern, Gebühren bei vorzeitiger Tilgung eines Kredites, für Zinsanpassungen, für die Verwendung von Zahlscheinen etc.

Es bedarf neuer mutiger Schritte im Konsumentenrecht. Antworten auf die neuen Herausforderungen sind notwendig. Was allerdings bisher angeboten wurde, ist nicht gerade ermutigend.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
harald.glatz@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Armutsgrenze: Gemäß OECD und EU bei 50 Prozent des jährlichen Medianeinkommens. Zur Bestimmung des Pro-Kopf-Einkommens in einem Mehrpersonen-Haushalt wird das Gesamteinkommen durch die Zahl der Personen dividiert, es wird auch unter anderem die Reduzierung der Lebenshaltungskosten durch gemeinsame Elektrogeräte miteinbezogen. Kinder werden anders als Erwachsene gewertet. Mit Medianeinkommen bezeichnet man jenen Wert, der von jeweils 50 Prozent der Erwerbstätigen unter- bzw. überschritten wird. (Seite 32)

Austrian Development Agency (ADA): Kompetenzzentrum der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA), verantwortlich für die Umsetzung aller bilateralen Programme und Projekte in den Partnerländern der OEZA, außerdem für Bildungs- und Informationsarbeit in Österreich, um das Thema Entwicklungszusammenarbeit einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Geschäftsführerin: Botschafterin Mag. Brigitte Öppinger-Walchshofer; rund 150 MitarbeiterInnen in Wien und den 18 Auslandsbüros der OEZA, welche in die Struktur der diplomatischen Vertretungen Österreichs eingebunden sind. (Seite 17)

Beck, Ulrich: deutscher Soziologe, geb. 1944, beschäftigt sich vor allem mit den Folgen der Globalisierung und des gesellschaftlichen Wandels. (Seite 26)

Bohémien (französisch; sprich: bohemjeu): Der Ausdruck Bohème (sprich: bohäm) bezeichnet eine intellektuelle Randgruppe, die sich überwiegend mit Kunst beschäftigt bzw. davon lebt und die bürgerliche Lebensweise ablehnt. Im Unterschied zur Avantgarde provozieren Bohémiens nicht durch ihre Kunst, sondern vor allem durch ihre Lebensführung. (Seite 26)

Bourgeois (französisch; sprich: burschwoa): Bezeichnung für das französische Bürgertum; im Marxismus: herrschende Klasse der kapitalistischen Gesellschaft. (Seite 26)

Clearing: Zentrale Abrechnung von Lieferungs- und Zahlungsforderungen, auch aus Wertpapiergeschäften. Ziel ist, durch gegenseitiges Aufrechnen den Aufwand für die Abwicklung möglichst gering zu halten. (Seite 12)

CO₂-Äquivalent: auch (relatives) Treibhauspotenzial, beschreibt die mittlere Erwärmungswirkung einer Substanz über einen bestimmten Zeitraum (meist 100 Jahre). So beträgt etwa das CO₂-Äquivalent für Methan 25. Das bedeutet, dass ein Kilogramm Methan 25-mal stärker zum Treibhaus-effekt beiträgt als ein Kilogramm CO₂. (Seite 31)

Doha-Entwicklungsrunde: auch Doha-Runde oder -Entwicklungsagenda; Sammlung von Aufträgen, welche die Wirtschafts- und Handelsminister der WTO-Staaten 2001 in Doha formulierten, um die

Probleme der Entwicklungsländer mehr zu berücksichtigen. Obwohl der Abschluss für 2005 geplant war, konnten sich die WTO-Staaten bei vielen Themen (Agrarpolitik, Patentierung von traditionellem Wissen etc.) bis heute nicht einigen. (Seite 20)

Erste Internationale: erster internationaler Zusammenschluss sozialistischer Gruppen und Personen aus 13 europäischen Ländern und den USA, gegründet 1864 in London. (Seite 11)

Filibuster: Dauerreden (aber z. T. auch andere zermürende Abstimmungstaktiken) in politischen Gremien; geht auf die römische Sitte der Ermüdungsrede zurück. Im US-Senat haben Senatoren das Recht auf unbegrenzte Redezeit, daher kann diese Methode auch heute noch angewandt werden, um Gesetze zu verhindern. Das längste Filibuster dauerte 24 Stunden und 18 Minuten. (Seite 32)

Hegemonie: Vormachtstellung (Seite 26)

HNWI (High Net Worth Individuals): sehr reiche Privatkunden ab einem frei verfügbaren Anlagevermögen von einer Million Dollar. (Seite 13)

ITUC: International Trade Union Confederation, internationaler Gewerkschaftsdachverband mit Sitz in Brüssel. (Seite 16)

Johnson, Lyndon B.: US-Politiker (1908–1973), als Vizepräsident wurde er nach der Ermordung John F. Kennedys im November 1963 US-Präsident und siegte ein Jahr später mit großer Mehrheit bei den Präsidentschaftswahlen. Seine Amtszeit war wesentlich vom Vietnamkrieg geprägt. Später tauchten immer wieder Gerüchte auf, Kennedys Ermordung wäre ein Staatsstreich Johnsons gewesen. (Seite 22)

Kuelap: Dorf in den nordperuanischen Anden mit einer gleichnamigen historischen Festung, die aus drei Stockwerken mit mehr als 300 Häusern bestand. Kuelap ist allerdings touristisch noch nicht erschlossen und zählt zu den ärmsten Dörfern der Region. (Seite 29)

Protektionismus: Schutz der heimischen Produktion gegen ausländische Konkurrenz durch politische Maßnahmen. (Seite 12)

RFID: Radio Frequency Identification = Identifizierung mit Hilfe elektromagnetischer Wellen; das System besteht aus einem Responder, der an einem Gegenstand oder Lebewesen befestigt ist und dem Lesegerät (Tagreader). RFID wird unter anderem zur Warensicherung, für Mautsysteme oder Zutrittskontrollen wie etwa bei Schiliften verwendet. (Seite 39)

Sandinistische Revolution: Die Sandinistische Nationale Befreiungsfront (FSLN) war eine linke Befreiungsorganisation in Nicaragua, die im Juli 1979 die seit mehr als 40 Jahren regierende Somo-

za-Diktatur zu Fall brachte. Die Sandinisten regierten daraufhin bis 1990 das Land. (Seite 26)

Schuh, Franz: österreichischer Philosoph, Schriftsteller und Essayist, geb. 1947. (Seite 26)

Stern, Nicholas: britischer Ökonom, geb. 1946, Regierungsberater, 2006 veröffentlichte er den Stern-Report, in dem er die wirtschaftlichen Folgen eines zukünftigen Klimawandels untersuchte. (Seite 30)

Sustainability: Nachhaltigkeit (Seite 26)

Tigerstaaten: In den 1980er-Jahren entstandene Sammelbezeichnung für die sich wirtschaftlich außergewöhnlich schnell entwickelnden Länder Singapur, Taiwan, Südkorea und Hongkong (bis zur Wiedereingliederung zu China). Von der Asienkrise 1997 waren allerdings auch diese Staaten stark betroffen, unter anderem weil sie alle eher einseitig auf die High-Tech-Industrie gesetzt hatten. (Seite 12)

Trickle-down-Effekt: beruht auf der Theorie, dass steigender Wohlstand im Laufe der Zeit auch zu den ärmeren Bevölkerungsschichten durchdringt. (trickle = sickern). (Seite 28)

TRIPS-Abkommen: Agreement on Trade Related-Aspects of Intellectual Property Rights = Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums. (Seite 13)

UNCTAD: Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, Ziel ist die Förderung des Handels zwischen Ländern mit unterschiedlichem Entwicklungsstand; Vorsitzende: Supachai Panitchpakdi, Thailand. (Seite 13)

Washington-Consensus: Sammlung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die Staaten zur Förderung von Wachstum und wirtschaftlicher Stabilität empfohlen werden. Diese Leitlinien wurden 1990 bei einem Kongress in Washington D.C. hauptsächlich mit Hinblick auf die karibischen und lateinamerikanischen Staaten erstellt. Er wird von IWF und Weltbank propagiert und gefördert. Der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz kritisierte den Consensus unter anderem deshalb, weil IWF und Weltbank dabei von unrealistischen Voraussetzungen ausgingen. (Seite 18)

Weltklimarat (IPCC): Intergovernmental Panel on Climate Change, gegründet 1988, erhielt 2007 gemeinsam mit Al Gore den Friedensnobelpreis. Der IPCC betreibt keine eigene Forschung, sondern trägt Forschungsergebnisse aus aller Welt zusammen. (Seite 30)

Weltzukunftsrat (WFC): Der World Future Council setzt sich für verantwortungsvolles und nachhaltiges Handeln ein; er hat 50 Mitglieder, die erstmals 2007 in Hamburg zusammentrafen; Vorsitzende: Bianca Jagger. (Seite 27)



Der Europäische Betriebsrat

Das vorliegende Handbuch zum Europäischen Betriebsrat ermöglicht allen Interessierten einen Überblick zur institutionalisierten ArbeitnehmerInnenbeteiligung in grenzübergreifend tätigen europäischen Unternehmen. Darüber hinaus dient es allen BetriebsrätInnen und GewerkschafterInnen, die mit der Etablierung neuer europäischer Konzernvertretungen in Unternehmen zu tun haben, als praktischer Ratgeber.

Der Autor erläutert die politischen und rechtlichen Grundlagen zum Europäischen Betriebsrat, liefert gewerkschaftliche Einschätzungen und bietet wertvolle Informationen, Orientierungsrichtlinien und Tipps zur Etablierung und zum Ausbau einer länderübergreifenden ArbeitnehmerInnenvertretung. Die relevanten europäischen und österreichischen Rechtstexte sind abgedruckt.

Weiters findet sich eine Zusammenfassung und Einschätzung der im Jahr 2009 neu gefassten und künftig geltenden Richtlinie zum Europäischen Betriebsrat.

Wolfgang Greif
Der Europäische Betriebsrat

2009, 320 Seiten

€ 28,50

ISBN: 978-3-7035-1350-3

Der Autor:

Mag. Wolfgang Greif, geb. 1961 in Wien, Studium der Geschichte und Politikwissenschaft in Wien; 1992-2001 tätig im ÖGB in der Aus- u. Weiterbildung für FunktionärInnen; seit Mai 2001 Leiter der Abteilung Europa, Konzerne und Internationale Beziehungen in der GPA-djp; seit Oktober 2002 für den ÖGB Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss in Brüssel.

GARANTIERT GUT INFORMIERT
www.oegbverlag.at

Bestellung:

im Web: www.oegbverlag.at
per Mail: bestellung@oegbverlag.at oder
per Fax: 01/405 49 98-136

BESTELLSERVICE

In jeder Buchhandlung
oder direkt bei der ...

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH

Fachbuchhandlung
Rathausstraße 21, 1010 Wien

Telefon: 01/405 49 98-132, Fax: DW 136
E-Mail: fachbuchhandlung@oegbverlag.at

Ja, ich bestelle ____ Exemplar/e von **Der Europäische Betriebsrat**

€ 28,50

Name		
Firma/Institution		
PLZ	Ort	Anschrift
Telefon, E-Mail		
Datum, Unterschrift		

Ja, ich möchte den ÖGB-Verlag-Newsletter bis auf Widerruf per Mail an oben angeführte E-Mail-Adresse erhalten.
Eigentumsvorbehalt. Zahlbar bei Erhalt der Rechnung. Gemäß § 24 Datenschutzgesetz machen wir Sie darauf aufmerksam, dass Ihre Daten zum Zweck der Kundenbetreuung und Verrechnung automationsgestützt verarbeitet werden. Zahlungsverzugskosten übernimmt der/die BestellerIn. Satz- und Druckfehler vorbehalten. Preis inkl. Ust., zuzügl. € 3,90 Versandkosten. AW 9/09

Lebenslanger Verlust!

In harten Zeiten ist man eher bereit, „den Gürtel enger zu schnallen“. Einmal auf ein paar Prozent Lohnerhöhung zu verzichten klingt da nicht so tragisch. Die Rechnung sieht anders aus: Einmal auf eine Lohnerhöhung verzichtet, wirkt sich das bis zur Pension aus.

Beispiel: Verdient man 2.200 Euro brutto (mittleres Einkommen in Österreich) und bekommt ein einziges Mal statt zum Beispiel 2 Prozent Lohnerhöhung null, liegt der Verlust nach zehn Jahren schon bei **6.745 Euro!**



Foto: Buenos Dias/photos.com

www.nulllohnrunde.at

Ein Ersuchen des Verlages an den Briefträger:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

? _____
Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür
/ _____
Postleitzahl Ort

Besten Dank

AW

02Z031759M

P. b. b. Erscheinungsort Wien VERLAGSPPOSTAMT 1230 WIEN